

08/09.2012

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



Thema: Pflanzenöl-Kongress	38
DNR intern	39
Aus den Verbänden	39
Preise & Ausschreibungen	40

SERVICE

Rezensionen	41
Internet	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	45
Nachhaltigkeit als Hochschulstudium	
Schwerpunkt: Nachhaltig lernen	

SPEZIAL

Energiewende

Seite 29 bis 37

THEMEN DES MONATS

Rio+20

Katzenjammer hilft nicht

Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit müssen weltweit demokratisch verknüpft werden

Seite 2

Leguminosen

Angriff auf Bohne und Co.

Die Agrarlobby hält nichts von einer Stickstoff- und Eiweißversorgung aus heimischen Quellen

Seite 4

Rohstoffpolitik

Zugriff auf Ressourcen

Große deutsche Unternehmen schließen ein Bündnis zur Rohstoffversorgung – mit Hilfe der Politik

Seite 6

Interview: Stadtverkehr

„Es geht auch um bessere Luft“

Innerorts Tempo 30 in ganz Europa – davon träumen die Initiatoren einer Europäischen Bürgerinitiative

Seite 25

THEMENHEFT

EU-Subventionen

Beilage

Rio+20

Katzenjammer hilft nicht

Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit müssen weltweit demokratisch verknüpft werden

Was können UN-Mammuttreffen im Lichte der großen Krisen leisten? Nach dem Scheitern der UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen hat sich diese Frage nach der Rio-Konferenz nochmals zugespitzt. Es ist Zeit für eine politische Debatte über den Sinn oder Unsinn von Großgipfeln – auch angesichts des betriebenen politischen Aufwands und der investierten Ressourcen. ■ VON BARBARA UNMÜSSIG, HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Nach dem Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 war die Enttäuschung, ja Verzweiflung, groß. Der erhoffte Durchbruch in den Klimaverhandlungen mit Vorgaben für CO₂-Reduktionsziele, die ernstgemeinter Klimaschutz dringend braucht, war ausgeblieben.

Die Erwartungen an den Rio+20-Gipfel im vergangenen Juni waren denn auch gleich heruntergeschraubt worden. Die Ergebnisse des UN-Nachhaltigkeitsgipfels sind in knapp 50 Seiten unter dem Titel „Die Zukunft, die wir wollen“ zusammengefasst. Das Papier lässt weder eine Vision noch einen echten politischen Willen zum Handeln erkennen. Dementsprechend ist unter den zahlreichen Stellungnahmen zu den Rio+20-Ergebnissen kaum eine, die dafür Worte des Lobes findet.

Gemessen am sozialen und ökologischen Zustand des Planeten, dokumentiert durch unzählige alarmierende Berichte aus der Wissenschaft, ist dieses Papier letztlich eine Bankrotterklärung und ein Realitätscheck dessen, was derzeit im multilateralen Rahmen möglich ist. Mary Robinson, frühere irische Staatspräsidentin und ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechtsfragen, brachte das von vielen geteilte Fazit auf den Punkt: Wir werden unserer Aufgabe und Verantwortung nicht gerecht.⁽¹⁾

Nur das Bundesumweltministerium spricht auf seiner Website von „grundlegenden, wichtigen Weichenstellungen für die globale Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda“ und will gar einen Paradigmenwechsel erkennen, weil erstmals in einem internationalen Dokument die „Grüne Ökonomie“ als Leitidee für nachhaltige Entwicklung anerkannt worden

sei.⁽²⁾ Das ist Schönfärberei. Die Realität ist allenfalls ambivalent, denn das Abschlussdokument bleibt gerade zur Grünen Ökonomie nichtssagend, weil sich die staatlichen Gegner und Befürworter gegenseitig blockieren und einen klassischen UN-Formelkompromiss gefunden haben. Die Grüne Ökonomie, wie sie zum Beispiel das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) oder auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert, will ja wenigstens ein Gegenentwurf zum business as usual sein, also zur allgegenwärtigen „braunen“, fossilen und Ressourcen verschwendenden Ökonomie. Das war in Rio überhaupt nicht konsensfähig und wird es wohl auch in Zukunft nicht so schnell werden.

Umweltabteilung der UN bleibt Stückwerk

Auch die leichte Aufwertung des UNEP und das neue UN-Nachhaltigkeitsforum sind bestenfalls kleine, unbedeutende Fortschritte auf institutioneller Ebene. Eigentlich war über die Reform der UN-Umweltpolitik lange im Vorfeld verhandelt und in Rio das konkreteste Ergebnis erwartet worden, nämlich die Aufwertung des UNEP als UN-Sonderorganisation oder die Gründung einer Weltumweltorganisation, die die fragmentierte UN-Umweltpolitik ordnen und schlagkräftiger machen sollte. Das scheiterte an einigen Industrieländern, vor allem den USA, und an wichtigen Südstaateregierungen, die alle zusammen in einer solchermaßen aufgewerteten Umweltagenda innerhalb der UNO einen neuen Aufsichts- und Kontrollmechanismus fürch-

ten. Außerdem könnten – so die Sorge vieler Entwicklungsländer – Finanzen aus anderen UN-Kontexten abgezogen werden. Insgesamt gab es keine Bereitschaft, für Reformen auch zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Globale Nachhaltigkeitsziele – lohnt sich der Aufwand?

Die größten Hoffnungen knüpfen einige Regierungen und Nichtregierungsorganisationen an den in Rio beschlossenen Prozess, bis 2014 universell gültige Nachhaltigkeitsziele – Sustainable Development Goals (SDG) – zu erarbeiten. Die Ausgestaltung dieser Ziele dürfte in den kommenden Jahren – neben den UN-Klimaverhandlungen – der wichtigste Bezugspunkt für die multilaterale Nachhaltigkeitsagenda werden.

Wohin dieser Prozess unter Leitung einer 30-köpfigen Arbeitsgruppe aus Regierungsvertretern führen wird, ist offen. Warum sollten bis Ende 2014 konkrete und vor allem ambitionierte Ziele für wichtige Schlüsselsektoren wie Energie, Wasser, Landnutzung, Meeresschutz oder Ressourceneffizienz verhandelt worden sein, wenn doch gerade Rio+20 gezeigt hat, dass es für solche konkreten Absprachen auf multilateraler Ebene derzeit keinen Konsens gibt?

Ob und wie der neue SDG-Prozess begleitet werden soll, ist auch unter Nichtregierungsorganisationen noch umstritten. Lohnen sich die Anstrengungen überhaupt? Das war auch schon das Dilemma vor der Rio+20-Konferenz. Hier spiegeln sich unterschiedliche Einschätzungen zu der grundsätzlichen Frage wider, wie viel überhaupt noch von multilateralen Prozessen für die Bewältigung der globa-

len Mehrfachkrisen zu erwarten ist. Für die einen, wie das Third World Network (TWN), hat der Multilateralismus in Rio gerade noch überlebt, andere wollen sich nun ganz davon zurückziehen und sich noch stärker auf die lokale oder nationale Ebene konzentrieren. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sieht die Staatengemeinschaft „derzeit nicht in der Lage, die dringend notwendige Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft in der gebotenen Geschwindigkeit und Verbindlichkeit voranzutreiben“ und spricht von einer „G-Null-Welt“, in der „keine Führungsmacht mehr wirkungsvoll die Initiative ergreift.“⁽³⁾

Keiner will Verantwortung für die nötige Trendumkehr übernehmen

Nach dem Scheitern von Kopenhagen hat die Rio-Konferenz die Frage, ob derzeit UN-Mammuttreffen überhaupt noch sinnvoll sind, nochmals zugespitzt. Zu konstatieren ist jedenfalls, dass die Summe vieler zukunftsorientierter und nachhaltiger Initiativen in Nord und Süd auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene – wie etwa Ziele für erneuerbare Energien weltweit oder einzelne Effizienzstrategien – sich nicht positiv auf die Kompromissfindung in der internationalen Staatengemeinschaft auswirkt. Die multilaterale Ebene gibt kaum noch Impulse für nationalstaatliches Handeln. Die Konventionen von Rio 1992 und die damalige Rio-Erklärung waren demgegenüber ein wahrlich großer Erfolg. Dort wurden tatsächlich noch ein völkerrechtsverbindliches Regelwerk und

normative Prinzipien für multilaterales Handeln geschaffen. Regierungen ganz verschiedener ideologischer und marktwirtschaftlicher Ausrichtungen akzeptieren heute keine globalen Vorgaben mehr. Der Machtzuwachs des Südens artikuliert sich in einem strikten Nein gegen multilaterale Vorgaben, die das eigene Entwicklungsmodell einschränken könnten. Der Norden ist hierzu längst gespalten. Die Europäische Union will hie und da noch Grenzen setzen, auch wenn das innerhalb der eigenen Reihen und international immer schwerer durchzusetzen ist. Noch immer akzeptiert selbst der reiche Norden keinerlei Einschränkungen im Natur- und Ressourcenverbrauch.

Dass es Industrieländer waren, die das Rio-Prinzip von 1992 von der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ und die Fähigkeit zur notwendigen Trendumkehr infrage stellten, hat den Graben zwischen Nord und Süd weiter aufgerissen und Vertrauen noch mehr zerstört. Nord und Süd gibt es eigentlich realwirtschaftlich und realpolitisch so gar nicht mehr. Dass diese überkommenen politischen Kategorien immer wieder bei UN-Konferenzen aus der Kiste geholt werden, ist politisch unentschuldigbar und Teil der wechselseitigen Blockaden auf Kosten der Armen und Ärmsten und der ökologischen Lebensfähigkeit des Planeten.

Transformation muss ökologische und soziale Dimension einbeziehen

Der Direktor des WBGU, Hans Joachim Schellnhuber, nennt das trefflich „Nationalstaaten-Mikado“. Pionier- und Vorreiterallianzen sollen dazu die Alternative sein. Auch diese Idee ist ja nicht neu. Auch hier wird es maßgeblich auf die Verbindlichkeit und vor allem auf die Stoßrichtung der viel zitierten angestrebten Transformation ankommen. Wie werden die soziale und die ökologische Agenda der „Zukunft, die wir wollen“ auf demokratische Weise miteinander verknüpft? Das steckt letztlich auch hinter der Kontroverse rund um die Grüne Ökonomie. Dass sie – so, wie sie sich bislang durch die diversen Initiativen aus der Wirtschaft oder Institutionen

wie OECD, Weltbank und UNEP präsentiert – von sozialen Bewegungen und von einigen Regierungen (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen) abgelehnt wird, ist nicht verwunderlich. Denn die Grüne Ökonomie blendet die soziale Dimension ebenso aus wie Zugangs-, Verteilungs- und Machtfragen. Soziale Bewegungen besonders in Lateinamerika kritisieren vor allem die soziale und menschenrechtliche Blindheit Grüner Ökonomie. Sie lehnen die weitere Kapitalisierung von Natur als Strategie gegen die Ökokrise ab. Regierungen des Südens argumentieren vor allem mit ihrem fehlenden Zugang zu Technologie, zu Wissen, Patenten und Märkten gegen die Grüne Ökonomie. Das hindert sie aber nicht daran, gleichzeitig neue Allianzen mit dem Privatsektor aus dem Norden für Investitionen in die Ausbeutung ihres Naturkapitals zu schließen und nicht fossile ökonomische Großprojekte auf den Weg zu bringen, ohne die sozialen und ökologischen Folgen zu berücksichtigen.

Welche Transformation wollen wir? Die Antwort auf diese Frage darf sich nicht ausschließlich danach richten, wie viel Kohlendioxidemissionen wir dabei vermeiden. Diese Debatte wird uns weit über Rio+20 hinaus beschäftigen. Ob mit dem Begriff der Grünen Ökonomie oder ohne ihn.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.zeit.de/wirtschaft/2012-06/klimawandel-gruene-wirtschaft
- ▶ (2) www.bmu.de/48883 (Stand 25.06.2012)
- ▶ (3) Der Ausdruck „G-Null-Welt“ bezieht sich ironisch auf politische Gremien wie die G8. www.wbgu.de/presse-termin/presseerklarungen/2012-06-22-presseerklarung

Die Politologin Barbara Unmüßig ist seit 2002 Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung. 1992 hat sie beim Erdgipfel von Rio die deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen koordiniert. Auch zum Rio+20-Gipfel im vergangenen Juni war sie in Brasilien.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 28534101,
E-Mail:
unmuessig@boell.org,
www.boell.de/rio20



Rio+20-Ergebnisse

Offizielle UN-Seite mit Abschlussdokument, weiteren Dokumenten, Daten und Links:

▶ www.uncsd2012.org

Seite der Heinrich-Böll-Stiftung mit Expertenanalysen und Hintergrundpublikationen:

▶ www.boell.de/rio20 (Expertendienst)

Leguminosen

Angriff auf Bohne und Co.

Die Agrarlobby hält nichts von einer Stickstoff- und Eiweißversorgung aus heimischen Quellen

Auch in der Landwirtschaft sinkt die Rohstoffsicherheit, denn im Mineraldünger steckt viel fossile Energie und die Proteine für die Tierhaltung stammen meist aus Importsoja von jenseits des Atlantik. Regionaler Anbau von Leguminosen könnte beide Probleme lösen helfen und auch die Agrobiodiversität erhöhen. Doch die vom Bundeslandwirtschaftsministerium geplante Eiweißstrategie kommt über Modellvorhaben kaum hinaus. ■ VON CHRISTOPH DAHLMANN, ABL

Die Schonfrist für Bohne, Erbse und Lupine ist vorbei. Wurde anfangs noch hinter den verschlossenen Türen deutscher Agrargroßhändler wie Toepfer International gegen das „Greening“ der europäischen Agrarpolitik und gegen Initiativen für regionales Futtereiweiß argumentiert, sind nun die Leguminosen offenbar zum Abschluss in der Öffentlichkeit freigegeben. So ließ sich der Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland (OVID) mit der Behauptung vernehmen, heimischer Leguminosenanbau sei „weder ökonomisch sinnvoll noch ökologisch nachhaltig“. Die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP) forderte für die diesjährige Aussaat, „bis an die Schmerzgrenze der Fruchtfolge“ Raps anzubauen – eine indirekte Absage an die heimischen Hülsenfrüchte.

Welches sind die Argumente der Big Player? Da ist vor allem der Grundgedanke der arbeitsteiligen Welt: Jeder macht das, was er vermeintlich am besten kann. Die Europäer bauen vornehmlich Getreide und Raps an, die Amerikaner in Süd wie Nord überwiegend Eiweiß, also Soja. Aber ist das nicht ein merkwürdiger Blick auf die „Welt“? Für Brasilien, das zweitgrößte Sojaanbauland nach den USA, werden Durchschnittserträge von 27,3 Dezitonnen je Hektar in der Soja-Statistik angegeben. Das sind Mengen, die mittlerweile auch in Teilen Deutschlands geerntet werden, wo die Aktivitäten rund um die Sojabohne immer mehr zunehmen. Vor allem aber sind dies Erträge, die trotz aller züchterischen und pflanzenbaulichen Vernachlässigung der heimischen Körnerleguminosen von diesen weit übertroffen werden.

Letztlich kommt es im Futtertrog auf die Aminosäuren und das Aminosäuremuster an. Soja weist hier Qualitäten auf, die Bohne und Co. nicht bieten können. Doch die Ergänzung mit sogenannten freien Aminosäuren spielt in der konventionellen Tierernährung schon heute eine wichtige Rolle: Etwa ein Viertel wird so den Futterrationen zugeführt.

Vom Acker in den Futtertrog

Die Gegner heimischer Leguminosen argumentieren außerdem, dass durch die geplanten sieben Prozent ökologischer Vorrangflächen im Zuge der EU-Agrarreform Anbauflächen verloren gehen, die sonst mit Weizen und Raps bestellt würden. Diese Mengen fehlten dann für den Export. Außerdem seien die Rohproteinträge je Hektar mit Weizen und Raps höher, als wenn dort zum Beispiel Leguminosen angebaut würden. Aber es muss legitim sein zu fragen: Wie kommt es denn, dass aus den kleinen Weizen- und Rapsplänzchen so große Pflanzen mit einem in der Regel hohen Kornertrag werden? Nicht wenige Experten vermuten, dass dies am Stickstoff liegen könnte. Was, wenn diese Ressource, die in der Regel energieintensiv mithilfe von Öl und Gas hergestellt werden muss, immer weniger und damit zu immer höheren Preisen zur Verfügung steht?

Neben den positiven externen Effekten, die die Leguminosen für die Fruchtfolgen in Europa hätten, sind sie auch regional verfügbares Futter. Die letzte, schlechte Sojaernte in großen Teilen Südamerikas schlägt sich schon heute in hohen Preisen nieder. Wie sähe es bei einer weiteren nicht zufriedenstellenden Ernte aus?

Ein weiterer Punkt ist die Versorgungssicherheit. Der Bedarf an Eiweiß ist in den letzten Jahren, speziell in Asien, sehr stark gestiegen und wird allen Prognosen nach weiter steigen. Stabilität bei der Eiweißverfügbarkeit könnte in Zukunft auch bedeuten, dass die Quellen regional sind, seien es Körnerleguminosen, Leguminosen aus dem Futterpflanzenanbau oder andere Verarbeitungsprodukte wie Rapsschrot. Die Ölmühlen singen ja bereits das hohe Lied der Eiweißpflanze Raps und ihres Koppelprodukts Rapsschrot. Im letzten Jahr war allerdings der Rapsanbau für viele Bauern

Greening

Europäische Landwirte erhalten bisher für jeden Hektar bewirtschaftete Ackerfläche sogenannte Direktzahlungen aus Brüssel, in Deutschland sind es mehr als 300 Euro. Ab 2014 sollen diese EU-Agrarsubventionen teilweise an Umweltauflagen gekoppelt werden. Diese Ökologisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) wird im EU-Jargon Greening genannt.

In Zukunft sollen die Betriebe 30 Prozent der Flächenprämien nur noch dann bekommen, wenn sie

- ▶ Dauergrünland erhalten;
- ▶ eine Fruchtfolge mit mindestens drei Kulturen einhalten, wobei jede Kultur zwischen fünf und 70 Prozent der förderfähigen Ackerfläche ausmachen muss;
- ▶ auf sieben Prozent der Ackerfläche sogenannte ökologische Vorrangflächen für Naturschutzmaßnahmen oder ökologische Bewirtschaftung einrichten.

Leguminosen

Die Leguminosen oder Hülsenfrüchtler bilden mit etwa 18.000 Arten die drittgrößte Familie höherer Pflanzen. Die besonders vielfältige Familie umfasst sowohl Kräuter als auch Bäume.

In der Landwirtschaft wird grob zwischen Körnerleguminosen und Leguminosen für den Feldfutterbau unterschieden. Unter den zumeist großkörnigen Körnerleguminosen sind Arten wie Ackerbohne, Erbse, Lupine und Soja. Die zumeist feinsamigen Leguminosen, die überwiegend für den Feldfutterbau genutzt werden, sind unterschiedlichste Kleearten und Luzerne.

Alle Leguminosen haben die wertvolle Eigenschaft, über Knöllchenbakterien an den Wurzeln Luftstickstoff zu binden. So sind sie von externen Stickstoffdüngern unabhängig und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Außerdem sind sie in der Lage, Nährstoffe zu mobilisieren, und tragen zum Humusaufbau im Boden bei. Sie verbessern die Qualität der Folgefrucht, denn bei der Ernte bleiben die Wurzeln und ein Großteil des Stroh auf dem Feld.

Beispiel Rinderhaltung: Baute früher fast jeder landwirtschaftliche Betrieb Leguminosen an, findet man sie heute meist nur noch im ökologischen Landbau. Futterleguminosen wie Rotklee oder Luzerne bilden im Gemenge mit Gräsern ein gutes Grundfutter für Rinder. Körnerleguminosen sind sehr gut im Kraffutter verwendbar.

Der Anbau von Hülsenfrüchten in Europa ging in den letzten zehn Jahren stark zurück. In Deutschland wachsen Leguminosen auf nur noch rund drei Prozent der Ackerfläche. „Die EU ist zu 80 Prozent von Sojaimporten abhängig“, ergab 2011 eine Studie für den Europaabgeordneten Martin Häusling. Der Grüne fordert, dass die EU-Agrarreform den Anbau heimischer Leguminosen mit Zusatzzahlungen unterstützt.

- Studie „Artenvielfalt statt Sojawahn“: www.martin-haeusling.eu (Presse & Medien – Publikationen)

keine Freude. Und bei der Ertragsstabilität steht die viel gescholtene Körnerleguminose besser da als der Winterraps, wie ein EU-Forschungsvorhaben von 2006 zeigte.

Die Eiweißpflanzenstrategie

Dass niemand mehr um das Thema Leguminosen herumkommt, ist auch im Bundeslandwirtschaftsministerium angekommen. Das Ministerium versucht sich zwar noch um den Begriff herumzudrücken, aber immerhin fand Mitte Juni in Berlin eine Veranstaltung statt, auf der es seinen Entwurf für eine „Eiweißpflanzenstrategie“ vorstellte. Experten und Expertinnen erklärten anderen Experten und Expertinnen die Vorzüge der Leguminosen. Doch in dem Punkt, wo viele Menschen ganz genau hinsehen, nämlich bei der Ökonomie, hat auch das vorgelegte Entwurfspapier die altbekannten Schwächen.

So finden positive Fruchtfolgeeffekte der Leguminosen, die vorher noch mit 150 Euro je Hektar beziffert wurden, genauso wenig Einzug in die Berechnungen wie ein möglicher innerbetrieblicher Futterwert. Die Sojabohne schneidet zwar hier als Leguminose gut ab, die Angaben kommen aber aus dem klimatisch dafür optimalen Bayern. Auch sind die Sojaerträge mit fast 27 Dezitonnen pro Hektar erstaunlich hoch im Vergleich zu Ackerbohne und Futtererbse, die auf gut 35 und 32 Dezitonnen kommen. Auch, dass in Bayern im Schnitt 80 Dezitonnen Weizen von einem Hektar geerntet werden, ist anzuzweifeln. Man wird den Eindruck nicht los, dass mit den Erträgen je nach Interessenlage „gespielt“ wird. Schon länger ist es ein offenes Geheimnis, dass die Körnerleguminosen in den offiziellen Statistiken schlechter abschneiden, als Bauern real dreschen.

Bei der Tagung in Berlin präsentierte das Landwirtschaftsministerium schließlich noch eine andere Idee: „Pflanzen ohne Stickstoffdüngung“ – ein Ergebnis der verzweifelten Suche nach marktkonformen Lösungen für das im Rahmen der EU-Agrarreform geplante Greening. Lediglich auf den dabei vorgesehenen ökologischen Vorrangflächen hält das Ministerium auch den Anbau von Leguminosen für möglich.

Des Weiteren sollen drei Modellregionen für den Leguminosenanbau entwickelt werden, in denen Akteure aus Anbau, Verarbeitung und Verwertung zusammenarbeiten sollen. Die Regionen unterteilen sich in Nord (Lupine), Mitte (Ackerbohnen und Erbse) und Süd (Soja). Abgesehen davon, dass die Leguminosen aus dem Futterbau gänzlich fehlen, ist diese Regionaleinteilung schon grob fahrlässig, haben doch zum Beispiel Erbse und Ackerbohne im Süden Deutschlands eine weitaus größere Bedeutung als Soja.

Übrigens ist der Deutsche Bauernverband gar nicht unbedingt gegen den Leguminosenanbau. Generalsekretär Helmut Born sagte in Berlin: „Die Bauern würden sich über eine weitere Frucht über zehn Prozent freuen, und wieso sollten das nicht Leguminosen sein?“ Das hörte sich erst einmal gut an. Allerdings lag der Funktionär dann doch etwas daneben mit seiner Schlussfolgerung, helfen könne da nur „Forschung, Forschung, Forschung“. Helfen würde es, ausreichend wäre es nicht. Klare Worte kamen dazu vom Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. „Um eine Ökologisierung der Landwirtschaft zu erreichen, bedarf es veränderter Rahmenbedingungen, und die müssen bei der nächsten Agrarreform nach 2013 greifen“, so der frühere EU-Abgeordnete. 20 Prozent Leguminosenanteil auf den Ackerflächen als Bedingung für die EU-Direktzahlungen seien da „sehr hilfreich, um nach dem Scheitern von Rio wenigstens in Europa etwas Positives für Klima und Bodenfruchtbarkeit zu erreichen“.

Der gelernte Landwirt und Agrarwissenschaftler Christoph Dahlmann leitet das Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Hamm. Eine erste Fassung dieses Artikels erschien in der Monatszeitung „Unabhängige Bauernstimme“.

Kontakt: Tel. +49 (0)2381 / 9053170, E-Mail: dahlmann@abl-ev.de, www.vom-acker-in-den-futtertrog.de



Rohstoffpolitik

Zugriff auf Ressourcen

Große deutsche Unternehmen schließen ein Bündnis zur Rohstoffversorgung – mit Hilfe der Politik

Die angespannte Lage auf den Rohstoffmärkten beunruhigt die deutsche Industrie. Deshalb hat sie verschiedene Initiativen gestartet und den Druck auf die Politik verstärkt. Nun gründen Bayer, Bosch, ThyssenKrupp und sieben weitere Unternehmen die RA Rohstoffallianz GmbH, um die Versorgung selbst in die Hand zu nehmen. ■ VON JAN PEHRKE, CBG

Noch in den 1990er-Jahren war die Bayer AG ein gewichtiger Rohstoffförderer. Der Leverkusener Multi gehörte zu den weltweit führenden Anbietern von Flussspat, bei der Gewinnung von Chromit nahm er Rang 4 ein, bei Zirkon Rang 11 und bei Titan Rang 16. Aber zum Ende der Dekade hin begann der Konzern sich im Zuge der „Konzentration auf das Kerngeschäft“ von immer mehr Minen oder Beteiligungen zu trennen. 2004 stieß der Global Player mit der Ausgliederung des Chemiegeschäfts, das fortan selbstständig unter dem Namen Lanxess firmierte, auch die Chromerzgruben in Südafrika ab.

Andere bundesdeutsche Unternehmen handelten ähnlich. Aber bald schon bereuten sie diesen Schritt, denn die Lage auf den Rohstoffmärkten verschärfte sich. Zur Neige gehende Vorkommen, immer schwierigere Erschließungen, Monopolbildungen und mehr Nachfragedruck vonseiten aufstrebender Länder wie China sorgten für ansteigende Preise. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) schlug Alarm und veranstaltete 2005 seinen ersten Rohstoffkongress, an dem auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder teilnahm. Auf dem zweiten im Jahr 2007 bezeichnete seine Nachfolgerin Angela Merkel die Ressourcensicherung für die bundesdeutschen Firmen dann bereits als „nationales Interesse“. Den Grund dafür nannte sie an anderer Stelle: „In der Praxis erleben wir sehr oft, dass andere Länder schneller sind.“ Um aufzuholen, sicherte der Koalitionsvertrag den Konzernen Beistand zu. „Der Zugang zu Rohstoffen und deren verlässliche Verfügbarkeit sind für die deutsche Industrie mit ihren Produkten der Hoch- und Spitzentechnologie von besonderer Bedeutung und unverzichtbare

Ziele der Außenwirtschaftspolitik“, heißt es in dem Dokument.

Diese Hilfe gewährt die Bundesregierung der Industrie auch bei deren neuestem Projekt, der RA Rohstoffallianz GmbH. Dem Geschäftszweck des Unternehmens, der „Sicherung der Versorgung der Gesellschafter mit kritischen Rohstoffen“, wollen Bayer, ThyssenKrupp, Evonik und die anderen sieben Gründer laut Handelsregistereintrag nämlich „unter enger Einbindung der Rohstoffpolitik der Bundesrepublik Deutschland“ nachgehen.

Fürs Erste haben es die Konzerne dabei auf Seltene Erden, Koks-kohle, Grafit und Wolfram abgesehen. Bayer hat zwar selbst keinen gesteigerten Bedarf an solchen und anderen Spezialrohstoffen, wohl aber seine Geschäftspartner. Besonders auf dem Gebiet der Zukunftstechnologien besteht eine hohe Nachfrage nach solchen Substanzen. Und wenn diese Firmen für ihre Elektrofahrzeug-Akkus kein Lithium oder Kobalt mehr bekommen, keine Seltenen Erden für ihre Windkraftanlagen oder kein Gallium für ihre Dünnschichtfotovoltaik, dann steht es auch schlecht um den Absatz von Baytubes-Nanoröhrchen für die neuartigen Autobatterien und von Kunststoffen für Rotorblätter oder Sonnenkollektoren. Da es solchen Kunden überdies an der kritischen Masse für eine so gewichtige Unternehmung wie die Ressourcensicherung fehlt, erscheint das Mitwirken eines Global Players an der Allianz fast zwangsläufig.

Zur Beschaffung der Schätze will sich die Allianz – gestützt auf die Expertise der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe – an Minen beteiligen und selbst Vorkommen erschließen. Die Kosten tragen zu einem großen Teil die Gesellschafter. Später einmal soll ein milliarden-

schwerer Fonds mit Sitz in einer Steueroase zusätzliches Geld abwerfen. Aber auch auf Projektfinanzierungen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Fördermittel des Bundes für Industrieansiedlungen in Entwicklungsländern sowie staatliche Kredite und Garantien zählt die Rohstoffallianz.

Politische Flankierung

„Flankierung durch die Politik“ erwarten Bayer & Co. darüber hinaus in Form des Abschlusses von Rohstoffpartnerschaften. Und da hat die Bundesregierung bereits geliefert. Im Oktober 2011 besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Mongolei und sprach dort Klartext: „Unser Interesse liegt natürlich darin, dass wir hier auch Rohstoffe ausbeuten können.“ Sie erfüllte ihre Mission mit der Unterzeichnung eines Abkommens, das einen privilegierten Zugang zu Bodenschätzen verspricht. Auch mit Kasachstan hat die Bundesregierung eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Weitere plant sie mit Sambia, Südafrika, Namibia, Chile und Peru.

In vielen dieser Länder findet die Ausbeutung der Rohstoffe unter katastrophalen politischen, sozialen und ökologischen Bedingungen statt. Wenn der Ressourcenabbau nicht gleich in den Händen von PolitikerInnen oder Militärs liegt, kontrollieren ihn oft Oligarchen oder multinationale Konzerne, die kaum Steuern zahlen. Auch sind nur wenige andere Geschäftszweige so korruptionsanfällig. Vom „Rohstofffluch“ sprechen deshalb viele ExpertInnen. In Peru bekommen diesen vor allem LandwirtInnen zu spüren, denn die von den Minen ausgehenden Umweltverschmutzungen verunreinigen ihre Ackerböden. Deshalb organisieren sie immer

wieder Protestaktionen, bei denen aber die Polizei hart durchgreift. Ende Mai erschossen die Ordnungskräfte zwei DemonstrantInnen und die Regierung verhängte den Ausnahmezustand. In Kasachstan streikten im letzten Jahr Tausende Ölarbeiter sieben Monate lang für höhere Löhne, ehe die Sicherheitskräfte des autoritär regierten Staates den Ausstand brutal beendeten: Menschenrechtler sprechen von mehr als 70 Toten und 500 Verletzten. Ein Gericht verurteilte später fünf Polizisten zu Haftstrafen bis zu sieben Jahren. Auch drei Ölmanager mussten wegen Unterschlagung ins Gefängnis. Dem Verhältnis zur Bundesrepublik tut das alles keinen Abbruch. „Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Kasachstan entwickeln sich gut“, so das Auswärtige Amt.

Chrom am Kap

Der Wettlauf um die Ressourcen lässt noch Skrupel ganz anderer Art in den Hintergrund treten: die vor militärischen Mitteln. So verpflichtet sich die Bundeswehr in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 auf die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen auf aller Welt“. Und sie kommt diesem Auftrag schon nach und verteidigt etwa am Hindukusch den Zugriff auf Bodenschätze. Nicht umsonst hatte der ehemalige Verteidigungsminister 2010 beim Managertreffen im schweizerischen Davos vor Unternehmensleitern von Bayer und anderen Konzernen betont, das Thema Afghanistan müsse man auch im energiepolitischen Kontext sehen.

Da wundert es nicht, dass der Leverkusener Multi seine eigene Rohstoffpolitik ebenfalls ohne Rücksicht auf Verluste verfolgt. So bezog seine Tochtergesellschaft HC Starck, die er 2007 an zwei Finanzinvestoren verkauft hat, bis 2002 jahrelang Tantal aus dem vom Bürgerkrieg zerrissenen Kongo, obwohl das Metall den verfeindeten Gruppen zur Finanzierung der Waffengänge diente. Und so wenig der Konzern sich von der brasilianischen Militärdiktatur beim Betreiben seiner Minen stören ließ, so wenig hielt ihn in Südafrika

das Apartheidregime von der Förderung und Weiterverarbeitung von Chrom ab. In den 1980er-Jahren kam es dort in einer Niederlassung wegen mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen zu einer großen Zahl von Vergiftungsfällen. Ein Drittel der Belegschaft erlitt bleibende Gesundheitsschäden, mindestens acht Arbeiter starben an Lungenkrebs, zwei an Tuberkulose. Und 2004 gelangten aus einem chromverarbeitenden Werk, das inzwischen in den Besitz von Lanxess übergegangen war, krebserregende Rückstände des Metalls ins Grundwasser, weshalb die Behörden die Bevölkerung eindringlich davor warnen mussten, Wasser aus den angrenzenden Brunnen zum Trinken oder Kochen zu verwenden.

Die EU plant, wenigstens einen Teil dieser Rohstoffgeschäftsrisiken zu vermindern. Sie will die Unternehmen zwingen, ihre Zahlungen im Handel mit den Ressourcen offenzulegen. Aber die Bundesregierung opponiert vehement gegen den Vorstoß. Darum sah sich selbst der ehemalige BP-Chef John Browne bemüßigt, von der deutschen Regierung eine konstruktivere Position beim Kampf gegen die Korruption im Rohstoffsektor einzufordern.

Die Rohstoffallianz, zu der inzwischen noch weitere Firmen gestoßen sind, dürfte sich hingegen über den nochmaligen Flankenschutz freuen. Ihr Geschäftsführer Dierk Paskert sondiert zurzeit die Lage. Er stellte das Unternehmen im bodenschatzreichen Kanada vor und traf auf der Resource and Mining Conference in Frankfurt am Main unter anderem mit Vertretern aus Afrika zusammen. Paskert nahm an der Africa Business Week ebenso teil wie an der Veranstaltung „The Global Resource Nexus“ mit dem Untertitel „Die Kämpfe um Land, Energie, Nahrung, Wasser und Mineralien“. Im nächsten Jahr will Paskert erste Abschlüsse präsentieren.

Der Journalist Jan Pehrke gehört dem Vorstand der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) in Düsseldorf an.

Kontakt: Tel. +49 / (0)211 / 3339-11, Fax -40, E-Mail: cbgnetwork@aol.com, www.cbgnetwork.org



11. Fachtagung KRAFTSTOFFPFLANZENÖL 11.-12. Oktober 2012 in Dresden-Pillnitz

Pflanzenöl lohnt sich – erfolgreich wirtschaften mit Pflanzenölkraftstoff in der Landwirtschaft!

Zum 11. Mal veranstalten die Bundeskontaktstelle Pflanzenöl der GRÜNEN LIGA gemeinsam mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und Geologie Sachsen die Fachtagung Kraftstoff Pflanzenöl in Dresden Pillnitz.

Etwa 4% der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland würden ausreichen, um regional Pflanzenölkraftstoff zu erzeugen und damit unabhängig von fossilen Energieträgern zu wirtschaften. Wir werden zeigen, wie das in der Landwirtschaft unter widrigen politischen Rahmenbedingungen und allen Unkenrufen zum Trotz erfolgreich praktiziert wird.

Diesmal arbeiten wir mit Partnern aus der Tschechischen Republik zusammen, u.a. mit dem Umweltverband Zelený kruh aus Prag und dem Institut für angewandte Ökologie DAPHNE aus České Budějovice.

Referenten u.a.:

Karl Düngeheim, Biolandwirt, Ölmüller, Mayen | **Dr. Michael Grunert**, IfULG, Leipzig | **Thomas Kaiser**, Bundesverband Dezentraler Ölmühlen und Pflanzenölkraftstoff e.V. | **Martina Marx**, SMUL, Dresden | **Simona Poláková**, DAPHNE ČR – České Budějovice | **Dr. Edgar Remmele**, TFZ, Straubing | **Lutz Ribbe**, Naturschutzpolitischer Direktor, Euronatur, Radolfzell | **Jiri Trnka**, Direktor der Tschechischen Vereinigung für Biomasse, Prag

Tagungsprogramm, Anmeldeunterlagen und weitere Infos unter:
kraftstoffpflanzenoel.de
rostlinnyolej-palivo.cz



Gefördert durch:

Europäische Union, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung: Investition in Ihre Zukunft / Evropská unie, Evropský fond pro regionální rozvoj: Investice do vaší budoucnosti

Ziel 3 | CIL3
Moglolema, 11.10.2012

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Altbatterierecycling**Neue Regeln ab 2014**

■ Ab Januar 2014 gelten in der EU neue Mindest-Recyclingeffizienzen für Altbatterien und Alttakkumulatoren. Die neue Verordnung soll bestehende Verfahren verbessern und neue Recycling- und Behandlungstechnologien fördern.

In verschiedenen Anhängen der Verordnung (EU) Nr. 493/2012 sind die Methoden beschrieben, wie die Effizienz beim Recycling von Blei-Säure-, Nickel-Cadmium- und anderen Batteriearten zu ermitteln ist. Damit die Umsetzung der Verordnung kontrolliert werden kann, gibt es eine Berichtspflicht für Recyclingbetriebe. Spätestens vier Monate nach Ende eines jeden Jahres müssen diese den zuständigen Behörden in weiteren Anhängen beschriebene Informationen liefern. Der erste Jahresbericht ist demnach am 30. April 2015 fällig. [jg]

► www.kurzlink.de/eu-amtsblatt2012-151

Papierrecycling**Industrie kritisiert
Abfall-Leitlinie der EU**

■ Die Ende Juni von der EU-Kommission publizierte Abfall-Leitlinie stößt auf Kritik in der Papierindustrie. Diese befürchte eine schlechtere Qualität und darauf folgend eine Herabstufung von recyceltem Material, das in Papiermühlen verarbeitet wird, berichtet der Umweltnachrichtendienst ENDS Europe.

Der europäische Verband der Papierindustrie CEPI kritisierte, dass die Leitlinie das Ende der Abfall-Eigenschaft (End-of-Waste) mit Recycling gleichsetzt. Dies könne dazu führen, dass Papiermühlen Recyclingmaterial mit schlechterer Qualität nutzen müssten. Die Kommission schreibt in ihrer Leitlinie, dass „der Mo-

ment, in dem ein Stoff das End-of-Waste erreicht, mit dem Abschluss des Recyclingprozesses gleichzusetzen“ sei. CEPI monierte außerdem, dass die Kommission eine Vermengung von unterschiedlichen Recyclingmaterialien unter Umständen als hochwertig ansehe. Die Abfallindustrie begrüßte hingegen die Interpretationen der EU-Kommission. [cs]

► Abfall-Leitlinie (engl.): www.ec.europa.eu/environment/waste/framework/guidance.htm

Glasrecycling**Wenn Scherben kein Müll mehr sind**

■ Der zuständige EU-Ausschuss hat sich im Juli auf sogenannte Abfall-Endekriterien (End-of-Waste) für Glasbruch verständigt. Das Gemeinsame Forschungszentrum der EU (JRC) hatte die Kriterien erarbeitet. Danach kann zum Beispiel Glasbruch geschmolzen und erneut für Recyclingglas verwendet werden – dann ist es kein Müll, sondern ein Sekundärprodukt. Wenn der Glasbruch aber für den Straßenbau eingesetzt wird, ist er schlicht Abfall. Die zuständige EU-Arbeitsgruppe unterstützte die JRC-Kriterien. Das EU-Parlament muss noch zustimmen. [jg]

► JRC-Überblicksseite zu End-of-Waste-Kriterien: <http://susproc.jrc.ec.europa.eu/activities/waste>

Endokrine Disruptoren**Ungesunde Umwelthormone**

■ Fruchtbarkeitsprobleme, steigende Krebsraten und vorzeitiger Pubertätsbeginn – das sind nur einige Gesundheitsprobleme, die von Umwelthormonen ausgehen. Auf einer Konferenz im Juni in Brüssel haben sich ExpertInnen über endokrine Disruptoren (ECDs) – hormonähnlich wirkende Substanzen – ausgetauscht. Nach Analyse der bereits vorliegenden Daten sei es Zeit für politische Konsequenzen, so

die Fachleute. Die EU-Kommission will im nächsten Jahr die Zulassung für ECDs innerhalb der EU-Chemikalienverordnung REACH überprüfen und bis Ende 2013 EU-weit einheitliche Kriterien erarbeiten.

Die Präsentationen sind im Internet veröffentlicht. [jg]

► www.ec.europa.eu/environment/endocrine

EU-Chemikalienpolitik**REACH-Überprüfung auf
Herbst verschoben**

■ Fünf Jahre nach Inkrafttreten der EU-Chemikalienverordnung REACH ist die EU-Kommission dabei, deren Fortschritte und Wirkungen zu überprüfen. Eigentlich sollten die dazu in Auftrag gegebenen Studien bis zum Juni veröffentlicht werden, nun werde es bis zum Herbst dauern, meldete der Umwelteinformationsdienst ENDS Europe Daily.

Eine bereits fertiggestellte Studie befasst sich mit den Einflüssen von REACH auf die Innovationskraft in der Chemiebranche. Demnach haben die REACH-Vorschriften teilweise als Stimuli für die Entwicklung von Produktkonzeptionen und Innovationen gedient. Etwa 72 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, dass REACH einen besseren Zugang zu Informationen über chemische Substanzen und mehr Glaubwürdigkeit gebracht habe. Allerdings empfand dies nur etwa ein Viertel der Firmen als Vorteil. Beklagt wurde der deutliche Kostenanstieg. Langfristig könnten weitere positive Effekte sichtbar werden, wenn die Forschungsprogramme entsprechend ausgerichtet würden.

Großen Einfluss auf Innovationsaktivitäten hat laut der Studie die sogenannte Kandidatenliste mit potenziell zu verbotenden Substanzen, einschließlich der von Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten sogenannten SIN-Liste, sowie der „fortlaufende Aktionsplan der Gemeinschaft“ (CoRAP). Kleinere Unternehmen hätten Schwierigkeiten, mit den notwendigen Neuerungen wie zusätzlichem Fachperso-

nal, Schulungen und finanziellen Belastungen umzugehen. Eine Empfehlung lautet deshalb, dass die EU-Mitgliedstaaten auf REACH zugeschnittene Förderprogramme auflegen. [jg]

- ▶ <http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/chemicals/documents/reach/review2012>
- ▶ www.sinlist.org

Internationale Chemikalienpolitik

Quecksilberkonvention kommt schleichend voran

■ Anfang Juli endete das vierte von fünf geplanten Treffen zur Entwicklung einer globalen Quecksilberkonvention in Uruguay ohne große Fortschritte. Die letzte Verhandlungsrunde soll im kommenden Januar stattfinden. Spätestens dann muss ein Kompromiss für eine rechtskräftige Konvention gefunden werden.

Die Quecksilberkonvention soll mehrere Bereiche abdecken – von Produkten und Prozessen, die Quecksilber beinhalten, über Lieferung, Handel und Lagerung bis zur Entsorgung des Schwermetalls. Der im Juli beschlossene Entwurf enthält noch immer ungelöste Fragen. Elena Lymberidi von der Zero Mercury Working Group, einer Koalition von Nichtregierungsorganisationen, kritisierte, dass die Delegierten bei dem Treffen nicht über Verbote quecksilberhaltiger Produkte sprachen. Dennoch führten die Verhandlungen zu einigen Ergebnissen. So präsentierten die Vertreter der Staaten ihre Positionen zum entwickelten Entwurf. Lymberidi zufolge wird dies den Verhandlungsprozess im Januar erheblich vereinfachen.

Unstimmigkeiten gab es über einen gesonderten Artikel zur Gesundheit, den die Länder des Südens unterstützen, die des Nordens aber ablehnen. Rico Euripidou von Zero Mercury sagte, beim Quecksilber gehe es auch um Menschenrechte. Eine Gesundheitsklausel sei daher notwendig. [lr]

- ▶ www.zeromercury.org
- ▶ www.kurzlink.de/unep-inc4

Schwermetalle

Zu viel Quecksilber in Energiesparlampen

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat bei Testkäufen festgestellt, dass einige Händler Energiesparlampen anbieten, deren Quecksilbergehalt geltende Grenzwerte übersteigt. Die Umweltorganisation leitete rechtliche Schritte ein, um den Verkauf zu unterbinden.

Energiesparlampen enthalten technisch bedingt geringe Quecksilbermengen. Im Normalbetrieb sind die Lampen ungiftig. Nur wenn sie kaputtgehen, kann das Schwermetall freigesetzt werden. Der Grenzwert für Quecksilber pro Energiesparlampe wurde zum 1. Januar europaweit von fünf auf 3,5 Milligramm gesenkt. Seit September 2010 müssen Hersteller außerdem auf der Verpackung angeben, wie viel Quecksilber in ihrem Produkt enthalten ist. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/duh-quecksilbertest

Pestizide

Immer mehr Vergiftungen und Suizide

■ Daten und Fakten zu den Gesundheitsgefahren durch Pestizide hat das Pestizid-Aktions-Netzwerk zusammengestellt. Die 16-seitige Broschüre enthält sowohl Zahlen aus Deutschland als auch internationale Statistiken. Aufgeführt sind gemeldete Vergiftungserscheinungen sowie akute und chronische Erkrankungen.

Außerdem steigt der Veröffentlichung zufolge bei besserer Verfügbarkeit von Pestiziden auch die Zahl der Selbsttötungen mithilfe dieser Substanzen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO schätzt allein die Pestizid-Suizide und Suizidversuche auf jährlich zwei Millionen Fälle. Die Dunkelziffer ist hoch. [jg]

- ▶ www.pan-germany.org/download/Vergift_DE-110612_F.pdf

EU-Lärmschutz

Konsultation zur Lärmpolitik

■ Bis zum 25. September können sich Verbände und BürgerInnen an einer Konsultation zur Umgebungslärmrichtlinie und der EU-Lärmpolitik beteiligen. Die Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm soll schädliche Auswirkungen von Lärm begrenzen. Hierzu sollen die EU-Mitgliedstaaten die Belastungen in Lärmkarten festhalten und Aktionspläne erarbeiten. Ein Durchführungsbericht prüfte im letzten Jahr den Bedarf weiterer Maßnahmen und ist nun Teil des Konsultationsprozesses. [sl]

- ▶ Konsultation: http://ec.europa.eu/environment/consultations/noise_en.htm

Luftqualität

Luft schlechter als erlaubt

■ Die Luftverschmutzung durch Verkehr, Industrie und Haushalte übersteigt in vielen europäischen Ländern international vereinbarte Standards. Zwölf der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter auch Deutschland, haben 2010 die in einer EU-Richtlinie festgelegten Obergrenzen überschritten.

Am häufigsten betrifft dies die Stickstoffoxidemissionen. Die Direktorin der Europäischen Umweltagentur (EEA) Jacqueline McGlade wies darauf hin, dass sich die EU im Jahr 2010 in einer Rezession befunden habe und eine wirtschaftliche Erholung wieder zu mehr Emissionen führen werde, weshalb eine aktivere Bekämpfung der Luftverschmutzung notwendig sei.

Die Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe aus dem Jahr 2001 verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, eine festgelegte Obergrenze für luftverschmutzende Emissionen nicht zu überschreiten. Dazu gehören Stickstoffoxid (NO_x), Schwefeldioxid (SO₂), flüchtige organische Verbindungen (VOC) sowie Ammoniak (NH₃). [lr]

- ▶ EEA: www.kurzlink.de/nec-stat-2010

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Wasserkraft in Brasilien**Bauen ohne nachzudenken**

■ Brasilianische Wissenschaftler werfen der Regierung in Brasilia mangelndes Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit 30 geplanten Wasserkraftwerken im Amazonasgebiet vor. Da weder soziale noch Umweltschäden vorausgesehen würden, gebe es keine Pläne für die Vermeidung der Folgen, so die Experten des brasilianischen Instituts für sozioökonomische Studien INESC. Die Regierung habe zwar umgerechnet 38 Milliarden Euro für den Bau der Wasserkraftwerke vorgesehen. Es fehle aber an Studien und einer Planung, wie diese konkret genutzt werden sollen.

Der Staudamm Belo Monte werde keine saubere Energie erzeugen, da Methangas entstehe, sagte der Biologe Rodolfo Salm. Der Staudamm helfe auch nicht der Entwicklung Brasiliens, er werde nur zu einem Export billiger Energie in Form verarbeiteter Erze führen. Außerdem würden etwa 10.000 Menschen in die Region ziehen und damit zur Zerstörung von indigenem Lebensraum beitragen. Salm hofft deshalb darauf, dass möglichst viele Indigene den Bau blockieren. [cs]

► www.kurzlink.de/wasserkraft-brasil

Biodiversität in Bolivien**Straße bleibt Zankapfel**

■ Die von der bolivianischen Regierung geplante Straße durch den Nationalpark Tipnis sorgt weiter für Streit. Die indigenen Gegner des Projekts, die eine Zerstörung der Natur zwischen Hoch- und Tiefland befürchten, marschierten von Mai bis Juli zum wiederholten Mal die 600 Kilometer lange Strecke nach La Paz. Sie beklagen, nicht am Planungsprozess beteiligt worden zu sein. Vor allem Kokabauern und Ölmultis profitierten von der neuen Straße. Da die Ölförderung beginnen soll, wenn

die Straße fertig ist, befürchten die Gegner auch Naturschäden in anderen Regionen. Bei der Straße geht es nach Meinung brasilianischer Umweltschützer auch um den Sojaexport aus der südwestlichen Amazonasregion Brasiliens sowie den bolivianischen Grenzgebieten. Mit der neuen Straßenverbindung sei auch dort ein Sojaboom auf dem Rücken der indigenen Bevölkerung und der Artenvielfalt zu befürchten, sagte der Agrarexperte Norbert Suchanek.

Die Regierung und linke Aktivisten argumentieren, dass der Tipnis-Nationalpark keine unberührte Natur mehr sei. Man werde nun eine Volksbefragung durchführen und herausfinden, ob die dort lebende Bevölkerung ein Interesse an der Straße habe, sagte die bolivianische Botschafterin in Berlin, Elizabeth Cristina Salguero. [cs]

► www.kurzlink.de/taz-tipnis

► www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/11554

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Geoengineering**Bundesregierung will nicht am Klima klempnern**

■ Die Bundesregierung lehnt Geoengineering ab. Das schreibt sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD von Mitte Juli. Demnach sieht die Regierung „erhebliche“ Defizite bei der Erforschung von Technologien wie der CO₂-Abscheidung und -Speicherung (carbon capture and storage – CCS). Es fehlten die wissenschaftlichen Kenntnisse, um die Risiken der neuen Technologien bewerten zu können.

Die Regierung sei dabei in einem Dilemma, vermutete das Wochenmagazin Der Spiegel. Ohne eine Forschungsoffensive lasse sich das Risiko nicht absehen, aber die Erkundung führe zu massiven Protesten in der Bevölkerung, wie etwa in Brandenburg und Schleswig-Holstein gegen CO₂-Speicherung. Zwar hält die Bundesregierung weitere Forschung grundsätzlich für wichtig, großräumige Erprobungen seien aber voreilig. Da die Regierung auch Grundlagenforschung nur dulde, bleibe es wohl vorerst bei der Testanlage im brandenburgischen Ketzin, so der Spiegel.

Mit Geoengineering sind technologische Eingriffe in Kreisläufe der Erde gemeint, um den Klimawandel zu stoppen. Neben CCS gehören dazu auch Maßnahmen gegen die Versauerung der Meere und zur Senkung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. [cs]

► Dokument: www.kurzlink.de/drs-17-9943.pdf

► Spiegel-Artikel: <http://spon.de/adHTH>

Klimawandel**Bayerns Gletscher schmelzen**

■ Anfang Juli hat der bayerische Umweltminister Marcel Huber (CSU) den ersten Gletscherbericht des Freistaates veröffentlicht. Demnach stieg die Temperatur in den Alpen in den letzten Jahrhunderten doppelt so stark wie im globalen Durchschnitt. Dies führt dazu, dass voraussichtlich in den nächsten 20 bis 30 Jahren vier von fünf bayerischen Gletschern verschwinden werden. Schon jetzt stellt der Bericht einen starken Rückgang der Gesamtgletscherfläche fest. Huber hat nun angekündigt, in den kommenden fünf Jahren eine Milliarde Euro auszugeben, um den Klimawandel zu bekämpfen, und fordert hierfür Unterstützung vom Bund.

Die Ankündigung traf auf Kritik bei der SPD-Landtagsfraktion. Sie warf der bayerischen Regierung vor, in den letzten 30 Jahren nicht ausreichend in den Klimaschutz investiert zu haben. [lr]

► www.klima.bayern.de (Gletscherbericht)

Treibhausgase aus Landnutzung

Besseres Monitoring verlangt

■ Die Richtlinien für die Bilanzierung von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) müssen gestärkt werden. Das hat Kriton Arsensis (Sozialdemokraten, Griechenland), Berichterstatter für den Umweltausschuss im EU-Parlament, gefordert.

Die Regeln sehen vor, dass Mitgliedstaaten künftig auch über ihre landwirtschaftlichen Emissionen berichten und Aktionspläne für eine Verminderung erstellen müssen. Arsensis verlangt darüber hinaus, dass auch Emissionen aus der Entwässerung von Feuchtgebieten und der Wiedervernässung berücksichtigt werden sollen. In die Aktionspläne müssten Emissionstrends und Projektionen einfließen, ferner müsse die Öffentlichkeit an der Erstellung beteiligt werden. Der Bericht muss nun im Umweltausschuss des EU-Parlaments abgestimmt werden. [sl]

► Bericht (PDF): www.kurzlink.de/lulucf12

EU-Energiefahrplan

Nur Polen ist dagegen

■ Bei den Verhandlungen im EU-Ministerrat hat Polen Mitte Juni als einziger Mitgliedstaat gegen den Energiefahrplan gestimmt, der die langfristige Energiestrategie der EU bis 2050 beschreibt. Die polnische Regierung sei nur dann bereit, CO₂-Emissionen weiter zu senken, wenn andere Industrienationen mitzögen, berichtete der Umweltinformationsdienst ENDS Europe. Polen lehnte außerdem eine „adäquate und stabile“ Bepreisung der Emissionshandelszertifikate ab, deren Preis seit mehreren Monaten fällt.

Der dänische Energieminister Martin Lidegaard und EU-Energiekommissar Günther Oettinger unterstrichen, dass die anderen 26 Mitgliedstaaten die Schlussfolgerungen unterstützen würden und dass die EU-Kommission deshalb einen Plan für die langfristige CO₂- und Ener-

giepolitik der EU erarbeiten werde. Dieser benötigt dann lediglich die erforderlichen Mehrheiten im Ministerrat und im Europäischen Parlament.

EU-Abgeordnete aus dem Industrieausschuss äußerten sich in einer ersten Bewertung des Energiefahrplans positiv und bestanden dabei auch auf einen klaren Zielpfad für erneuerbare Energien. Die EU-Abgeordnete Fiona Hall (Grüne, Großbritannien) forderte, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 45 Prozent anzuheben.

Einige Tage zuvor hatten einige Mitgliedstaaten ihr Veto gegen verbindliche Ziele für erneuerbare Energien eingelegt. Die klimafreundlichere Gestaltung der Energieversorgung soll ihrer Ansicht nach auch die Nutzung von fossilen Energieträgern und Atomenergie einschließen, solange die Emissionswerte niedrig sind. Polen äußerte die Befürchtung, dass diese Formen der Energieproduktion sonst komplett verboten werden könnten.

Das Klimanetzwerk CAN Europe rief die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, gemeinsam an anspruchsvollen und bindenden Zielen und Instrumenten für die weitere Entwicklung von erneuerbaren Energien zu arbeiten. Dies sei auch nötig, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu senken. [cs, sl]

- Studie zum langfristigen Ausbau erneuerbarer Energien der Smart Energy for Europe Platform: www.kurzlink.de/smarteu30
- Öko-Institut/Wuppertal-Institut: Szenarien für CO₂-Einsparungen in der EU bis 2050: www.oeko.de/aktuelles/dok/1396
- BUND, Energieexperte Thorben Becker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586421, E-Mail: thorben.becker@bund.net, www.bund.net/klima

EU-Emissionshandel

CO₂-Preis fällt um elf Prozent

■ Verzögerungen bei den Bemühungen der EU-Kommission, den CO₂-Emissionshandel zu retten, haben Mitte Juli dazu geführt, dass der Zertifikatepreis um elf Prozent gesunken ist. Eigentlich wollte

die Kommission einen Vorschlag vorlegen, um den Verkauf einer größeren Menge an Zertifikaten aufzuschieben und dadurch den Preis zu stabilisieren. Spekulationen zufolge könnte sie jedoch davon abgerückt sein, die Menge der Zertifikate vor dem Herbst genau zu beziffern. Auch besteht Unsicherheit, ob eine Zurückstellung von Zertifikaten nicht doch eines vollständigen Gesetzesprozesses mit Zustimmung von EU-Parlament und Ministerrat bedarf.

Der Preisverfall wirkt sich auch auf die Pläne der Kommission zur CO₂-Speicherung aus. So sollen von acht geplanten Demonstrationsprojekten nur noch drei gebaut werden, weil Einnahmen aus dem Emissionshandel für die Demonstrationsprojekte fehlen und der Anreiz für Unternehmen, in CO₂-Speicherung zu investieren, praktisch gleich null ist. [sl]

► www.ec.europa.eu/dgs/clima/mission

EU-Energiesteuern

Kompromiss in Reichweite

■ Ende Juni haben die EU-Finanzminister bei einem Treffen in Luxemburg ihre Zustimmung für Steueruntergrenzen auf Kraftstoffe signalisiert. Damit würden diese künftig anhand ihres Energiegehalts und ihres CO₂-Austoßes besteuert. Nur Polen ist dagegen, die Klimaschädlichkeit von Brennstoffen bei der Revision der Energiesteuerrichtlinie zu berücksichtigen.

Widerstand gab es von den Mitgliedstaaten in puncto Diesel: Dieser behält aller Voraussicht nach seinen Steuervorteil gegenüber Benzin, obwohl er wegen seiner Energiedichte hohe CO₂- und Stickstoffemissionen aufweist. Auch die Bundesregierung widersetzte sich einer einheitlichen Besteuerung nach Umweltkriterien und machte damit einen großen Schritt auf die deutsche Automobilindustrie zu.

Noch zu klären ist nun, wie Überlappungen mit dem Emissionshandel behandelt und welche Ausnahmen für die Landwirtschaft zugelassen werden. Eine Änderung der Energiesteuerrichtlinie erfordert Einstimmigkeit, weshalb eine Einigung in

Steuerangelegenheiten sich oft über mehrere Jahre hinzieht.

Umweltverbände begrüßten die Revision der Energiesteuerrichtlinie. Sie sprachen sich jedoch gegen die Subventionierung von Diesel sowie für eine automatische Anpassung der Steuern an die Inflation aus. [sl]

- Positionspapier Green Budget Europe zur Energiesteuerrichtlinie: www.kurzlink.de/gbe12.pdf

Energieeffizienz

Was tun gegen hohe Strompreise?

■ Die Energiewende wird nach Ansicht der Bundesregierung die Strompreise für Endverbraucher stark steigen lassen. Darum möchten Umweltminister Peter Altmaier und Wirtschaftsminister Philipp Rösler die Kosten für die Energiewende prüfen lassen. Die Linke forderte Ende Juni hingegen eine Abwrackprämie für Stromfresser im Haushalt. Einkommensschwache sollen demnach bei der Anschaffung stromsparender Geräte unterstützt werden, wenn sie die alten entsorgen. Die SPD schlug ein ähnliches „Minikreditprogramm“ vor.

Eine im April vorgestellte Studie US-amerikanischer Forscher bewertet staatliche Unterstützung für die Umrüstung auf energieeffiziente Geräte allerdings als ineffizient. Die Wissenschaftler untersuchten ein ähnliches Programm der mexikanischen Regierung. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die neuen Geräte zwar weniger Strom verbrauchten, dafür aber häufiger genutzt wurden. Außerdem würden mehr Haushaltsgeräte mit Extras gekauft, die den Stromverbrauch steigern. Grund sei der Reboundeffekt (umwelt aktuell 02.2012, S. 2).

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) forderte ein generelles Umsteuern weg von der „Versorgungswirtschaft“ in Richtung Effizienz und Einsparen. Der Dachverband sprach sich für eine „2000-Watt-Gesellschaft“ aus. Derzeit liegt der durchschnitt-

liche Energieverbrauch der BundesbürgerInnen bei 6.700 Watt. [cs, mb]

- Studie: http://ei.haas.berkeley.edu/pdf/working_papers/WP230.pdf
- www.dnr.de/presse (13.06.2012)
- www.de.wikipedia.org/wiki/2000-Watt-Gesellschaft

Energieverbrauchskennzeichnung

Heizungsindustrie will Effizienzlabel abschwächen

■ Um einen Kompromiss bei der Energieeffizienz kennzeichnung von Boilern haben ExpertInnen aus den EU-Mitgliedstaaten auf einer Konferenz Anfang Juli in Brüssel gerungen. Laut dem Informationsdienst ENDS Europe forderten dabei einige Staaten, dass die Effizienzklassenkennzeichnung für fossil befeuerte Warmwasserbereiter freiwillig bleibt. Damit würde sich die Öl- und Gasheizungsindustrie durchsetzen, warnten Nichtregierungsorganisationen. Vor allem Deutschland, Belgien und Spanien gaben laut ENDS dem Druck der Heizungslobby nach.

Im Gegenzug schlugen andere Länder vor, dass künftig die prozentuale Energieeffizienz des Produkts auf dem Label zu sehen ist. Dann könnten Verbraucher die Technologien zumindest auf diese Weise vergleichen. Die EU-Kommission will ihre Entscheidung voraussichtlich nach der Sommerpause bekanntgeben. [lr]

- Hintergrundinformationen der Coolproducts-Kampagne: www.coolproducts.eu

Netzausbau

Bürger wollen's dezentral

■ Im Juli sind die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zum Netzentwicklungsplan veröffentlicht worden. Aus den Zuschriften wurde deutlich, dass die TeilnehmerInnen der Konsultation dem Netzausbau in der bisher geplanten Form sehr kritisch gegen-

überstehen. Rund 1.500 Stellungnahmen gingen bei den Netzbetreibern ein.

Eine Hauptforderung der BürgerInnen ist ein dezentraler Ausbau erneuerbarer Energien und ein insgesamt geringerer Ausbau der Stromnetze. Insbesondere lehnen die BürgerInnen die politische Schwerpunktsetzung auf große Offshorewindparks ab. Sie fordern stattdessen einen verstärkten Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken auch im industriestarken Süden Deutschlands sowie bessere Speicherkapazitäten. Auch Naturschutzbelange wie die Fragmentierung von Schutzgebieten spielen eine wichtige Rolle. Nur wenige KonsultationsteilnehmerInnen stellen die Energiewende grundsätzlich infrage.

In der zweiten Augushälfte wollen die Betreiber einen zweiten Entwurf des Netzentwicklungsplans veröffentlichen, der die eingegangenen Stellungnahmen berücksichtigen soll. Dann können noch einmal Einwendungen vorgebracht werden. [am]

- www.netzentwicklungsplan.de
- Stellungnahmen der Umweltverbände: www.kurzlink.de/nep-verbaende

Windenergie

Nachwachsende Windtürme

■ An der Universität Hannover ist die weltweit erste Windkraftanlage aus Holz im Bau. Das berichtete im Juli das Onlinemagazin Klimaretter. Der Errichtung ging eine sechsjährige Entwicklungszeit voraus. 2014 will das Hannoveraner Unternehmen TimberTower die Serienproduktion aufnehmen. Dem Prototyp aus kreuzverleimtem Fichtenholz mit 100 Metern Höhe und 1,5 Megawatt Leistung sollen dann auch höhere, leistungsfähigere Anlagen folgen. Die Entwickler versprechen bis zu 20 Prozent niedrigere Baukosten gegenüber herkömmlichen Windtürmen aus Stahl und Beton. Zudem könnten die Anlagen in kleineren Segmenten geliefert werden, was vor allem für bergige Regionen von Vorteil sei. [UWD, sl]

- www.timbertower.de

Fotovoltaik

Solkürzungen sind Gesetz

■ Ende Juni haben Bund und Länder im Vermittlungsausschuss die umstrittenen Solarkürzungen beschlossen. Dabei wurden Kürzungen bei mittelgroßen Anlagen teilweise zurückgenommen und der jährliche Zubaukorridor entgegen den Regierungsplänen nicht gesenkt. Die Kürzungen treten rückwirkend zum 1. April in Kraft.

Der NABU begrüßte den Kompromiss. Es sei gelungen, notwendige Kürzungen zu vereinbaren, ohne die Solarenergie abzuwürgen. Kritik gab es von Greenpeace und anderen Organisationen für den Ausbaudeckel: Die Förderung soll auslaufen, wenn insgesamt 52 Gigawatt Leistung installiert sind. Das könne schon 2015 der Fall sein, sagte Niklas Schinerl, Energieexperte von Greenpeace. Dann drohe „ein gewaltiger Solar-Sprint um die verbleibende Förderung“. Die Kosten würden dadurch in diesem Zeitraum unnötig in die Höhe schnellen, was die Akzeptanz der Energiewende bedrohe. Nach Ansicht der Verbände braucht es keinen Deckel, sondern eine kontrollierte Senkung der Förderung mit Augenmaß, die einen Zubau über einen langen Zeitraum ermöglicht. [sl]

► Greenpeace, Energieexperte Niklas Schinerl, Berlin, Tel. +49 (0)40 / 30618-304, E-Mail: schinerl@greenpeace.de, www.greenpeace.de

Fotovoltaik in Japan

Solarausbau wird Gesetz

■ Im Juli ist in Japan ein umfangreiches Förderprogramm für Solarstrom in Kraft getreten. Damit wird Japan nach China mit weltweit zum zweitgrößten Markt für Solarstrom noch vor Deutschland und Italien. Der Wert der künftigen Investitionen wird auf 9,6 Milliarden Dollar geschätzt. Der erzeugte Strom könnte drei Atomkraftwerke ersetzen. Nach der Fukushima-Katastrophe 2011 hatte Japan alle AKWs vom Netz genommen. Eines davon ging unter Protesten der Bevölkerung Anfang Juli wieder ans Netz. [UWD, sl]

CO₂-Speicherung taugt nicht als Feigenblatt

Nach aktuellen Szenarien aus Potsdam und Berlin soll mithilfe von CCS die Braunkohleverstromung noch jahrzehntelang weitergehen. Das stellt die Energiewende infrage, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Georg von der Marwitz.

Im ersten Quartal dieses Jahres ist der Energieverbrauch aus Braunkohle in Deutschland um 8,3 Prozent gestiegen, Steinkohle legte um zwei Prozent zu. Bis 2014 sollen 10.981 Megawatt Kohlekraft neu installiert werden. Die Betreiber von fossilen Kraftwerken wittern Morgenluft. Doch was sind die Folgen? Anlagen wie Jänschwalde und Schwarze Pumpe (beide in Brandenburg) belegen Spitzenplätze unter Europas Luftverschmutzern. Die Folgekosten für Umwelt, Gesundheit und Renaturierung liegen nach Berechnungen im Milliardenbereich. Und nicht zuletzt: Der Einsatz unflexibler Großkraftwerke ist mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht vereinbar.

Die Braunkohleverstromung ist ein Auslaufmodell. Befürworter dieser Technologie sprechen in erster Linie von Arbeitsplätzen und der regionalen Wertschöpfung. Doch diese Argumente sind wenig überzeugend. Niemand plant einen Ausstieg binnen Monatsfrist. Auch ohne eine Verlängerung würden die Kohlemeiler bis mindestens 2030 Energie produzieren. Zusätzliche Investitionen in neue Kraftwerke würden dagegen eine Verlängerung der Braunkohleverstromung bis in die 2070er-Jahre bedeuten. Neben den nachteiligen Auswirkungen für die Umwelt würden die unflexiblen Großanlagen den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv behindern. Schließlich muss die fossile Energieversorgung in Zukunft regelbar und dezentral ausgerichtet werden. Mit Blick auf andere deutsche Kohlereviere ist es daher dringend erforderlich, schon heute Perspektiven für die Zeit danach zu entwickeln und den Rückbau sozial verträglich zu gestalten.

Jetzt ist die Politik gefordert. Die Energiestrategie der brandenburgischen Landesregierung ist ein Beispiel, wie es nicht geht. Zwei von drei Szenarien sehen die Fortsetzung der Braunkohleverstromung als Option. Energieminister Ralf Christoffers (Die Linke) nimmt sogar einen Kraftwerksneubau in Jänschwalde in Kauf. Dies hätte einen signifikanten Anstieg der Emissionen zur Folge, Brandenburg würde seine Klimaziele mehr als verfehlen.

Auch CCS, die Abscheidung und Entsorgung von Abgasen im Erdreich, wird weiterhin als Möglichkeit gesehen.

Die CO₂-Verpressung ist wirtschaftlich und klimapolitisch unsinnig und niemand weiß, ob die Phantomtechnologie überhaupt funktioniert. Wegen der unkalkulierbaren Risiken ist der Widerstand in den betroffenen Gemeinden enorm. Weltweit ziehen sich mehr und mehr Investoren zurück, auch CCS-Pioniere wie Norwegen, Dänemark oder Kanada müssen Projekte aus Gründen der Wirtschaftlichkeit oder wegen mangelnder Akzeptanz stoppen. Selbst in Großbritannien, das 1,24 Milliarden Euro Fördergelder in Aussicht stellte, wurde erst kürzlich ein ambitioniertes schottisches Vorhaben auf Eis gelegt.

Auch die Bundesregierung muss sich fragen lassen, wie sinnvoll ein Förderprogramm für Kraftwerksneubauten ist. Mit Geldern aus dem Emissionshandel sollen von 2013 bis 2016 fossile Kraftwerke mit mehr als 300 Megawatt Leistung subventioniert werden. Dabei gilt die theoretische CCS-Fähigkeit als Alibi zum Greenwashing fossiler Energieerzeugung. Jedoch sind Großversorgerstrukturen und ein kleinteiliges Netz von Produzenten erneuerbarer Energien kaum vereinbar.

Deutschland will die Energiewende. Atomausstieg und Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen den Weg in die richtige Richtung. Ein Ausbau der Kohleverstromung würde das Erreichte infrage stellen und neue fossile Abhängigkeiten fördern. Deutschland hat das Potenzial zu einer europäischen Modellregion für die Transformation hin zu einer postfossilen Energiewirtschaft und -gesellschaft.

Der Landwirt Hans-Georg von der Marwitz aus dem brandenburgischen Kreis Märkisch-Oderland ist Bundestagsabgeordneter der CDU.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 22771426, E-Mail: hans-georg.vondermarwitz@bundestag.de, www.von-der-marwitz-mdb.de

CO₂-Speicherung**CCS-Kompromiss**

■ Ende Juni haben Bund und Länder im Vermittlungsausschuss einen Kompromiss zum Gesetz zur Speicherung von Kohlendioxid gefunden (siehe auch Kommentar S. 13). Das sogenannte CCS-Gesetz sieht vor, dass die Größe der Speicher auf jeweils 1,3 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr beschränkt wird. Der Beschluss, dem monatelange Verhandlungen vorausgingen, beinhaltet zudem eine Länderklausel, die es den Bundesländern ermöglicht, Speicher in ihrem Gebiet abzulehnen. Schleswig-Holstein hat diesen Schritt unterdessen bereits angekündigt.

Der Weltklimarat IPCC geht in seinem jüngsten Gutachten davon aus, dass CCS notwendig ist, um die Schäden durch den Klimawandel zu verringern. Große Teile der Bevölkerung lehnen die CO₂-Speicherung jedoch ab. Klimaschützer befürchten, dass das Gesetz nur den Bau neuer, klimaschädlicher Kohlekraftwerke legitimiert.

Der Vermittlungsausschuss beriet auch erneut über die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. [lr]

► www.kurzlink.de/ccs-gesetz.pdf

Pflanzenöltreibstoffe**Agrodiesel bald teurer**

■ Die Bundesregierung will die steuerliche Förderung von reinem Pflanzenölkraftstoff wie Rapsdiesel zum Jahreswechsel nicht verlängern. Nur Betriebe der Land- und Forstwirtschaft sollen weiter von einer vollständigen Steuerbefreiung für reinen Agrodiesel und Pflanzenölkraftstoff profitieren. Die Regierung begründet den Stopp damit, dass die bestehende Regelung zu einer „Überkompensation von Pflanzenölkraftstoff“ geführt habe. So falle die Steuererleichterung höher aus als die Differenz zwischen den Herstellungskosten und dem Marktpreis für fossilen Diesel. [UWD]

► www.klimaretter.info/politik/nachricht/11579

Atomausstieg**Ratingagentur geht vorweg**

■ Statt weltweit den Bau von Atomkraftwerken voranzutreiben, will RWE jetzt in Solarenergie investieren. Die finanziellen Risiken für AKW-Neubauten seien zu hoch, teilte der Energiekonzern Ende Juni mit. Laut Medienberichten hatten Ratingagenturen mit einer Herabstufung gedroht.

Die Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt kritisierte, dass der Atomausstieg auch im Inland vollzogen werden müsse. Dazu gehörten die Abschaltung der AKWs vor 2022 und die Rücknahme der Klage gegen die Stilllegung des Reaktors Biblis.

Weltweit ist die Atomkraft auf dem Rückzug. Laut World Nuclear Industry Status Report sank die Zahl der Reaktoren in den letzten zehn Jahren von 444 auf 429. Von der weltweiten Stromproduktion kommen noch elf Prozent aus Atomkraft. [cs, sl]

► www.kurzlink.de/pm-ausgestrahlt
 ► www.worldnuclearreport.org

Atommüllendlager**Konrad nicht ganz dicht**

■ Nicht nur in das Atommülllager Asse II bei Wolfenbüttel, sondern auch in das geplante Endlager Schacht Konrad in Salzgitter dringt Wasser ein. Der Geochemiker Ralf Krupp warnte im Juni davor, dass der Schacht nach der Schließung absaufen könne. Das Bundesamt für Strahlenschutz erklärte dagegen, das Eindringen von Wasser selbst über offene Schächte sei in Bergwerken normal und in einem Eisenerzbergwerk wie Konrad ungefährlich. Vergleiche mit dem Salzbergwerk Asse seien unangebracht. Krupp ist jedoch der Ansicht, dass die Tonschichten, die Schacht Konrad umschließen, während des Erzabbaus durchlöchert wurden. Schacht Konrad ist das einzige genehmigte Endlager in Deutschland. Ab 2019 soll dort schwach und mittelradioaktiver Atommüll dauerhaft eingelagert werden. [cs]

► www.kurzlink.de/ralf-krupp

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Lebensmittelkennzeichnung**Neues EU-Biosiegel Pflicht**

■ Seit Juli müssen alle verpackten Bioanahrungsmittel in europäischen Regalen mit dem EU-Biosiegel gekennzeichnet sein. Das Logo mit zwölf Sternen in Form eines Blattes soll garantieren, dass die Ware nach den EU-Standards für ökologischen Landbau hergestellt wurde.

Verbraucherorganisationen wie Foodwatch halten ein solches obligatorisches Siegel für sinnvoll. Nur staatliche Siegel mit gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien böten Konsumenten eine verlässliche Orientierung beim Einkauf, hieß es bei Foodwatch. Allerdings war die Einführung des Logos laut dem Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) in der Branche umstritten. Die Siegel vieler Anbauverbände und einzelner Staaten seien strenger. Diese dürfen aber parallel zum EU-Logo aufgedruckt werden. [mbu]

► EU-Kommission: www.ec.europa.eu/agriculture/organic/files/eu-policy/logo/FAQ_logo_en.pdf
 ► www.foodwatch.de
 ► www.boelw.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform I**Ökologie nur freiwillig?**

■ Bei einem Treffen mit dem Agrarausschuss des EU-Parlaments Ende Juni haben ParlamentarierInnen aus den Mitgliedstaaten gefordert, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) fairer und weniger bürokratisch zu gestalten. Die Abgeordneten der nationalen Parlamente zeigten ihre grundsätzliche Zustimmung zur Position des Agrarausschusses. Mitte Juni hatte der Ausschuss einen von Luis Manuel Capoulas Santos (Sozialdemokraten, Portugal) vorgelegten

Bericht verabschiedet, der die Vorschläge der EU-Kommission für eine Ökologisierung der GAP stark abschwächt (umwelt aktuell 07.2012, S. 14). Großen Zuspruch fand insbesondere die Forderung, die an die Direktzahlungen gebundenen Umweltauflagen flexibel und freiwillig zu gestalten.

Außerdem debattierten die Parlamentarier über das System der Direktzahlungen an sich. Vor allem Abgeordnete aus den neuen EU-Staaten forderten eine faire Verteilung der Gelder. Mehrere Vorschläge standen zur Diskussion, darunter auch die Abschaffung der Direktzahlungen. [dh]

- Mitteilung des EU-Parlaments (engl.): www.kurzlink.de/cap-interparl-0612

EU-Agrarreform II

Wohin steuert die zyprische Ratspräsidentschaft?

■ Beim ersten EU-Agrarministerrat unter der neuen Ratspräsidentschaft hat der zyprische Landwirtschaftsminister Sofoclis Aletaris seine Agenda für die zweite Jahreshälfte vorgestellt. Schwerpunkt ist die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Aletaris kündigte an, sich für eine nachhaltige, umweltfreundliche

und wettbewerbsfähige Landwirtschaft einzusetzen. Wie ernst es Zypern mit einer umweltfreundlichen GAP dabei wirklich ist, blieb aber unbeantwortet.

Auf der Agenda der Ratssitzung stand vor allem das Krisen- und Risikomanagement in der GAP. Die EU-Landwirtschaftsminister waren sich zwar einig, dass angesichts des Klimawandels und der starken Preis- und Marktschwankungen Maßnahmen zur Absicherung der Landwirte notwendig seien. Über die Finanzierung waren die Minister aber uneins. Die Einrichtung eines Ausgleichsfonds zur Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen stieß dabei auf den Widerstand einiger Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland. Bedenken gab es auch gegen den Vorschlag der EU-Kommission, solche Maßnahmen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) zu finanzieren.

Nach der Sommerpause findet ein informeller Agrarministerrat in Nicosia statt. Hier sollen die EU-Verordnungen zum gemeinsamen Agrarmarkt und die Ausgestaltung des ELER verhandelt werden. Im November soll dann die gemeinsame Position der EU-Staaten stehen.

Umweltverbände befürchten, dass die Vorschläge der Kommission zur Ökologisierung der GAP von Ministerrat und EU-Parlament verwässert werden. Sie appel-

lierten an die Ratspräsidentschaft, sich für eine grüne GAP-Reform einzusetzen. [dh]

- Ergebnisse des Agrarministerrats (engl.): www.kurzlink.de/agri-16-07-2012.pdf
- Zyprische Präsidentschaft zur Agrarpolitik: www.cy2012.eu/de/page/common-agricultural-policy

Agrarsubventionen

EU-Länder müssen Geld zurückzahlen

■ Die EU-Kommission hat von 13 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, insgesamt 436 Millionen Euro aus dem Agrarhaushalt zurückgefordert, die regelwidrig verwendet wurden. Den höchsten Betrag mit 131 Millionen Euro muss Spanien zahlen, gefolgt von Italien und Griechenland. Zu den häufigsten Verstößen zählen mangelnde Kontrollen von Betrieben. Die EU-Länder sind für die Verwaltung der Beihilfen aus dem EU-Agrarbudget zuständig. So prüfen sie die Anträge der Landwirte auf Direktzahlungen und kontrollieren die Verwendung dieser Mittel. [mbu]

- Factsheet: Umsichtige Verwaltung des Agrarhaushalts: www.ec.europa.eu/agriculture/fin/clearance/factsheet_de.pdf

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Für eine ökologische Agrar und Ernährungskultur!

Das unabhängige Vordenkermedium für Ökologie und Landbau

■ qualitativ hochwertig ■ sachlich kompetent ■ mit Beiträgen aus Forschung, Praxis und Beratung

Sichern Sie sich Ihr vergünstigtes Probeabo*

(zwei Ausgaben für nur 6,65 Euro statt 13,30 Euro inkl. Versand in Dtl.)

Bestellung an abo@oekom.de oder +49/(0)89/54 41 84-25

www.oekom.de/oekologie-landbau

JETZT vergünstigtes Probeabo sichern

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL)



* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens zehn Tage nach Erhalt des zweiten Heftes kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.

Das europäische Saatgutrecht schützt die Vielfalt nicht

Wer Saatgut traditioneller Sorten erhält und damit die Agrobiodiversität sichern hilft, darf nicht durch EU-Recht behindert werden, sagen Susanne Gura vom Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt und Reinhild Benning vom BUND.

Das Ziel der EU-Erhaltungssortenrichtlinie ist löblich. Sie soll die bedrohte Nutzpflanzenvielfalt schützen. Erfüllt wird dieses Ziel durch die Richtlinie jedoch nicht – auch wenn der Europäische Gerichtshof (EuGH) sie am 12. Juli bestätigt hat.

Die EU erlaubt mit ihrem Saatgutrecht nämlich nur den Verkauf von zugelassenen Sorten. Zwar hat sie 2009 nach langen Auseinandersetzungen eine Richtlinie extra für sogenannte Erhaltungssorten geschaffen. Diese zumeist alten, nicht industriell genutzten Sorten, die zur biologischen Vielfalt in der Landwirtschaft beitragen, können für den Verkauf nach anderen Bedingungen als Industrieesorten zugelassen werden. Dabei hat die EU jedoch starke Beschränkungen nach Region und Verkaufsmenge sowie Meldepflichten festgelegt.

Erhalterorganisationen, die Tausende von Sorten pflegen und gern auch Saatgut davon verkaufen würden, weisen darauf hin, dass sich aus der Zulassungspflicht für Erhaltungssorten hohe bürokratische Hürden ergeben. Die Mengen müssen mit anderen Erhaltern abgestimmt und jedes verkaufte Gramm Saatgut den Behörden gemeldet werden. Der (vom Gesetzgeber berechnete) bürokratische Aufwand von 5,5 bis elf Stunden pro Sorte lohnt sich bei den geringen Abgabemengen nicht und würde zusammen mit den Zulassungsgebühren die Erhalter erheblich belasten. Die Vermehrungskosten sind auch schon ohne Zulassung sehr hoch, denn die Sorten müssen separat vermehrt werden. Der im Südwesten Deutschlands aktive Verein Freie Saaten müsste zum Beispiel mehr als drei Vollzeitkräfte zusätzlich einstellen, um jedes Jahr die Zulassungsbedingungen für seine 1.200 Sorten zu erfüllen. Bisher wurde in Deutschland deshalb nur für ein knappes Dutzend Erhaltungssorten eine Zulassung beantragt.

Stattdessen geben die Erhalter ihr Saatgut gegen eine Spende ab. Sie riskieren dabei eine Strafe für den Fall, dass dies rechtlich als Verkauf gewertet wird. In Frankreich war die Erhalterorganisation Kokopelli, die zahlreiche alte und seltene Sorten

pflegt, von der Züchtungsfirma Graines Baumaux wegen des Verkaufs von nicht zugelassenen Sorten verklagt worden. Die Vorabentscheidung des EuGH vom 12. Juli erschwert nun für Kokopelli die Verteidigung vor dem zuständigen französischen Gericht. Graines Baumaux – Jahresumsatz 14 Millionen Euro – verlangt, dass Kokopelli 100.000 Euro zahlt und den Verkauf von Saatgut einstellt. Das wäre ein schwerer Schlag gegen eine der wichtigsten Erhalterorganisationen in Frankreich.

Vielleicht die öffentliche Meinung, aber nicht die Rechtslage verhindert ähnliche Verfahren in Deutschland, wo mit Bayer, BASF und KWS drei der zehn weltgrößten Saatguterzeuger ansässig sind. In Lettland wurde ein seit Februar anhängiges Ordnungsrechtsverfahren am Vortag des EuGH-Urteils eingestellt; die Gesetzgeber ringen nun um eine rechtliche Lösung. Ein Biobetrieb soll auf einer Gartenclubveranstaltung nicht zugelassenes Saatgut alter Tomatensorten verkauft haben.

Das EU-Saatgutrecht soll, so der EuGH, „schädliches Saatgut“ verhindern und nur „Saatgut für die bestmögliche Produktion“ zum Verkauf zulassen. In der Realität bewirkt es das Gegenteil. Die meisten der zugelassenen Sorten sind aufgrund der Geschäftsmodelle der Agrarkonzerne mit hohem Agrochemieeinsatz verknüpft. Doch immer mehr Menschen wollen die alten Sorten kaufen. Sie legen Wert auf die Beratung, nicht auf Stempel. Das muss die geplante EU-Saatgutrechtsreform ermöglichen.

Die Agrarexpertin Susanne Gura ist im Vorstand des Dachverbandes Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt mit Sitz in Bonn. Die Landwirtin Reinhild Benning ist Agrarreferentin beim Umweltverband BUND in Berlin.

Kontakt:

Tel. +49 (0)228 / 9480670,

E-Mail: gura@dinse.net,

www.kulturpflanzen-nutztiervielfalt.de

E-Mail: reinhild.benning@bund.net,

www.bund.net/agrar

Saatgut

Richtungsweisende Urteile des Europäischen Gerichtshofs

■ Fehler bei den Angaben zum An- und Nachbau von Saatgut können für Landwirte teuer werden. Bei Falschangaben drohen Schadenersatzzahlungen in Höhe der ursprünglichen Lizenz. Das entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem Urteil vom 5. Juli und verschärfte damit das EU-Sortenschutzrecht zugunsten der Pflanzenzüchter.

Die Entscheidung der Luxemburger Richter beruht auf einem Fall, in dem ein Landwirt eine fehlerhafte Nachbauerklärung abgegeben und zu wenig Gebühren gezahlt hatte. Der Lizenzgeber, die Saatgut-Treuhandverwaltung, hatte daraufhin Schadenersatz in Höhe der sogenannten Z-Lizenzgebühr gefordert. Die Z-Lizenz ist die Gebühr, die ein Landwirt für den Anbau von sortenrechtlich geschütztem und zertifiziertem Saatgut entrichten muss. Der Nachbau von zertifiziertem Saatgut, also die Gewinnung von neuem Saatgut aus der Ernte, ist grundsätzlich erlaubt. Hierfür sind aber weitere Nachbaugebühren fällig und der betroffene Landwirt muss einer umfangreichen Auskunftspflicht gegenüber dem Lizenzgeber nachkommen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) nannte die Entscheidung des EuGH „sehr fragwürdig“. Nachbau-Saatgut könne nicht mit neu gekauftem Saatgut gleichgesetzt werden.

In einem weiteren Urteil vom 12. Juli bestätigte der Gerichtshof die 2009 geschaffene Ausnahmeregelung für alte Sortengängiger Gemüsearten in der EU-Saatgutrichtlinie. Dabei handelt es sich unter anderem um sogenannte Erhaltungssorten aus besonderen Orten oder Regionen und um alte Sorten, die nicht industriell bewertet werden, aber wichtig für die Sicherung der Agrobiodiversität sind.

Die französische Saatgutfirma Graines Baumaux hatte den Verein Kokopelli wegen des Verkaufs von Saatgut solcher Sorten verklagt. Umweltverbände und Saatgut-Erhalterorganisationen, die auf weniger restriktive Regelungen zum Ver-

kauf von Saatgut alter Sorten gehofft hatten, zeigten sich enttäuscht (siehe Kommentar S. 16). **[dh, jg]**

- ▶ **EuGH-Urteil vom**
5. Juli: www.lexetius.com/2012,2647
12. Juli: www.kurzlink.de/eugh-c59-11
- ▶ **AbL, Geschäftsführer Georg Janßen, Hamm,**
Tel. +49 (0)2381 / 9053-171, E-Mail:
janssen@abl-ev.de, www.abl-ev.de
- ▶ **Kokopelli: www.kokopelli-semences.fr**

Genpflanzen I

Vorerst keine weiteren Anbauzulassungen

■ In diesem Jahr wird es in der EU wahrscheinlich keine weiteren Anbauzulassungen für Genpflanzen geben. Nach Informationen des unabhängigen Instituts Testbiotech hat die EU-Kommission im Juli mehrere Gutachten der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA zu drei gentechnisch veränderten Maissorten zurückgewiesen. Die Risikobewertung von Genpflanzen müsse unter Einbeziehung neuer wissenschaftlicher Daten verbessert werden, forderte die Kommission. Die EFSA will sich nun bis zum Jahresende Zeit lassen, um neue Gutachten zu erstellen.

Dadurch verzögert sich der Zulassungsprozess bis ins nächste Jahr. Der Kommission liegen auch noch weitere Zulassungsanträge etwa für Gensoja vor, aber auch hier macht der Bearbeitungsstand eine baldige Anbaugenehmigung unwahrscheinlich.

„Wir sehen diesen Schritt als erstes Signal der EU-Kommission, dass die vorliegende Risikobewertung von Gentechnikpflanzen erheblich verbessert werden muss“, sagte Christoph Then von Testbiotech. Einen generellen Richtungswechsel der EFSA und der als gentechnikfreundlich geltenden EU-Kommission erwartet Then jedoch nicht. Kritiker hatten der EFSA immer wieder mangelnde Unabhängigkeit vorgeworfen (siehe Kommentar S. 18). **[dh]**

- ▶ **Testbiotech, Christoph Then, München, Tel. +49 (0)89 / 3589-9276, E-Mail: info@testbiotech.org, www.testbiotech.de**

Genpflanzen II

Gensojasorte darf in die EU

■ In der Europäischen Union darf die gentechnisch veränderte Sojasorte Intacta künftig in Futter- und Lebensmitteln verwendet werden. Anfang Juli erteilte Gesundheits- und Verbraucherschutzkommissar John Dalli die Importzulassung für

die Gensojabohne des US-Unternehmens Monsanto. Nachdem sich die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA im Juni sogar für den Anbau von Gensoja ausgesprochen hatte, galt eine rasche Importzulassung als wahrscheinlich. Wie in ähnlichen Fällen zuvor gab die EU-Kommission grünes Licht, nachdem sich die Mitgliedstaaten nicht einigen konnten.

Das Institut Testbiotech warf der EFSA eine mangelhafte Prüfung der Umwelt- und Gesundheitsrisiken vor. Die Importzulassung verstoße gegen EU-Recht. Testbiotech will rechtliche Schritte prüfen. **[dh]**

- ▶ **Testbiotech, Christoph Then, München, Tel. +49 (0)89 / 3589-9276, www.testbiotech.de**
- ▶ **EFSA-Bewertung: www.efsa.europa.eu/de/efsajournal/pub/2753.htm**
- ▶ **Rechtsgutachten: www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik.html#news25936**

Tierzucht

Antibiotika per Gießkanne?

■ In 26 nordrhein-westfälischen Geflügelbetrieben hat das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Antibiotikarückstände im Tränkwasser nachgewiesen. Das geht aus einer Anfang Juli veröffentlichten Studie der Behörde hervor.



Jetzt bestellen! • GID 212 • 50 Seiten • 8,50 Euro



Zeitschrift mit Informationen und Kritik zu Gentechnik und Biopolitik

Die Saat ist ein umkämpftes Gut.

Für die einen eine Lizenz zum Gelddrucken, für die anderen die Basis allen gärtnerischen und landwirtschaftlichen Tuns, welche es zu pflegen gilt. Die agrarindustriellen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte und die Einführung der Agro-Gentechnik hinterlassen ihre Spuren.

GID-ABO (6 Ausgaben): 50 Euro/Jahr

Gen-ethisches Netzwerk e.V.
 Tel.: 030/685 70 73, gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Zehn Jahre und kein Grund zum Feiern

Bei der 2002 gegründeten EU-Lebensmittelbehörde EFSA werden mit öffentlichen Geldern Industrieinteressen gefördert. Ursache ist ein Konstruktionsfehler im Fundament, sagt Daniel Hertwig vom Informationsdienst Gentechnik.

Bevor neue Lebensmittel für den Markt zugelassen werden, müssen sie auf Gesundheitsrisiken geprüft werden. Diese verantwortungsvolle Aufgabe kommt in der EU der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu. In diesem Jahr wird die Behörde mit Sitz im norditalienischen Parma zehn Jahre alt. Doch die nicht enden wollende Kritik vermasselt der EFSA gehörig das Jubiläum. Und das völlig zu Recht.

Für einen effektiven Schutz vor riskanten Bestandteilen in unserer Nahrung braucht es unabhängige Kontrolleure, die frei von äußerer Beeinflussung ihrer Arbeit nachgehen können. Das ist bei der EFSA aber nicht der Fall. Immer wieder gibt es Hinweise auf Interessenkonflikte, auf zu enge Kontakte zur Industrie, auf waghalsige Karrieresprünge von der EFSA zur Privatwirtschaft und zurück. Genutzt hat die Kritik bislang wenig. Zwar gelobte die Behörde Besserung, besonders nachdem ihr Haushalt vom EU-Parlament mit Verweis auf die Personalkapaden nicht entlastet wurde, doch dann ging es weiter wie gehabt. So haben einige Experten des kürzlich neu besetzten Gentechnikgremiums Verbindungen zu den Herstellern gentechnisch veränderter Pflanzen oder deren Lobbyorganisation ILSI. Das „International Life Science Institute“ vertritt neben großen Agrochemiekonzernen wie Monsanto, Syngenta und BASF auch andere Big Player der Lebensmittelbranche.

Auch die Maßstäbe zur Begutachtung von Produkten sind unausgewogen. Die EFSA orientiert sich an zweifelhaften, aber teuren Standards, die den finanziell bestens ausgestatteten Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der Konzerne zugutekommen. Unabhängige Studien werden meist ignoriert. So kommt es zu absurden Situationen, wie im Fall der Chemikalie Bisphenol A, die in vielen Alltagsprodukten zu finden ist. Hunderte von wissenschaftlichen Untersuchungen hatten besorgniserregende Risiken aufgezeigt – doch die Behörde berief sich ausschließlich auf zwei von der Industrie bezahlte Studien, die keinerlei Gesundheitsgefahr feststellten. Bisphenol A bekam grünes Licht.

Statt die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa zu schützen, stellt sich die EFSA zu oft in den Dienst von privatwirtschaftlichen Interessen. Und das, obwohl sie von Steuergeldern finanziert wird. Vielleicht liegt hier ein Teil des Problems. Die von der EFSA berufenen Experten bekommen von ihr kein Gehalt. Sie haben andere Verpflichtungen: in Universitäten, Organisationen und Unternehmen. Nur Letztere verfügen über die Mittel, gelegentliche Gefälligkeiten mit großzügig dotierten Posten zu belohnen. Es bräuchte hier eine fundamentale Umstrukturierung. Warum soll die öffentliche Hand für die Risikoprüfung privater Produkte aufkommen? Stattdessen sollten diese Kontrollen von den privatwirtschaftlichen Antragstellern bezahlt und dann von den jeweils am besten geeigneten unabhängigen Experten durchgeführt werden. Die EFSA wäre dabei die Mittlerin. Unternehmer erführen nicht, wer ihre Produkte prüft. Die Wissenschaftler bekämen ihre Nebentätigkeit angemessen vergütet, ohne den Namen des Antragstellers zu kennen. Darüber hinaus müsste die Versteifung auf industriegefällige Prüfkriterien gelockert werden.

Diese Forderungen sind keineswegs neu. Umso schlimmer, dass bislang nichts in dieser Richtung geschehen ist. Wie genau eine Reform der EFSA auch aussehen würde, dringend notwendig und überfällig ist sie allemal. Dafür sind letztlich die politischen Institutionen der EU verantwortlich. Sie täten gut daran, der von ihnen ins Leben gerufenen EFSA auf die Sprünge zu helfen. Um klarzustellen, dass unsere Gesundheit schwerer wiegt als wirtschaftliche Interessen. Und um weiterem Vertrauensverlust vorzubeugen.

Der Politologe Daniel Hertwig ist seit Mai dieses Jahres Redakteur beim Informationsdienst Gentechnik der Zukunftsstiftung Landwirtschaft in Berlin.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 28482-304, Fax -309,
E-Mail: info@keine-gentechnik.de,
www.keine-gentechnik.de**

Das NRW-Landesamt hatte Tränkwasserproben aus 42 Puten- und Hühnerställen analysiert. In 62 Prozent der Fälle wurden Antibiotikarestenachgewiesen, obwohl zum Zeitpunkt der Probennahme keine Behandlung der Tiere erfolgte. Die Wasserproben wiesen auch Wirkstoffe auf, die nicht Bestandteil der gemeldeten Medikation waren.

Der Landesvorsitzende des BUND Paul Kröfges befürchtet eine Zunahme resistenter Keime, da Erreger durch Medikamentenreste im Tränkwasser weiter abgehärtet würden. Er forderte Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) auf, den massenhaften Einsatz von Antibiotika in der Tiermast zu beenden. [dh]

- ▶ BUND NRW, Agrarreferent Ralf Bilke, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 302005-20, Fax -26, E-Mail: ralf.bilke@bund.net, www.bund-nrw.de
- ▶ Studie (PDF, 1,9 MB): www.kurzlink.de/lanuv-antibio12.pdf

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Biodiversität

Deutschland Spitzenreiter beim Artenschwund

■ Ende Juni hat der Naturschutzbund (NABU) einen „Masterplan 2020“ zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in Deutschland vorgestellt. Der Plan enthält konkrete Forderungen an die Bundes- und Landespolitik sowie EntscheidungsträgerInnen auf kommunaler Ebene. Der NABU fordert unter anderem, dass überprüfbare Schutzziele festgelegt, Wanderungshindernisse abgebaut und weitere Nationalparke und Biosphärenreservate eingerichtet werden sollen.

In Deutschland seien 27 Prozent aller heimischen Pflanzen- und 36 Prozent aller Tierarten gefährdet, teilte der NABU mit. Damit erreiche die Bundesrepublik europäische Negativrekordwerte. Hauptverursacher seien dabei Land- und Forst-

wirtschaft, inkonsequente Umsetzung von Gesetzen, ungebremster Flächenverbrauch und umweltschädliche Subventionen wie die EU-Zahlungen für die Landwirtschaft. Die Bundesregierung müsse sich endlich konstruktiv an der Diskussion über die Neugestaltung der EU-Agrarpolitik beteiligen, forderte der Naturschutzverband.

Um die Biodiversität zu erhalten, haben die Vereinten Nationen die Jahre 2011 bis 2020 zur UN-Dekade der biologischen Vielfalt ausgerufen. Sowohl die EU als auch die einzelnen Staaten hätten sich dafür ehrgeizige Ziele gesetzt, lobte der NABU. Nun müssten diese Pläne aber auch konsequent umgesetzt werden. [cs]

- ▶ NABU, Naturschutzexperte Kristian Klöckner, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1621, E-Mail: kristian.kloeckner@nabu.de
- ▶ www.kurzlink.de/nabu-masterplan2020

Natura 2000

Schutzgebiete sollen sich dem Klimawandel anpassen

■ Die EU-Kommission hat Mitte Juli einen Leitlinienentwurf für Klimaanpassungsmaßnahmen beim Management von Natura-2000-Gebieten vorgestellt. Um die wachsenden Einflüsse des Klimawandels auf die EU-Schutzgebiete zu begrenzen, hat die Kommission ein Weißbuch veröffentlicht. Die Leitlinien sind Teil der darin vorgeschlagenen Aktionen. Mithilfe der Leitlinien will die Kommission den Druck auf die Natura-2000-Gebiete verringern, die Heterogenität der Ökosysteme gewährleisten, ihre Vernetzung untereinander verbessern, die abiotischen Bedingungen bewahren und die Auswirkungen von Extremereignissen in den Griff bekommen. Zu den Vorschlägen im Weißbuch gehören auch Veränderungen in anderen Politikbereichen wie der Raumplanung sowie die Bekämpfung invasiver Arten.

Der Entwurf muss noch von Dienststellen der Kommission bestätigt werden. [cs]

- ▶ www.kurzlink.de/draft-guidelines.pdf (4,7 MB)

Waldbrände

Mehr Brände, weniger Fläche

■ 888 Waldbrände haben 2011 in Deutschland eine Gesamtfläche von 214 Hektar zerstört. Damit ist die Anzahl der Brände zwar leicht angestiegen, die Fläche hat sich im Vergleich zum Vorjahr jedoch um mehr als die Hälfte reduziert. Das sind die Ergebnisse der Waldbrandstatistik 2011, die das Bundesamt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) Anfang Juli vorstellte. Während ungefähr ein Fünftel der Brände durch Fahrlässigkeit ausgelöst wurde, sei bei knapp der Hälfte die Ursache unbekannt.

Laut BLE spielt der Wald bei der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts eine ausschlaggebende Rolle, darum gebühre ihm ein besonderer Schutz. [cs]

- ▶ www.kurzlink.de/waldbrandstatistik11

Naturerbe

Grünes Band soll durch ganz Europa führen

■ Die TeilnehmerInnen der sechsten Pan-Europäischen Konferenz zum Grünen Band Europa im Mavrovo-Nationalpark in Mazedonien haben Ende Juni die Erhaltung und den Schutz der „Naturschätze“ entlang des früheren Eisernen Vorhangs gefordert.

Die Initiative Grünes Band besteht aus Naturschutzorganisationen aus 24 Ländern entlang der ehemaligen Blockgrenze und hat sich zum Ziel gesetzt, den Streifen quer durch Europa unter Naturschutz zu stellen. Aus Deutschland sind die Naturschutzstiftung EuroNatur und der Umweltverband BUND als Mitglieder vertreten. Die beiden Umweltorganisationen zogen ein positives Fazit aus der Konferenz. Die TeilnehmerInnen einigten sich auf eine neue Koordinationsstruktur für eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisationen. Dabei sollen auch Möglichkeiten für die Gründung eines Vereins oder einer Stiftung ausgelotet werden. Des Weiteren

wollen die Organisationen versuchen, mehr politische Unterstützung zu erhalten und die Regierungen der beteiligten Länder zu einer Zusammenarbeit zu verpflichten.

Das Grüne Band Europa ist mit einer Gesamtlänge von 12.500 Kilometern ein europaweiter Lebensraumverbund, der sich entlang der Grenzanlagen während der europäischen Teilung bis 1990 entwickelt hat und bis heute für viele Pflanzen- und Tierarten einen wichtigen Rückzugsraum darstellt. [cs]

- ▶ EuroNatur, Geschäftsführer Gabriel Schwaderer, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 92720, E-Mail: info@euronatur.org
- ▶ www.europeangreenbelt.org

StadtNatur

Unesco soll Elblandchaft in Hamburg schützen

■ Die Gesellschaft für ökologische Planung (GÖP) hat Anfang Juli die Einrichtung eines zweiten Biosphärengebiets in Hamburg gefordert. Auf einer 30.000 Hektar großen Fläche im Hamburger Stadtgebiet entlang des Elbe-Urstromtals soll dabei nach den Vorstellungen der GÖP das urbane Pendant zum Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer entstehen.

Für die Vergabe des Titels Biosphärengebiet ist die Unesco verantwortlich. Bisher gibt es in Deutschland 15 solcher Gebiete. Das Unesco-Programm fördert die nachhaltige Entwicklung dieser Gebiete vor allem durch den Schutz der biologischen Vielfalt, den Erhalt charakteristischer Landschaftstypen und Unterstützung nachhaltigen Wirtschaftens.

Damit die Forderung der GÖP Realität werden kann, muss die Hamburger Bürgerschaft ein Gesetz beschließen und das Bundesumweltministerium das Projekt bei der Unesco anmelden. [lr]

- ▶ GÖP, Geschäftsführer Kai Schmille, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 2849-3735, E-Mail: goep.ev@web.de, www.naturschutzverband-goep.de

Vogelschutz

Zypern soll Jagd auf geschützte Arten beenden

■ Anlässlich der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Zypern am 1. Juli haben der Naturschutzbund NABU und dessen Dachverband BirdLife das Land aufgefordert, die illegale Jagd auf geschützte Vögel zu beenden.

In Zypern würden jährlich knapp drei Millionen Zugvögel gejagt, die „als angebliche Delikatesse auf dem Tisch landen“, so der NABU. Zur Jagd auf die Tiere würden in dem Mittelmeerstaat sowohl Leimruten als auch engmaschige sogenannte Japanetze eingesetzt, die nach EU-Vogelschutzrichtlinie und zyprischem Recht zur Jagd verboten sind. Zypern hatte sich mit seinem EU-Beitritt 2004 verpflichtet, auch die Vogelschutzrichtlinie umzusetzen. Davon sei das Land aber noch weit entfernt, so NABU und BirdLife. Die Verbände kritisierten, dass mehr als 150 Vogelarten gefangen würden, von denen 78 gefährdet seien. Dazu gehörten der Wiedehopf und der Bienenfresser. Die große Zahl der getöteten Tiere habe auch „erhebliche Auswirkungen“ auf Vogelarten, die in Deutschland mit großem Aufwand geschützt würden, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Die Naturschutzverbände forderten Bundesumweltminister Peter Altmaier auf, die illegale Vogeljagd bei den kommenden Arbeitstreffen auf EU-Ebene anzusprechen.

Zypern übernahm zum 1. Juli die halbjährige EU-Ratspräsidentschaft (siehe Beitrag S. 21). Ein informelles Treffen der EU-UmweltministerInnen fand bereits am 7. und 8. Juli in Nikosia statt, am 25. Oktober tagt der Umweltministerrat. [cs]

- ▶ NABU, Vogelschutzexperte Lars Lachmann, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1620, E-Mail: lars.lachmann@nabu.de
- ▶ www.kurzlink.de/illegale-vogeljagd

TIERSCHUTZ & ETHIK

EU-Tierschutzstrategie

Europaparlament fordert mehr Tierschutzinspektoren

■ Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und zur Förderung des Wohlbefindens der Tiere hat sich das Europäische Parlament dafür ausgesprochen, die bestehenden Tierschutzgesetze besser durchzuset-

zen. Unter anderem sollen gründlichere Kontrollen stattfinden und Verstöße konsequenter bestraft werden.

Die Abgeordneten verabschiedeten im Juli den Bericht zur Tierschutzstrategie der EU. In dem Entschließungsantrag, den die Berichterstatterin Marit Paulsen (Liberal, Schweden) vorlegte, plädieren sie für eine einheitliche EU-Tierschutzgesetzgebung. Die neuen Gesetze sollen Milchkühe, streunende Hunde und Katzen sowie Haustiere einbeziehen. Das hatte auch der Deutsche Tierschutzbund gefordert.

Zur Überprüfung der geltenden Gesetze sollen verstärkt Tierschutzinspektoren eingesetzt werden. Dafür soll das Lebensmittel- und Veterinäramt der EU mehr Mittel erhalten. Um Verbraucherinnen und Verbrauchern ihre Kaufentscheidung zu erleichtern, fordern die Parlamentarier die EU-Kommission auf, ein Etikett zu entwickeln, das die Schlachtung ohne Betäubung kennzeichnet. Für Tierimporte sollen entsprechende Standards geschaffen werden. [mbu]

- ▶ Entschließung des EU-Parlaments: www.kurzlink.de/ep-2012-2043-ini
- ▶ EU-Parlament zur Tierschutzstrategie: www.kurzlink.de/eu-tierschutzstrat12
- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de



Auf der Suche nach Vielfalt

Wir leben im Zeitalter des Verschwindens: Arten werden verdrängt, Arten sterben aus. Was bedeutet es für unser Denken, wenn die Vielfalt schwindet? Verlieren wir mit den Farben und Klängen nicht ein wichtiges Instrument zur Schärfung unserer Sinne und damit ein Reservoir, aus dem unsere Kultur seit Jahrtausenden schöpft? Marcel Robischon ist dem Verschwinden nachgereist und hat seine Eindrücke in einem Buch voll wunderbarer Poetik und Melancholie niedergeschrieben.

M. Robischon

Vom Verstummten der Welt

Wie uns der Verlust der Artenvielfalt kulturell verarmen lässt
320 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-182-0
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Ratspräsidentschaft I

Dänemark erfüllt hohe Erwartungen nur teilweise

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Anfang Juli die dänische Regierung zum Ende ihrer EU-Ratspräsidentschaft beurteilt. Das Ergebnis ist durchwachsen.

Die Erwartungen an die dänische Ratspräsidentschaft seien höher gewesen als an andere Präsidentschaften, sagte EEB-Generalsekretär Jeremy Wates. Sie seien nur in Teilen erfüllt worden. Zwar habe Dänemark den Druck für ein 7. Umweltaktionsprogramm aufrechterhalten sowie Fortschritte bei Schiffsemissionen und Chemikalien erreicht. Bei der Agrar- und Fischereireform habe die Ratspräsidentschaft jedoch ebenso enttäuscht wie bei der Ökologisierung des EU-Budgets und der Aufstockung des Umweltförderprogramms LIFE. Die starke Verwässerung der Energieeffizienzrichtlinie könne hingegen nicht der Präsidentschaft angelastet werden – ohne sie hätte es noch viel schlimmer kommen können, heißt es in dem Bericht. [am]

► Beurteilung der dänischen Ratspräsidentschaft:
www.kurzlink.de/eeb-10green-denm0712

EU-Ratspräsidentschaft II

Zehn Prüfsteine für Zypern

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Anfang Juli seine traditionellen zehn grünen Prüfsteine für die neue EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht. Anhand dieser „10 Green Tests“ will es die umweltpolitische Arbeit der zyprischen Präsidentschaft nach Ablauf der sechsmonatigen Amtszeit zum Jahreswechsel beurteilen.

Das EEB sieht die Ratspräsidentschaft vor allem bei den großen Debatten und Reformen in der Pflicht. Sie soll die Ökologisierung des EU-Budgets vorantreiben und die Debatten über die Reformen der Agrar-

und Fischereipolitik umdrehen. Außerdem sei es angesichts der mageren Resultate des Rio+20-Gipfels an der Ratspräsidentschaft, sich für eine neue Nachhaltigkeitsstrategie auf EU-Ebene einzusetzen.

Weitere zentrale Baustellen im Umweltbereich für die Präsidentschaft sind aus Sicht des EEB die internationalen Klimaverhandlungen sowie die „Rettung“ des Emissionshandels, die EU-Wasserpolitik, das Drängen auf EU-Regelungen für Nanomaterialien, eine Einigung bei der festgelegten Verordnung zum Anbau von Gempflanzen, die EU-weite Umsetzung des Nagoya-Abkommens über den Schutz der Biodiversität und die Wiederbelebung der Richtlinie über den Zugang zu Gerichten. [am, cs]

► Ten Green Tests:
www.kurzlink.de/eeb-10green-cypr0712

EU-Kommission

„Schlechteste Umweltbilanz aller Zeiten droht“

■ Die Green 10, ein Zusammenschluss der zehn führenden europäischen Umweltorganisationen, haben der EU-Kommission ein verheerendes Zeugnis für ihre Umweltpolitik ausgestellt. Wenn die Kommission ihren Kurs nicht ändere, drohe ihr die schlechteste Umweltbilanz aller Zeiten, heißt es in dem Anfang Juli vorgestellten Bericht der Umweltverbände.

Das Zehner-Bündnis untersuchte die Arbeit der EU-Kommission unter Präsident José Manuel Barroso für die erste Hälfte ihrer Amtszeit. Insgesamt, so das Fazit der Green 10, verliere die EU beim ökologischen Umbau Europas an Boden und habe bisher beim Umweltschutz sogar noch weniger getan als die erste Barroso-Kommission. Die Umweltverbände nahmen neun Politikbereiche und 13 Kommissare genauer unter die Lupe und bewerteten ihre Arbeit auf einer Skala von eins bis zehn. Einzig Klimakommissarin Connie Hedegaard liegt mit einer Bewertung von 5,5 Punkten überm Strich.

Trotz einiger vielversprechender Stellungnahmen zur Notwendigkeit des Umweltschutzes habe die Kommission zu wenig für eine bessere Umweltgesetzgebung und die Umsetzung von Umweltrecht unternommen. Insbesondere die großen Reformvorhaben der EU-Fischerei- und Agrarpolitik versäumten es, der Überfischung, den anhaltenden Umweltzerstörungen und dem Verlust von Artenvielfalt ein Ende zu setzen. Nicht nur im EU-Ministerrat, sondern auch in der EU-Kommission werde Umweltpolitik immer noch als Hemmnis für Wirtschaftswachstum angesehen, kritisierten die Green 10. Dies gelte gerade in Zeiten der europäischen Finanz- und Währungskrise.

Auch im EU-Parlament mehrt sich die Kritik an Barroso. Schon Anfang des Jahres hatten grüne, linke und sozialdemokratische Abgeordnete ihren Widerstand gegen eine mögliche dritte Amtszeit des Kommissionspräsidenten erklärt. [dh]

► Halbzeitbeurteilung der Green 10 (PDF, 1,9 MB):
www.kurzlink.de/green10-com-rev0712

EU-Strukturpolitik

Zivilgesellschaft geschwächt?

■ Der Regionalausschuss im EU-Parlament hat im Juli zur Reform der Kohäsionspolitik Stellung bezogen. Entgegen den Empfehlungen des Berichterstatters schlossen die Abgeordneten dabei Infrastrukturprojekte für Öl und Gas von den Fördermöglichkeiten aus. Förderfähig sollen aber Projekte für Stromnetze sein.

Außerdem unterstützen die ParlamentarierInnen zwar grundsätzlich die von der EU-Kommission anvisierte Synchronisierung der Ausgabenpolitik mit den Zielen der EU-2020-Strategie, fordern aber mehr Flexibilität bei den Zielsetzungen der einzelnen Programme. Die umstrittenen neuen Partnerschaftlichen Vereinbarungen zwischen der Kommission und jedem Mitgliedstaat fanden ebenfalls die Unterstützung der Abgeordneten. Die regionale und lokale Ebene solle frühzeitig bei deren Ausformulierung einbezogen werden. ►

Enttäuscht von den Abstimmungsergebnissen zeigte sich die Grünen-Abgeordnete Elisabeth Schroedter. Es sei „völlig unverständlich“, dass die Mehrheit aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen „den partizipativen Charakter der Planung und Umsetzung der Strukturfonds, der sich seit 20 Jahren erfolgreich entwickelt hat, zerstört und eine Zwei-Klassen-Partnerschaft eingeführt“ habe. Während bisher die Vertreter der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften im Begleitausschuss gleichgestellt waren, erhielten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nun eine Sonderstellung, so Schroedter. In Begleitausschüssen wird über die Förderfähigkeit konkreter Projekte abgestimmt. In Deutschland tagen sie auf Länderebene.

Das Votum des Regionalausschusses bildet nun die Basis für die sogenannten Trilogverhandlungen zwischen EU-Parlament, Ministerrat und Kommission. Diese sollen im September stattfinden und möglichst noch vor der ersten Plenarverhandlung des Parlaments zum Kohäsionspolitikpaket abgeschlossen sein. [am]

- ▶ EU-Parlament:
www.kurzlink.de/ep-pr-coh-pol-0712
- ▶ Elisabeth Schroedter:
www.kurzlink.de/pm-schroe-koh-0712

Umweltschädliche Subventionen

Kaputtgeförderte Natur

■ Noch immer fördert die EU mit ihren Subventionen aus der Agrar- und Fischereipolitik sowie den Regional- und Strukturfonds viele umweltschädliche Projekte und Praktiken. Darauf hat der Deutsche Naturschutzring im Juli hingewiesen. Eine Broschüre des DNR fasst Zahlen, Fakten und Beispiele dieser „ökologisch und ökonomisch falschen Förderpolitik“ zusammen, stellt aber auch einige positive Projektbeispiele vor.

Laut DNR fließen weiterhin EU-Milliarden in infrastrukturelle Großprojekte, intensive Landwirtschaft oder den Ausbau

großer Fischfangflotten. Zwar seien viele Fördermittel heute an Umweltauflagen gebunden, dies stehe aber in keinem Verhältnis zur allgemeinen umweltschädlichen Förderpraxis. In den derzeitigen Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ist der Abbau umweltschädlicher Subventionen ein zentrales Anliegen der Umweltverbände. [dh, mb]

- ▶ DNR (Hrsg.): Kaputtgeförderte Natur? Umweltschädliche EU-Subventionen in Deutschland. Berlin 2012, 12 S., Spendenempf. 1,- € zzgl. Versand. Bezug: E-Mail: eu-info@dnr.de. Download: www.eu-koordination.de/PDF/2012-3-subventionen.pdf

Transparenz

Ein Jahr EU-Lobbyregister

■ Das gemeinsame Transparenzregister von EU-Kommission und -Parlament ist Ende Juni ein Jahr alt geworden. Das Register listet Organisationen auf, die in den EU-Institutionen Lobbyarbeit machen. Während die Kommission eine positive Bilanz zog, übten Nichtregierungsorganisationen Kritik. Bisher haben sich mehr als 5.000 Interessenvertreter, Anwälte, Beratungsfirmen und andere Lobbyisten registrieren lassen. Sie sind dadurch bei Interaktionen mit Parlament und Kommission an einen Verhaltenskodex gebunden.

Die Allianz für Lobby-Transparenz und ethische Regeln ALTER-EU kritisierte, dass das Register kein klares Bild aller Lobbyaktivitäten zeige. Nicht registriert seien etwa viele Anwaltskanzleien sowie auch 120 Unternehmen, darunter die Deutsche Bank, Monsanto und ThyssenKrupp. Außerdem fehlten wichtige Informationen, da viele Lobbyisten nicht die Themen ihrer Lobbyarbeit angäben. ALTER-EU fordert daher, den vollständigen Eintrag ins Transparenzregister so schnell wie möglich zur Pflicht zu machen. Die Angaben müssten außerdem von den EU-Institutionen regelmäßig kontrolliert werden. [cs]

- ▶ Transparenzregister: www.europa.eu/transparency-register/index_de.htm
- ▶ ALTER-EU: www.kurzlink.de/alter-eu-report

EU-Forschungsförderung

330 Millionen für die Umwelt

■ Die EU-Kommission hat Mitte Juli die letzte Ausschreibungsrunde des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (FRP) eröffnet. 2013 will die EU 8,1 Milliarden Euro für Forschungsprojekte und -ideen vergeben. 330 Millionen Euro aus dem Forschungshaushalt 2013 sollen gezielt in die Umweltforschung fließen. Davon sind 155 Millionen für die Forschungspriorität „Der Ozean von morgen“ reserviert. Diese Gelder sollen für eine nachhaltige Nutzung der Meere eingesetzt werden. Weitere 98 Millionen Euro sind für die Forschung zu Frischwasserressourcen eingeplant.

Bis Ende November können sich Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Verwaltung und Verbände um eine Förderung aus dem 7. FRP bewerben. [dh]

- ▶ www.forschungsrahmenprogramm.de

Nachhaltigkeit

Wissenschaftsverbund für mehr Interdisziplinarität

■ ForscherInnen und Verbände haben Ende Juni eine stärkere Rolle für interdisziplinäre Studiengänge und Forschung zu Nachhaltigkeit und Transformation gefordert. Der neue Verbund für Nachhaltige Wissenschaft (NaWis) bemängelt, dass es nur an wenigen deutschen Universitäten Studiengänge gibt, die Sozial- und Naturwissenschaften zusammenführen und so strategisch auf die großen Herausforderungen wie den Klimawandel oder neue Wachstumsmodelle ausgerichtet sind. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) hatte schon 2011 die Forschung aufgefordert, ihren Beitrag zur „Großen Transformation“ zu leisten. Getragen wird NaWis vom Wuppertal Institut, den Universitäten Kassel und Lüneburg sowie dem Institute für Advanced Sustainability Studies in Potsdam. [am]

- ▶ www.nachhaltigewissenschaft.blog.de

Strafrechtlicher Umweltschutz

Verschmutzer, nehmt euch in Acht!

■ Im Juni hat die Bundesregierung die EU-Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt in nationales Recht umgesetzt. Die Richtlinie soll einen EU-weiten Mindeststandard für die Verfolgung schwerer Umweldelikte schaffen.

Die Umsetzung in deutsches Recht erforderte nur wenige Änderungen. Dazu gehören die Erweiterung der Straftatbestände bei Luftverunreinigung sowie unerlaubtem Umgang mit Abfällen und radioaktiven Stoffen. Außerdem steht nun die Schädigung eines Natura-2000-Schutzgebiets unter Strafe und das Bundesnaturschutz- sowie das Bundesjagdgesetz wurden ausgeweitet.

Nach den neuen Regelungen kann beispielsweise die Schädigung von Tieren, Pflanzen, Gewässern oder der Luft durch die Freisetzung von ionisierenden Strahlen mit einer Freiheitsstrafe geahndet werden. Bislang galt dies nur für die Schädigung anderer Menschen. Des Weiteren gilt nun die nachhaltige Schädigung einer streng geschützten Tier- oder Pflanzenart als besonders schwerer Fall einer Umweltstraftat. Zuvor galt dies nur für vom Aussterben bedrohte Arten. [lr]

- ▶ Bundesjustizministerium: www.kurzlink.de/info-bjm
- ▶ EU-Richtlinie: www.kurzlink.de/RL/2008/99/EG

Großprojekte

Planfeststellungsverfahren zügig und bürgernah?

■ Bei einer Anhörung zu einem Antrag der SPD im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben Experten gefordert, das Planfeststellungsverfahren grundlegend zu reformieren. PolitikerInnen sollten aus den Erfahrungen von Stuttgart 21 lernen. Großprojekte wie der Ausbau der Stromnetze stellen neue Herausforderungen für die Bürgerbeteiligung dar. BürgerInnen müssten schon vor Eröffnung eines Verfahrens in Infrastrukturplanungen einbezogen werden, waren sich die Experten einig. Gleichzeitig müssten die Verfahren beschleunigt werden.

Der BUND forderte, BürgerInnen schon bei der Prüfung des Bedarfs und möglicher Alternativen einzubeziehen. Nur so sei eine ergebnisoffene Diskussion möglich. Zurzeit seien PolitikerInnen und InvestorInnen schon auf eine Möglichkeit festgelegt, wenn die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens beginne. Industrievertreter pochten hingegen darauf, dass ergänzende Maßnahmen zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung freiwillig und flexibel sein müssten. [am]

- ▶ SPD-Antrag: www.kurzlink.de/spd-planf-ref-0612
- ▶ BUND: www.kurzlink.de/bund-planf-stel0612
- ▶ BUND, Verkehrsexperte Tilmann Heuser, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 787900-0, E-Mail: tilmann.heuser@bund.net, www.bund.net/buergerbeteiligung

Menschenrechte

Grundeigentümer darf Jagd verbieten

■ Landbesitzer sind nicht verpflichtet, die Jagd auf ihren Grundstücken zuzulassen. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Ende Juni entschieden. Ein Grundbesitzer aus Rheinland-Pfalz hatte geklagt, da er die Jagd in seinem Wald aus ethischen und Tierschutzgründen nicht zulassen wollte. Das Gericht in Straßburg entschied, dass die Pflicht für deutsche Landbesitzer, Mitglied einer Jagdgenossenschaft zu sein, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoße. Die Bundesregierung müsse nun „angemessen“ auf das Urteil reagieren, so die Richter.

Der NABU begrüßte das Urteil und forderte, die Jagdgesetze des Bundes und der Länder nach ethischen und ökologischen Kriterien zu novellieren. Es müsse Grundeigentümern, die kleine Flächen besitzen, möglich sein, aus Gründen des Natur- und Artenschutzes sowie aus Gewissensgründen die Jagd einzuschränken oder komplett zu verbieten, so der Naturschutzbund. Bisher bestehe selbst auf offiziell dem Naturschutz gewidmeten Flächen von weniger als 75 Hektar keine Möglichkeit, den Abschuss von Enten, Gänsen oder Hasen zu untersagen. [cs]

- ▶ NABU, Waldreferent Stefan Adler, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1623, E-Mail: stefan.adler@nabu.de, www.nabu.de/jagd

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



Foto: Christa Müller

URBAN GARDENING Postfossile Stadtgestaltung – Biotop und Soziotop zugleich · Interview: Gärtnern ist politisch – Christa Müller über die Entwicklung des Urban Gardening · Köln: Tomaten auf der Wanderschaft · Wie ein Geograf zur Gartenbranche kam · Thessaloniki: »Es wird nichts verkauft« · Selbststerngärten · USA/Detroit: Von der Motown zum Urban Farming – Über die Zerschlagung des Automobil-Proletariats, die Krise und Bio-Gemüse aus der Innenstadt · Österreich – Ausstellung »Hands-on Urbanism« **WIEN** Landbesetzung: Der steinige Weg zur selbstverwalteten Landwirtschaft **USA** Interview: Common Ground Relief: Selbsthilfe mit anarchistischen Prinzipien

Strafe: Interview mit Hanna Poddig **HANDEL** Fairdammt Fairsiegel – im Siegel-Dschungel **GEMEINSCHAFTEN** Lossehof – Kommune startete im Frühjahr 2012 **u.v.m.**

Archiv-CD.4 mit »BUNTE SEITEN 2012«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

**Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.
Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

VERKEHR & TOURISMUS

CO₂-Grenzwerte**EU mit Herz für große Autos**

■ Die EU-Kommission hat Mitte Juli einen Vorschlag zu CO₂-Grenzwerten bei Pkws für 2020 vorgelegt. Neuwagen dürfen danach im Schnitt nicht mehr als 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen. Auf Druck der Autolobby ist der Wert allerdings nicht, wie zunächst vorgesehen, für alle Autos gleich, sondern richtet sich nach dem Gewicht des Wagens. Die Emissionswerte jedes Modells müssen zwischen 2015 und 2020 um 23 Prozent reduziert werden.

Umweltverbände halten das Papier für klimapolitisch unzureichend. BUND und NABU forderten eine Senkung auf 80 Gramm CO₂-Ausstoß je Kilometer. Dies sei nicht nur gut für das Klima, Autofahrer würden auch Spritkosten sparen. Die Verbände verlangten von der Kommission, eine langfristige Verbrauchsobergrenze von 60 Gramm für 2025 vorzugeben. Die Autoindustrie habe in den letzten Jahren gezeigt, dass sie den Verbrauch zügig senken könne, wenn sie per Gesetz dazu verpflichtet sei, sagte NABU-Verkehrsexperte Dietmar Oeliger. Da die europäischen Autobauer die Obergrenze von 130 Gramm für 2015 praktisch schon einhielten, sei mehr Innovationsdruck nötig, forderte auch BUND-Verkehrsexperte Werner Reh. Die EU dürfe mit ihren Vorgaben nicht der technischen und wirtschaftlichen Machbarkeit hinterherhinken, so Reh.

Der Vorschlag soll nach der Sommerpause in EU-Parlament und Ministerrat behandelt werden. NABU und BUND forderten beide Institutionen auf, dem Vorschlag nicht zuzustimmen. [cs]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/771)
- ▶ BUND, Werner Reh, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586-435, E-Mail: werner.reh@bund.net, www.bund.net/verkehr
- ▶ NABU, Dietmar Oeliger, Berlin, Tel. +49 (0)172 / 9201823, E-Mail: dietmar.oeliger@nabu.de, www.nabu.de/verkehr

Verkehrsverlagerung

Europa stellt Weichen für einheitliche Eisenbahn

■ Das EU-Parlament hat im Juli die Neufassung des Ersten Eisenbahnpakets verabschiedet. Die Wettbewerbsregeln für einen fairen Zugang zu den Netzen wurden verschärft. Um die Gewährleistung des fairen Wettbewerbs sollen sich künftig unabhängige Regulierungsstellen in den Mitgliedstaaten kümmern. Die Preise für die Trassen sollen Anreize enthalten, um den Lärm durch Züge an der Quelle zu verringern. Zudem soll das Europäische Zugsteuersystem ETCS für mehr Sicherheit sorgen. Die unabhängigen nationalen Aufsichtsbehörden müssen innerhalb von sechs Wochen über Beschwerden entscheiden. Damit die Regulierungsstellen besser zusammenarbeiten, soll ein EU-weites Netzwerk unter Koordination der EU-Kommission geschaffen werden.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Michael Cramer lobte den Parlamentsbeschluss. Die Fahrgäste profitierten von besseren Angeboten und die Umwelt von einer Stärkung des Schienenverkehrs. Der neuen Richtlinie muss noch der EU-Ministerrat zustimmen. [mbu]

- ▶ Beschlüsse des EU-Parlaments: www.kurzlink.de/eisenbahnpaket-2012
- ▶ www.michael-cramer.eu

ÖPNV

Guter Nahverkehr muss nicht teuer sein

■ Das Lobbybündnis Allianz pro Schiene hat Anfang Juli eine Studie vorgestellt, in der es die Verkehrspolitik der Bundesländer unter Nachhaltigkeitskriterien untersucht hat. „Der Verkehr ist das Klimasorgenkind Nummer eins“, sagte Pro-Schiene-Geschäftsführer Dirk Flege zur Motivation für die Studie. Dem Verkehrssektor fehlten noch Zielsetzungen zur Minderung des

CO₂-Ausstoßes, so Flege gegenüber der Tageszeitung Taz.

Der Verband erarbeitete einen aus zwei Säulen bestehenden Länderindex. In die Statistiksäule flossen Bezahlbarkeit, Sicherheit, Qualität des öffentlichen Verkehrs, Flächeninanspruchnahme, Klimaschutz, Luftqualität, Lärm, Ressourcenschonung und Wertschöpfung ein. Die Politiksäule basiert auf einer ausführlichen Befragung aller Landesverkehrsminister und einer Umfrage unter Verbänden.

An der Spitze des Rankings stehen Nordrhein-Westfalen, Berlin und Baden-Württemberg, ganz unten Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen. Dies zeige, dass es weder ein West-Ost-Gefälle noch einen Unterschied zwischen armen und reichen Ländern gebe, so die Initiatoren.

Größter Unsicherheitsfaktor seien die Gewichtung der Faktoren sowie die Befragung der Länder, so die Taz. In die Bewertung fließen die Ziele der Bundesländer ein, nicht aber, ob diese erreicht wurden. Die Allianz pro Schiene kündigte an, die Studie nun jährlich durchzuführen und dadurch Vergleiche möglich zu machen. [cs]

- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-30, www.allianz-pro-schiene.de/bundeslaenderindex-mobilitaet

Städtische Mobilität

Kampagne für richtigen Mix

■ Mit Informationen und einem Förderfonds in Höhe von insgesamt 500.000 Euro will die EU-Kommission die nachhaltige Mobilität in Städten unterstützen. „Wähle den richtigen Mix“ lautet das Motto der Kampagne, mit der Einzelpersonen, nicht kommerzielle Einrichtungen wie Schulen und Vereine, aber auch kommerzielle Organisationen finanziell unterstützt werden. Bis zu 7.000 Euro können für ein Projekt beantragt werden. Zudem gibt es einen Preis für europäische Städte, deren Pläne zur Förderung nachhaltiger städtischer Mobilität überzeugend waren. [mbu]

- ▶ Kampagnen-Website: www.dotheightmix.eu

„Es geht nicht nur um mehr Sicherheit, sondern auch um bessere Luft und weniger Lärm“

Innerorts Tempo 30 in ganz Europa – davon träumen die Initiatoren einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI), die voraussichtlich im Herbst bei der EU-Kommission eingereicht werden soll. Doch bis dahin müssen die AktivistInnen noch viele Hürden überwinden. Von den technischen, juristischen und finanziellen Herausforderungen berichtet Heike Aghte von EUGENT.

umwelt aktuell: Frau Aghte, wie kommt eine kleine Nichtregierungsorganisation darauf, eine Europäische Bürgerinitiative für Tempo 30 auf den Weg zu bringen?

Heike Aghte: Ich bin seit vielen Jahren für eine umweltfreundliche Verkehrspolitik in Brüssel aktiv und setze mich ebenso lange für direkte Demokratie ein. Die Europäische Bürgerinitiative, die ja erst seit diesem April in Kraft ist, war für mich ein Geschenk. Denn dadurch bekommt die Zivilgesellschaft ein Vorschlagsrecht für die Gesetzgebung. Losgetreten wurde die Idee mit der EBI für ein europaweites 30-Stundenkilometer-Limit in der Zeit, als das EU-Parlament einen Initiativbericht zur Straßenverkehrssicherheit beschlossen hat und darin auch Tempo 30 forderte. Wir dachten: Wenn das Parlament diesen Vorschlag vorlegt, dann müssen die NGOs gleich nachziehen. Es geht nicht nur um mehr Sicherheit – zwischen 20 und 50 Prozent weniger Unfälle hat man in Tempo-30-Zonen nachgewiesen –, sondern auch um weniger Lärm, bessere Luft, weniger CO₂-Ausstoß durch einen flüssigeren Straßenverkehr und mehr Leute, die aufs Fahrrad und den Bus umsteigen oder zu Fuß gehen, also um mehr Lebensqualität in der ganzen Stadt.

Wer macht bei der Initiative mit?

Ein Netzwerk von verschiedenen Organisationen engagiert sich. Einige große und auch kleinere, das reicht von FUSS e.V. und der Europäischen Fahrradvereinigung über das Europäische Klima-Bündnis, BUND, VCD, Bundesverband Carsharing und B.A.U.M. e.V. bis hin zum Ökologischen Ärztebund. Wir sind gerade mit Organisationen aus dem 14. EU-Land in Verhandlung, obwohl man nur sieben Mitgliedstaaten braucht. Gerade erst ist die gemeinsame Internetseite 30kmh.eu gestartet worden. Wenn alles gut geht, werden wir die EBI im Herbst einreichen, am liebsten während der Woche der Mobilität im September.

Wovon hängt es ab, ob Sie die EBI einreichen?

Unter anderem davon, wann wir eine Mindestmenge an Spenden eingeworben haben. Wir sind eine echte Graswurzelbewegung, die meisten Organisationen können nur beim Sammeln der Unterschriften hel-

fen, aber nicht mitfinanzieren. Was bisher niemand so erwartet hat: Die Koordination ist richtig teuer, unser Finanzplan beläuft sich auf 200.000 Euro. Allein die Sammelsoftware zu installieren, zu warten, zu pflegen und zu zertifizieren, verschlingt eine Menge Geld. Wir müssen einen eigenen Server anmieten, weil die Zertifizierungsbehörde ganz genau wissen will, wo der Server steht und wie er gesichert ist. Und dann ist es auch gut, noch einen zweiten zu haben, um einen Zusammenbruch des Systems zu verhindern, wenn viele Leute gleichzeitig unterschreiben wollen.

Das klingt nach viel Arbeit. Lohnt sich das denn?

Aber sicher! Wir sind einfach Pioniere. Es reizt mich, Neuland zu entdecken und andere am Wissen teilhaben zu lassen. Das Instrument EBI ist noch völlig unerprobt. Viele Probleme sind Kinderkrankheiten, die hoffentlich bald ausgestanden sind. So sind viele Stiftungen nicht darauf eingerichtet, etwas zu finanzieren, das einen EU-Schwerpunkt hat und eine Unterschriftensammlung beinhaltet. Die wollen entweder brave Veranstaltungen fördern oder Aktionen, die „denen oben“ richtig Ärger machen. Die EBI ist aber dazwischen. Im Moment versuchen wir es mit Crowdfunding und privatem Engagement. Ich habe schon über 800 Arbeitsstunden in die Sache gesteckt.

Was sind zurzeit die größten Hindernisse?

Neben der finanziellen Unterausstattung sicher die formaljuristische Prüfung, die die EU-Kommission vornimmt, bevor mit dem Unterschriftensammeln begonnen werden kann. Es muss jedem klar sein, dass ohne den fachlichen Rat von Juristen nichts geht, vor allem in der Umweltpolitik. Umwelt- und Verkehrspolitik sind laut EU-Vertrag in geteilter Zuständigkeit, da greift das Subsidiaritätsprinzip: Die EU soll nichts regeln, was nicht von den Mitgliedstaaten besser geregelt werden kann. Unser Text wird vermutlich so lauten: „Wir schlagen 30 km/h als EU-weites Tempolimit innerorts vor, um die Ziele für Sicherheit und die Umwelt besser zu erreichen. Die lokalen Behörden können andere Tempolimits auf ihren Straßen ausschildern.“ Wir haben den Wortlaut bestimmt schon fünf Mal geändert, um rechtliche Probleme zu vermeiden. Schwierig ist außerdem, dass die Organi-

satoren in vollem Umfang für alle Schäden haften, die aus einer EBI, einschließlich der Online-Sammlung der Unterschriften, eventuell erwachsen. Aber die Informationsstelle der EU-Kommission schreibt selbst unter jede kleine E-Mail den Vermerk, dass die gesendeten Informationen nicht rechtlich verbindlich seien. Außerdem gibt es strenge Auflagen für die Textlänge: Der Titel darf 100 Zeichen haben, die Beschreibung des Gegenstands 200. Wie viel Zeit da schon reingeflossen ist, das zu kürzen! Und was ich richtig ärgerlich finde, ist, dass doppelt geleistete Unterschriften beide ungültig werden. Das ist ein starkes Stück, wer kann sich so etwas schon ein ganzes Jahr lang merken?

Was hilft Ihnen, motiviert zu bleiben?

Meine Begeisterung ist ungebrochen! Die zeitraubendsten Probleme – Technik, Geld, juristische Beratung – werden für nachfolgende EBIs hoffentlich leichter zu bewältigen sein. Ich finde es spannend zu beobachten, welche Themen durchkommen. Bisher sieht man ganz unterschiedliche Ansätze – von Debatten über das bedingungslose Grundeinkommen über die Verhinderung von Gentechnik bis hin zu ganz konkreten Gesetzesänderungen. Was wünscht sich die Bevölkerung wirklich von der EU? Das ist inspirierend und eröffnet neue Horizonte. Und das Instrument selbst muss weiterentwickelt werden, denn im Moment gibt es ja kaum Rechte, die daraus erwachsen. Partizipative Demokratie ist ja schon ganz schön, aber direkte Demokratie muss das Ziel sein. 2015 steht die erste Überprüfung der EBI an, eventuell folgt da schon eine Novelle. Ich sehe jedenfalls viel Potenzial.

[Interview: Juliane Grüning]

Die Umweltberaterin Heike Aghte ist Geschäftsführerin von EUGENT, der Europäischen Gesellschaft für Entschleunigung, und im Bündnis LSVA für Europa tätig.

Kontakt: Tel. +49 (0)170 / 5389971, E-Mail: heike.aghte@30kmh.eu, www.30kmh.eu



Elektromobilität**Keine Million Elektroautos**

■ In ihrem dritten Fortschrittsbericht haben Experten der Nationalen Plattform Elektromobilität Mitte Juli davor gewarnt, dass der Ausbau der E-Mobilität ohne weitere Subventionen nicht schnell genug vorankomme. So würde das Ziel der Bundesregierung verfehlt, bis 2020 eine Millionen Elektroautos auf Deutschlands Straßen zu bringen. Bei derzeitiger Entwicklung würden nur 600.000 erreicht. Umweltverbände sprachen sich gegen eine zusätzliche Förderung mit Steuergeldern aus. Verschiedene Szenarien hätten gezeigt, dass das Ziel ohne weitere Förderung mit einer Verzögerung von zwei Jahren erreichbar sei. [sl]

- www.kurzlink.de/3fortschrittsbericht
- Umweltverbände: www.wwf.de/2012/juni/elektromobilitaet-unter-spannung

WASSER & MEERE

Arktis**EU taut auf**

■ Anfang Juli hat die Europäische Kommission ihre neue Arktis-Strategie vorgestellt. Unter dem Titel „Wissen, Verantwortung, Engagement“ möchte die Kommission die Arktis umfassend erforschen und eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben.

Die Strategie basiert auf einer Auswertung der EU-Aktivitäten in der Arktis seit 2008. Die Auswirkungen des Klimawandels machten die Arbeit der EU „noch dringlicher“, sagte EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton, besonders da die Region wirtschaftlich und ökologisch für die EU zunehmend an Bedeutung gewinne. Um sowohl ökonomisches Wachstum als auch den Schutz der Umwelt zu gewährleisten, sei ein breiterer Ansatz nötig. Gemeinsam mit dem Arktischen Rat will die EU außerdem Möglichkeiten umweltfreundlicher Energiegewinnung erforschen.

Zurückgehendes Meereis und technologische Entwicklung haben in den vergangenen Jahren zu steigenden wirtschaftlichen Aktivitäten in der Arktis geführt. In diesem Jahr wird auf der nördlichen Seeroute zwischen Atlantik und Pazifik mit einer zehnfach höheren Aktivität gerechnet als im Jahr 2010.

Norwegen kündigte unterdessen an, die Ölförderung bis kurz vor die Packeisgrenze zu erlauben. Ölkonzerne könnten sich nun um Konzessionen bis zum 75. Breitengrad, knapp 400 Kilometer nördlich vom norwegischen Festland, bewerben, sagte Öl- und Energieminister Ola Borten Moe. [cs]

- Strategie: www.kurzlink.de/eu-arktis.pdf

Tiefseefischerei**EU gegen Grundschieppnetze**

■ Die Europäische Kommission will das Fischen mit Grundschiepp- und Kiemennetzen in der Tiefsee verbieten. Ein entsprechender Verordnungsentwurf sieht vor, die Fanggeräte innerhalb der nächsten zwei Jahre abzuschaffen. Damit sollen laut Kommission ein nachhaltiges Befischen der Tiefseebestände erreicht, die Beifänge reduziert und die Auswirkungen auf die Ökosysteme der Tiefsee verringert werden. Grundsätzlich hält die Kommission aber an der Fangmethode fest, wie aus einem begleitenden Frage- und Antwort-Dokument hervorgeht.

Umweltorganisationen begrüßten den Vorstoß der Kommission. Die zerstörerische Tiefseefischereiflotte hätte niemals gebaut werden dürfen, sagte Greenpeace-Fischereixpertin Saskia Richartz. Greenpeace hatte vorgerechnet, dass allein die spanische Tiefseefischerei bisher über direkte und indirekte Subventionen durchschnittlich 90.000 Euro pro Trawler und Jahr an Steuergeldern erhält. [am]

- EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-tiefsee
- Fragen und Antworten (engl.): www.kurzlink.de/eu-deepsea-answers
- Greenpeace: www.greenpeace.org/eu-unit/en/News/2012/DS-ban

Tiefseeschutz**Mittelatlantischer Rücken kann auch entzücken**

■ Die 16 Mitgliedstaaten des Oslo-Paris-Abkommens (OSPAR) zur Bewahrung des Nordostatlantiks haben Ende Juni bei ihrer Konferenz in Bonn die Tiefsee des Atlantiks unter erweiterten Schutz gestellt. Die OSPAR-Staaten wiesen 180.000 Quadratkilometer über dem nördlichen Mittelatlantischen Rücken als Meeresschutzgebiet aus. Das Gebiet erstreckt sich von Island bis zu den Azoren. Laut OSPAR sollen Spezies und Habitate, die vom Menschen beschädigt wurden, geschützt und wiederhergestellt werden. Da sich im Gebiet des Mittelatlantischen Rückens kalte und warme Wasserströmungen vermischen, gilt es als ökologisch wertvoll sowie als Rückzugsgebiet für viele Tierarten.

Umweltschützer begrüßten die Ausweitung des Meeresschutzgebiets. WWF-Meeresschutzexperte Stephan Lutter forderte aber auch eine Einschränkung der Bedrohungen durch Tiefseebergbau und Schifffahrt.

OSPAR ist eine Konvention zum Schutz der Meeresumwelt des Nordost-Atlantiks von 1992. Zu den Mitgliedstaaten zählen neben den europäischen Atlantik- und Nordseeanrainern Finnland, Luxemburg, die Schweiz und die EU. Durch die Vergrößerung umfasst das Schutzgebiet nun 470.000 Quadratkilometer. [cs]

- OSPAR: www.kurzlink.de/pr-ospar-0612

EU-Fischereipolitik**Parlament soll Reform retten**

■ Europäische Umweltorganisationen haben Anfang Juli von den EU-Abgeordneten gefordert, sich gegen die Verwässerung der Fischereireform zu stellen, die der Ministerrat im Juni in seiner vorläufigen Position beschlossen hat. In einem Positionspapier kritisierten Organisationen wie das Bündnis Ocean2012 und BirdLife den Standpunkt des Fischereirats scharf.

Insbesondere das Vertragen des Nachhaltigkeitsziels für Fischbestände auf 2020 sei sehr besorgniserregend. Es sei nun am EU-Parlament, die Reform zu „retten“. Dazu sollten die Parlamentarier unbedingt das Ziel verteidigen, alle europäischen Bestände bis 2015 auf nachhaltigem Niveau zu befischen. Außerdem sollten sie sicherstellen, dass die neue Gemeinsame Fischereipolitik die Ziele der Meeresstrategierahmenrichtlinie integriere, statt sie zu untergraben. So müssten FischerInnen, die lokal und umweltschonend arbeiten, vorrangig Zugang zu den Beständen erhalten. Der Abbau der Überkapazitäten in der europäischen Fischereiflotte müsste konkretisiert und von klaren Zeitplänen begleitet werden. Zudem sollte sich das Parlament für die zügige Einführung eines Rückwurfverbots von Beifang einsetzen.

Das EU-Parlament darf dieses Jahr erstmals bei der Gemeinsamen Fischereipolitik mitentscheiden. Berichterstatin ist die Sozialdemokratin Ulrike Rodust. [am]

► Positionspapier:
www.kurzlink.de/ngo-cfp-pos.pdf

EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie

Umsetzungsempfehlungen

■ Das Ecologic Institute hat untersucht, unter welchen Voraussetzungen integrierte Ökosystembewertungen (IEAS) gute Ergebnisse liefern. Ein entsprechendes Gutachten des internationalen Thinktanks soll die Umsetzung der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) unterstützen.

Die MSRL verfolgt einen Ökosystemansatz, der den Zustand der Meeresumwelt und die Belastungen aus menschlicher Nutzung im Gesamtzusammenhang betrachtet. Ziel ist der gute Umweltzustand des gesamten Ökosystems. Das Ecologic-Gutachten untersucht eine Reihe von Praxisbeispielen für IEAS, darunter das Great Barrier Reef, und gibt Empfehlungen für die Anwendung des Ökosystemansatzes bei der Umsetzung der MSRL auf nationaler Ebene (Kapitel 8.4). Dabei wird die Auswahl der Indikatoren als ein zentra-

ler Schritt angesehen. Außerdem, so das Gutachten, sollten auch bei schlechter Datenlage schon früh Maßnahmen ergriffen werden. [am]

► Bericht: www.ecologic.eu/de/4149

Rhein

Lücken im Hochwasserschutz

■ Naturschutzverbände haben im Juli die mangelnden Fortschritte beim Hochwasserschutz kritisiert. Die Internationale Rheinschutzkommission (IKSR) sei ihrem Ziel, den Hochwasserstand bei Köln um 70 Zentimeter zu reduzieren, kein Stück näher gekommen. So sei der Wasserstand seit 2006 nur um fünf Zentimeter zurückgegangen.

Die Verbände bemängeln vor allem fehlende Maßnahmen beim natürlichen Hochwasserschutz. So seien seit dem Jahr 2000 lediglich einige technische Hochwasserrückhaltepolder in Betrieb genommen worden. Bei der Revitalisierung der Rheinauen hätten die Rheinanliegerstaaten völlig versagt, kritisierte der Binnengewässerkundler Nikolaus Geiler vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Die Revitalisierung von Auen stellt einen natürlichen Schutz vor Hochwasser dar. Auen gelten außerdem als artenreicher Lebensraum in Mitteleuropa. Die Verbände fordern die Rhein-anlieger deshalb auf, das Hochwasser wieder in naturnahe Auen zu leiten, statt einseitig auf technische Lösungen zu setzen.

Außerdem kritisierten die Umweltverbände die nach wie vor zu hohe Abwärembelastung des Rheins und die Einleitung von schwer abbaubaren Mikroverunreinigungen unter anderem durch hormonähnliche Stoffe. Auch der Biotopverbund entlang des Rheins, den die Rheinschutzkommission schon 2006 gefordert habe, sei noch immer nicht realisiert worden. [am]

► BBU, Arbeitskreis Wasser, Nikolas Geiler, Freiburg, Tel. +49 (0)761 / 275693, E-Mail: nik@akwasser.de, www.akwasser.de
► Verbände: www.kurzlink.de/iksr-stillstand.pdf

Wasserrahmenrichtlinie

Deutschland droht EU-Klage

■ Die Europäische Kommission hat Deutschland Mitte Juli auf Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ermahnt. Hintergrund ist Medienberichten zufolge die Einleitung von salzhaltigen Abwässern in die Werra durch die Kaliindustrie. Diese von den Landesbehörden bisher erlaubte Praxis verstoße gegen die WRRL. Nach Angaben des Vorsitzenden der Werra-Weser-Anrainerkonferenz Walter Hölzel leitet der Kasseler Düngemittelkonzern K+S jährlich etwa fünf Millionen Kubikmeter Salzabwasser in die Werra ein. Damit werde die Werra in einem europaweit einmaligen Ausmaß verschmutzt.

Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um auf das Mahnschreiben der Kommission zu reagieren. Auf der Seite der EU-Kommission gab es bis Redaktionsschluss noch keine Informationen zu dem Mahnschreiben und seinem genauen Inhalt. [am]

► Bericht des MDR: www.kurzlink.de/mdr-werra

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Überfällige Neustrukturierung

■ Ende Juni hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) seine Reformpläne für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) vorgestellt. Um die WSV effizienter zu machen, will der Minister Aufgabenbereiche zusammenlegen und die Anzahl der Behörden von 53 auf 34 verringern. Außerdem sollen eine Generaldirektion der Steuerungsaufgaben in Bonn eingerichtet und auf regionaler Ebene wichtige Standorte ausgebaut werden. Laut Ramsauer soll die Reform im Laufe der kommenden acht Jahre umgesetzt werden. Er betonte, dass dies keine Entlassungen zur Folge haben werde. Das Umweltnetzwerk Grüne Liga begrüßte die Reformpläne Ramsauers, kritisierte aber die Reduzierung der Behördenanzahl. [lr]

► Mitteilung des Bundesverkehrsministeriums: www.kurzlink.de/bmvbs

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Wirtschaftspolitik

Nachhaltig aus der Krise

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat die bisherigen Antworten der Bundesregierung im Umgang mit der europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise kritisiert. Weder bloße Sparpolitik noch Wachstumspolitik greife bei den Ursachen der internationalen Krisen an, so der Dachverband. DNR-Präsidiumsmitglied Michael Müller forderte „eine Europäische Kreditanstalt für Wiederaufbau, die systematisch die Investitionen in eine nachhaltige Wirtschaft fördert“. Letztlich, biete nur ein Programm zur Ökologisierung von Wirtschaft und Technik einen Ausweg. (ausführlicher Beitrag S. 39) [ej]

- DNR, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Wirtschaftsausschuss

Bergrecht bleibt von gestern

■ Das Bergrecht in Deutschland wird vorerst nicht erneuert. Entsprechende Anträge der SPD, der Grünen und der Linken wurden Ende Mai im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie mit der Mehrheit von Union und FDP abgelehnt.

Die Oppositionsparteien fordern eine stärkere Einbeziehung des Umweltschutzes, eine angemessene Berücksichtigung der vom Bergbau betroffenen Menschen und mehr Transparenz. Das Bergrecht sei ein Recht, dass Bergbaubetreiber klar bevorzuge und selbst Grundrechte breche, monierten die Grünen laut der Wochenzeitung Das Parlament. Die Grünen setzen sich für eine Förderabgabe von zehn Prozent und eine öffentliche Interessenabwägung ein. [cs]

- www.kurzlink.de/parlament-bergrecht
- Oppositionsanträge und Kommentar: www.thomas-dyhr.de/?p=3010

Ressourceneffizienzziele

EU-Studie lobt Auftraggeber

■ Die Eignung von Indikatoren und politischen Zielen zur Steigerung der Ressourceneffizienz hat der Bio Intelligence Service im Auftrag der EU-Kommission untersucht. Eine Studie des Pariser Instituts mit entsprechenden Empfehlungen stellte die Kommission Anfang Juli in Brüssel vor. Ausgewertet wurden Indikatoren wie Stoff-, Energie-, Wasser- und Landverbrauch. Die bisherigen Ziele der Kommission versahen die Studienautoren größtenteils mit der Empfehlung „weiter so“: Wenn die EU ihre Aktivitäten etwa bei der Verminderung von Treibhausgasemissionen fortsetze, genüge das, um das Ziel von 80 Prozent weniger CO₂-Ausstoß bis 2050 zu erreichen. Allerdings fordern die Autoren die Kommission auf, ihre Anliegen allgemeinverständlich zu formulieren. [cs]

- www.kurzlink.de/bio-is-study.pdf



144 Seiten ISBN 978-3-932509-34-2

Jetzt NEU für Niedersachsen - Bremen!
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

B U C H T I P P

Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer
für nachhaltigen Konsum
und gutes Leben!

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein
- Berlin/neue Bundesländer
- Nordrhein-Westfalen
- Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

Orken 13.02.12

Die Energiewende hat erst begonnen

Sauber, sicher und erneuerbar soll die zukünftige Energieversorgung sein – doch dafür muss noch viel passieren. Denn das Bekenntnis der Bundesregierung zur Energiewende vor einem Jahr hat noch nicht zu einer wirklichen Politikwende geführt.

Jahrzehntlang hat sich die Umweltbewegung für die Energiewende eingesetzt. 2011 hat die Politik endlich die Weichen dafür gestellt. Doch grundlegende Veränderungen brauchen Zeit. Selbst wenn alle überzeugt sind, dass der eingeschlagene Weg im Prinzip richtig ist, sind noch vielerlei Widerstände zu überwinden. Und es sind auch noch gar nicht alle

überzeugt. Wie sonst ist zu erklären, dass wirtschaftliche Interessen immer noch vor eine nachhaltige und sichere Energieversorgung gestellt werden? Warum sonst dauert es so lange, sich über ein zukunftsfähiges Stromnetz zu verständigen? Und warum wird Energieeffizienz ausgebremst? Bei der Gebäudesanierung finden Befürworter und Kritiker keinen Kompromiss,

dabei könnte hier viel für den Klimaschutz erreicht werden. Nicht zuletzt müssen auch Zukunftsenergien Rücksicht auf die biologische Vielfalt nehmen. Die AutorInnen in unserem Spezial zur Energiewende nehmen sich auf neun Seiten kompetent all dieser Themen an. Wir wünschen eine anregende Lektüre!

[Die Redaktion]

Energiepolitik

Von oben war gestern

Die Energiewende droht nicht an den BürgerInnen zu scheitern – sie wird vielmehr von ihnen getragen

Vor einem Jahr hat die Bundesregierung den Atomausstieg beschlossen. Doch mittlerweile stockt die Energiewende. Die Klimaschutzziele sind unterdessen aus dem Blick geraten. Die Stromverschwendung schreitet nahezu ungebremst voran. Wichtige Gesetze für die Gebäudesanierung versanden im Streit zwischen Bund und Ländern. Doch die BürgerInnen sind längst weiter und investieren Geld und Engagement. ■ VON THORBEN BECKER, BUND

Im Jahr 2011 haben die erneuerbaren Energien in Deutschland erstmals mehr Strom erzeugt als die Atomkraftwerke. Während der Atomstromanteil durch das Abschalten von acht AKWs auf 18 Prozent sank, kamen Wind, Sonne und Co. auf glatte 20 Prozent. Anders als viele Gegner der Energiewende es prophezeiten, blieb die Stromversorgung sicher. Unterm Strich ist Deutschland Stromexporteur geblieben. Die Preise an der Strombörse sind nicht gestiegen und es gibt auch keine Signale, dass sich daran in den nächsten Monaten etwas ändert. Und die wichtigste Nachricht: Trotz der AKW-Abschaltung ist im Jahr 2011 der CO₂-Ausstoß der deutschen Energiewirtschaft gesunken. Die Behauptung der Energiekonzerne, dass Atomausstieg und Klimaschutz nicht zusammenpassen, ist durch die Praxis widerlegt worden.

Doch der Atomausstieg kann und muss noch schneller gehen als bisher vorgesehen. Das ist möglich, wenn die von der Bundesregierung vor einem Jahr angekündigte

Energiewende endlich beschleunigt wird. Denn hier haben bislang viele die Ankündigung mit den Tatsachen verwechselt. Vor allem hat die Bundesregierung bisher keine konkreten Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs auf den Weg gebracht. Aber damit nicht genug. Die Energiewende ist ins Stocken geraten. Die Bundesregierung hat mit dem Versuch einer hektischen und überzogenen Kürzung der Fotovoltaik-Förderung bereits die Axt an die Energiewende gelegt. Auch versuchen einige über eine unseriöse Kostendebatte das erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) anzugreifen.

Die Bürger sind die Träger der Energiewende

Weil der Stromverbrauch nicht sinkt, weil die Gebäudesanierung nicht engagiert angepackt und der Ausbau der Erneuerbaren wieder gebremst werden und weil der Emissionshandel wirkungslos bleibt, ist Deutschland derzeit nicht in der Lage,

seine mittel- und langfristigen Klimaschutzziele zu erreichen.

Die Energiewende stockt, weil die Politik in Berlin nicht entschlossen genug handelt. An den BürgerInnen vor Ort liegt es nicht. Die Akzeptanz für die Energiewende ist nach wie vor hoch – vor allem dort, wo Bürger vor Ort die Träger sind. Deshalb wird die Energiewende auch nicht an fehlenden Stromleitungen scheitern, wenn diese Aufgabe ernsthaft in Angriff genommen wird. Gut geplante Strecken, für die der energiewirtschaftliche Bedarf nachgewiesen ist, werden sich auch realisieren lassen.

Aktive Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten Jahren gegen eine gefährliche und klimaschädliche Energiepolitik „von oben“ protestiert. Sie haben sich gegen Atomkraft und Castortransporte, gegen neue Kohlekraftwerke und Braunkohleabbaue, gegen CCS und gegen Schiefergas-Fracking engagiert und engagieren sich weiter. Gleichzeitig nehmen Bürger schon seit vielen Jahren die Energiewende selbst

in die Hand. Der Ausbau der erneuerbaren Energien läuft zum Großteil nicht über etablierte Energieversorgungsunternehmen, sondern wird von Privatleuten, neuen Firmen und immer mehr Bürgergenossenschaften und Bürgerwindparks geleistet. Überall dort, wo die Bevölkerung beim Ausbau der Erneuerbaren mitentscheiden und auch mitverdienen kann, gibt es die größte Akzeptanz und die größte Dynamik beim Ausbau. Die Energiewende droht nicht an den Bürgern zu scheitern, wie gern behauptet wird. Im Gegenteil: Die Energiewende wird von den Bürgern getragen und kann auch nur mit ihnen gelingen.

Mehr als die Hälfte der installierten Leistung bei den erneuerbaren Energien befindet sich in der Hand von Privatpersonen und Landwirten – individuell oder genossenschaftlich organisiert. Dieser Trend setzt sich fort. Auch größere Projekte lassen sich als Bürgerwindparks oder über Bürgergenossenschaften organisieren. Die Zahl der Energiegenossenschaften in Deutschland hat sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Die meisten neuen Genossenschaften wurden in Süddeutschland gegründet, wo es mit dem Ausbau der Windenergie endlich losgeht.

Erneuerbare verlässlich ausbauen

Die Entwicklung der erneuerbaren Energien im Strombereich ist weiter sehr erfolgreich. Vor allem der Ausbau der Fotovoltaik läuft gut und der Ausbau der Windenergie ist nicht mehr nur auf die norddeutschen Bundesländer beschränkt. Die politischen Blockaden in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern wurden aufgehoben. Viele Bundesländer setzen sich anspruchsvolle Ausbauziele. Die Erzeugung von Ökostrom hat in den ersten vier Monaten dieses Jahres noch einmal deutlich zugelegt.

Doch der übereilte Versuch der Bundesregierung, die Solarstromförderung drastisch zu kürzen, und das grundsätzliche Infragestellen des erfolgreichen EEG etwa durch Wirtschaftsminister Philipp Rösler haben das Vertrauen in die Energiewende erschüttert. Wenn weiter viele Bürger in die Energiewende investieren sollen, muss mit einer solchen Politik Schluss sein.

Ins Stocken geraten ist dagegen der Ausbau der Erneuerbaren im Wärmebereich. Anders als die Fotovoltaik erlebt die Solarthermie keinen Boom. Dies muss sich schnell ändern. Bundesumweltminister Peter Altmaier muss das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz auf den Weg bringen, mit dem klaren Ziel, dass es bei Neubauten, aber vor allem auch im Gebäudebestand, einen Boom von erneuerbaren Energien zum Heizen auslöst.

Ungerechte Verteilung der Kosten

Der Strompreis für die Haushalte steigt. Angeblich soll daran die Energiewende schuld sein. Ein Blick auf die Preisentwicklung der letzten Jahre zeigt, dass dem nicht so ist. Seit 2002 ist der Preis für eine Kilowattstunde Strom um zehn Cent gestiegen, aber die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien haben sich nur um drei Cent erhöht. Mehr als zwei Drittel der Preiserhöhungen hatten also nichts mit den erneuerbaren Energien zu tun. Das wäre auch in Zukunft so, wenn die Bundesregierung nicht weite Teile der Industrie von der EEG-Umlage ausgenommen hätte.

Einige wenige Hundert Firmen verbrauchen rund 18 Prozent des deutschen Stroms, zahlen aber nur 0,3 Prozent der Umlage für erneuerbare Energien. Dadurch steigt die Umlage für alle anderen, vor allem für die privaten Verbraucher. Neben den Schlupflöchern im Erneuerbare-Energien-Gesetz gibt es eine entsprechende Ausnahmeregelung für die Industrie auch bei den Netzentgelten.

Gleichzeitig senken die Erneuerbaren den Preis an der Strombörse in Leipzig. Dadurch müssten die Strompreise eigentlich für alle sinken. Der positive Effekt wird aber nicht an die Verbraucher weitergegeben. Es profitieren Stromanbieter und Industriebetriebe, die teilweise ihren Strom direkt an der Börse einkaufen. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich alle beteiligen und nicht die einen für die anderen mitzahlen. Deshalb müssen alle Befreiungen und Sonderregelungen für die Industrie bei der Zahlung der EEG-Umlage überprüft und auf wenige Sonderfälle beschränkt werden.

Die Senkung des Energieverbrauchs kommt nicht voran

Im Sommer 2011 hatte die Bundesregierung beschlossen, dass bis 2020 zehn Prozent weniger Strom verbraucht werden sollen als 2008. Auf geeignete Maßnahmen, dieses Ziel zu erreichen, wartet man jedoch bisher vergeblich. Dabei ist der Stromverbrauch für fast die Hälfte aller CO₂-Emissionen verantwortlich. Je schneller wir ihn senken, desto schneller kann er durch 100 Prozent erneuerbare Energien gedeckt werden. Klimaschutz und Energiewende sind nicht denkbar, wenn nicht endlich die Stromverschwendung beendet wird.

Bis 2020 soll außerdem der Wärmebedarf in Gebäuden um 20 Prozent sinken. Allerdings sind die entsprechenden Sanierungsziele der Bundesregierung mit der bisherigen Politik nicht zu erreichen. Die Regierung hat die Mittel für die Gebäudesanierung in diesem Jahr auf 900 Millionen Euro gekürzt. 2009 waren es noch 2,2 Milliarden. Im Streit zwischen Bund und Ländern um die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen gibt es keine Bewegung. Dabei wäre sie eine wichtige Ergänzung für die direkte Förderung.

Bei den Verhandlungen über die europäische Energieeffizienzrichtlinie gehörte ausgerechnet Deutschland zu den Bremsern und hat viele gute Ansätze verwässert. Diese Politik ist kontraproduktiv. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn konkrete Maßnahmen für mehr Effizienz auf den Weg gebracht werden. Jetzt kommt es darauf an, die EU-Richtlinie so in Deutschland umzusetzen, dass ein Schub für die Senkung des Energieverbrauchs entsteht. Die Bundesregierung muss sich außerdem für ein europäisches Top-Runner-Programm einsetzen. Damit werden effiziente Spitzengeräte von heute zum Standardprodukt von morgen gemacht.

Auch mit eigenen Maßnahmen kann Deutschland den Top-Runner-Ansatz voranbringen. Der BUND hat dazu ein sofort umsetzbares Sieben-Punkte-Programm vorgelegt. Zur Finanzierung der Maßnahmen braucht es einen Energieeffizienzfonds, der mit mindestens einer Milliarde Euro pro Jahr ausgestattet ist.

Für die Gebäudesanierung ist ein langfristiger und verbindlicher Sanierungsfahrplan vorzulegen. Das Gebäudesanierungsprogramm muss wieder auf mindestens zwei Milliarden Euro aufgestockt, die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen endlich beschlossen werden. Und spätestens 2015 müssen alle Neubauten Passiv- oder Plusenergiehäuser sein.

Kraft-Wärme-Kopplung statt neuer fossiler Kraftwerke

Noch immer plant die Bundesregierung auch die Förderung neuer fossiler Kraftwerke. Es besteht die Gefahr, dass am

Bedarf vorbei neue Kraftwerkskapazitäten entstehen und dabei der Klimaschutz unter die Räder kommt. Die Zeche zahlen im Zweifel die Verbraucher mit höheren Stromkosten.

Stattdessen muss jetzt voll auf den Ausbau und auf die Flexibilisierung der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt werden. Für weitere sogenannte Kapazitätsmechanismen zur Sicherung der Stromversorgung besteht zurzeit kein Bedarf. Statt über neue pauschale Subventionen für fossile Kraftwerke nachzudenken, muss die Bundesregierung deshalb den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf rund 30 Prozent verdoppeln.

Gleichzeitig muss sie die Flexibilisierung der Kraft-Wärme-Kopplung durch eine Förderung von Wärmespeichern vorantreiben.

Der Jurist Thorben Becker ist Leiter für Energiepolitik in der Bundesgeschäftsstelle des BUND in Berlin. Zuvor arbeitete er für die BUNDjugend und als Atomexperte für Global 2000 in Wien.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 27586-421,
E-Mail:
thorben.becker@bund.net,
www.bund.net/klima



Regenerative Energieversorgung

Das intelligente Stromnetz

Wie eine optimale Verknüpfung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung gewährleistet werden kann

Für eine vollständige Stromversorgung aus Erneuerbaren sind noch einige Herausforderungen zu bewältigen. Dezentrale Erzeugung, flexible Anpassung an Wind und Sonne und die kontinuierliche Versorgung der VerbraucherInnen müssen ineinandergreifen. Auch die Entwicklung von Speichertechnologien sowie Information und Kommunikation gehören zu einem intelligenten Stromnetz. ■ VON CLAUDIA KUNZ UND ALENA MÜLLER, AGENTUR FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Dem Siegeszug der erneuerbaren Energien wird oft ein Schreckensszenario entgegengestellt: Wenn der Wind nachlässt und die Sonne nicht scheint, erlischt das Licht, der Elektroherd bleibt kalt, Menschen stecken im Fahrstuhl fest und im Krankenhaus springt das Notstromaggregat an. Eine Horrorvorstellung. Damit die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt, arbeiten Wissenschaftler und Praktiker daran, die schwankende Erzeugung auf Basis von Sonne und Wind mithilfe von Energiespeichern und Lastmanagement auszugleichen. Dabei kommt dem sogenannten intelligenten Stromnetz eine Schlüsselstellung zu.

Wie wird das Stromnetz intelligent?

Der Begriff „Smart Grid“ oder „intelligentes Stromnetz“ bezieht sich auf die Vernetzung aller Bestandteile des Energieversor-

gungssystems – Netze, Erzeugungsanlagen, Speicher und Verbraucher – mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnik. Stromerzeuger, Netzbetreiber und Verbraucher erhalten so mehr Informationen über die aktuelle Versorgungssituation. Entsprechende Preissignale sollen den Verbrauchern Anreize geben, ihre Nachfrage ein Stück weit dem Stromangebot anzupassen. Ziel ist es, dadurch den Kraftwerkspark effizienter auszulasten, die Übertragungsnetze zu entlasten und den Bedarf für kostspielige Speicher- und Reservekapazitäten zu verringern.

Durch die Dezentralisierung der Energieversorgung gibt es mehr Akteure im Stromsystem als bisher. Basierend auf der genauen Analyse von Stromerzeugung und -verbrauch können im intelligenten Stromnetz Erzeugung, Netzbelastung und Verbrauch besser aufeinander abgestimmt und der Einsatz von Kraftwerken

und Speichern optimiert werden. In Zukunft sollen die Energieverbraucher über spezielle Stromtarife klare Preissignale erhalten: Bei einem hohen Angebot von Strom aus erneuerbaren Energien sinkt der Preis für den Kunden, herrscht dagegen Stromknappheit, steigt er. Das Preissignal soll die flexiblen Verbraucher zur Lastverschiebung animieren. Flexible Verbraucher sind neben Haushaltskunden vor allem Gewerbe oder Produktionsbetriebe mit einem höheren Energieverbrauch.

Zum Beispiel kann ein Kühlhaus während einer hohen Stromausbeute viel Energie aus dem Netz aufnehmen, um seine Waren stärker herunterzukühlen als erforderlich. Dadurch entsteht ein „Kältepuffer“, der es ermöglicht, das Kühlhaus bei knappem Stromangebot eine Weile vom Netz zu trennen. So können Zeiten überbrückt werden, in denen andere Verbraucher ebenfalls viel Strom benötigen. ▶

Wie moderne Kommunikationstechnologie helfen kann, die volatile, also schwankende Stromerzeugung aus Wind und Sonne auszugleichen, zeigt auch das Beispiel des sogenannten virtuellen Kraftwerks oder Kombikraftwerks. Dabei werden verschiedene dezentrale Erneuerbare-Energien-Anlagen miteinander vernetzt und über eine zentrale Steuerungseinheit geregelt. Gemeinsam agieren die einzelnen über ganz Deutschland verteilten Anlagen wie ein Großkraftwerk, das bedarfsgerecht Energie liefert. Die volatile Stromproduktion von Wind- und Solaranlagen wird zum Beispiel von Blockheizkraftwerken ausgeglichen, die aus Biogas Strom und Wärme erzeugen. Da Biogas speicherbar ist, steht diese Stromquelle ganz nach Bedarf zur Verfügung. Weiterhin kann Energie direkt in einem Pumpspeicherkraftwerk zwischengespeichert und schnell wieder zur Verfügung gestellt werden. Der tatsächliche Verlauf des Strombedarfs ist der zentrale Ausgangspunkt für alle Kraftwerksfunktionen. Die Prognose des Strombedarfs, das sogenannte Lastprofil, wird an die zentrale Steuerungseinheit übermittelt. Dort treffen auch die Prognosen über die Leistung von Wind- und Solaranlagen ein. In der zentralen Steuerungseinheit werden diese Daten gegeneinander aufgerechnet. Die Vorhersage des Leistungsbedarfs ermöglicht es, rechtzeitig Fahrpläne für die einzelnen Komponenten des Kombikraftwerks zu erarbeiten.

Neue Energien, neue Herausforderungen

Mit der Liberalisierung der Strommärkte 1998 und dem erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien sind neue, dezentrale Akteure auf den Markt getreten. In Netzregionen, wo es viele Solar- und Windenergieanlagen gibt, verändert sich dadurch die typische Stromverteilung vom Großkraftwerk zum Verbraucher: Immer häufiger wird von Wind- und Fotovoltaikanlagen erzeugter Strom von den niederen Spannungsebenen in die höheren transportiert und von dort weiterverteilt. Moderne Kommunikationstechnik auf der Ebene der Verteilnetze kann helfen, diese Prozesse effektiv zu steuern. Ge-

lingt dies, ist der dezentrale Ausbau der Erneuerbaren auch ein Beitrag, um die Übertragungsnetze zu entlasten. Derzeit fehlen Kapazitäten im Übertragungsnetz, die den im Norden erzeugten Windstrom in die südlichen Verbrauchsregionen transportieren. Wie viele neue Leitungen in Zukunft benötigt werden, hängt daher nicht nur vom Erfolg des Lastmanagements und dem Bau von Energiespeichern ab, sondern auch von der geografischen Verteilung der Erzeugungskapazitäten. In die deutschen Stromnetze wurde nach der Liberalisierung des Strommarktes viele Jahre lang zu wenig investiert, die Infrastruktur ist zum Teil überaltert. Die Modernisierung der Stromnetze steht also ohnehin auf der Agenda; die erneuerbaren Energien erhöhen nun die Dringlichkeit und schaffen den Bedarf für neue Leitungen. Die Versäumnisse der Vergangenheit können aber auch als Chance gesehen werden. Das Netz lässt sich nun gleich an die Erfordernisse der Erneuerbaren anpassen. Dabei muss der Netzbau so vorangetrieben werden, dass er den Ausbau der Erneuerbaren nicht bremst.

Auch neue Speicher braucht das Land

Da das Ein- und Ausspeichern von Strom immer mit Wirkungsgradverlusten verbunden und kostspielig ist, sollte Strom möglichst dann verbraucht werden, wenn er erzeugt wird. Für eine vollständige regenerative Stromerzeugung sind allerdings neue Speicherkapazitäten erforderlich. In naher Zukunft müssen Kurzzeitspeicher erschlossen werden, um Überschüsse an Wind- und Sonnenstrom aufzunehmen und Systemdienstleistungen bereitzustellen. Das Ausbaupotenzial von Pumpspeicherkraftwerken ist jedoch begrenzt und neue, effiziente Druckluftspeicher befinden sich derzeit noch im Forschungs- und Entwicklungsstadium. Aufgrund sinkender Kosten können in den nächsten Jahren auch Batteriespeicher den Kurzzeitspeicherbedarf zunehmend abdecken. Sie lohnen sich vor allem dann, wenn sie einen Doppelnutzen erfüllen, wie bei der Elektromobilität. Auf längere Sicht sind Langzeitspeicher notwendig, um auch Windflauten

von zwei bis drei Wochen zu überbrücken. Forscher und erste Unternehmen arbeiten bereits daran, mittels Elektrolyse aus Strom und Wasser Wasserstoff herzustellen. Der so erzeugte Wasserstoff kann bis zu einem bestimmten Anteil direkt ins Gasnetz eingespeist oder in einem weiteren Schritt durch Methanisierung zu synthetischem Erdgas umgewandelt werden.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien hält neben Chancen also auch Herausforderungen bereit. In der Vergangenheit wurde meist von einer Integration der erneuerbaren Energien in das bestehende System gesprochen. Aufgrund des bevorstehenden umfassenden Umbaus der Energieversorgung spricht man inzwischen immer häufiger von einer notwendigen „Systemtransformation“. Sie umfasst den Ausbau der Netze, die Erschließung neuer Speicher, den Aufbau eines intelligenten Netzes und einen angepassten Strommarkt.

Die ersten Smart Grids werden bereits seit 2008 getestet: in Aachen, in Cuxhaven, in Karlsruhe und Stuttgart, in Mannheim, im Harz und im Rhein-Ruhr-Gebiet. Der Bund fördert diese Pilotprojekte im Rahmen des Projekts E-Energy mit 60 Millionen Euro. Zusammen mit IT-Unternehmen und Forschungseinrichtungen arbeiten Energiekonzerne an jeweils eigenen Konzepten. Sie sind erste wichtige Schritte auf dem Weg zum intelligenten Netz, einem Vorhaben, das heute noch am Anfang steht.

Die Umweltwissenschaftlerin Claudia Kunz ist in Berlin als Projektleiterin für die Agentur für Erneuerbare Energien tätig.



Die Medienwissenschaftlerin Alena Müller arbeitet für die Agentur im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 20053545,
E-Mail:
c.kunz@unendlich-viel-energie.de,
a.mueller@unendlich-viel-energie.de, www.unendlich-viel-energie.de

„Die deutschen Energieversorger wollen immer noch möglichst viel Strom und Gas verkaufen“

Die Energieeffizienzrichtlinie ist eines der wichtigsten Instrumente, mit denen die EU ihre Klimaziele erreichen will. Ein Jahr lang haben das Europäische Parlament und der Ministerrat darum gerungen. Nun gibt es einen Kompromiss. Doch was beschlossen wurde, reicht nicht aus, um Europa auf Energiesparkurs zu bringen, sagt Stefanie Langkamp vom Deutschen Naturschutzing.

Frau Langkamp, EU-Parlament und EU-Minister haben einen Kompromiss zur Energieeffizienzrichtlinie gefunden. Worum geht es darin?

Stefanie Langkamp: Der Kompromiss sieht eine ganze Reihe Maßnahmen für Energieeffizienz vor, darunter Energieaudits für Unternehmen, Sanierungsfahrpläne, Anforderungen für die öffentliche Beschaffung und mehr Effizienz in der Stromproduktion. Das Kernstück der Richtlinie sind die sogenannten Effizienzverpflichtungen, mit denen ein Markt für Energiedienstleistungen geschaffen werden soll. Jeder EU-Staat muss dafür sorgen, dass jährlich Energiesparmaßnahmen in Höhe von 1,5 Prozent des Energieabsatzes vom Vorjahr durchgeführt werden. Die Staaten haben dabei Ausnahmen durchgesetzt, mit denen sie die Einsparungen auf ein Prozent reduzieren können. Außerdem ist noch offen, wer für die Sparmaßnahmen verantwortlich ist: Energieversorger, Netzbetreiber oder vielleicht ein Fonds? Oder greift man am Ende doch lieber auf bestehende Programme wie die Förderung der Kreditanstalt für Wiederaufbau zurück?

Was halten die Umweltverbände von der Einführung von Energieeffizienzverpflichtungen?

Wir sind dafür, weil wir deutlich mehr finanzielle Anreize für Energieeffizienz und Investitionen in Energiedienstleistungen brauchen. Es ist gut, wenn Verbraucher dabei unterstützt werden, alte Kühlschränke und undichte Fenster auszutauschen oder einen hydraulischen Abgleich zu machen. Das System muss allerdings so gestaltet sein, dass nicht nur Energiesparlampen verteilt, sondern auch die schwierigen und teuren Aufgaben wie die Gebäudesanierung in Angriff genommen werden. Gerade die deutschen Energieversorger stehen dem System noch kritisch gegenüber. Statt in Energiedienstleistungen zu denken, will man möglichst viel Strom und Gas verkaufen. Mit Blick auf die begrenzten Ressourcen haben wir aber keine Wahl, als uns von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl und Uran unabhängig zu machen.

Ist der DNR mit dem Kompromiss zufrieden?

Wir sehen ihn mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Zum einen bringt die Effizienzrichtlinie

neue Impulse für den sparsamen Umgang mit Ressourcen in ganz Europa. Zum anderen reicht sie bei Weitem nicht aus. Eigentlich sollte sie dabei helfen, den Primärenergieverbrauch in Europa bis 2020 um 20 Prozent gegenüber dem Trend zu senken – bisher schaffen wir gerade mal die Hälfte. Aber auch mit der Energieeffizienzrichtlinie kommen wir nur auf 15 Prozent, weil sich die Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland und Großbritannien, ehrgeizigeren Vorschlägen widersetzt haben.

Der DNR hat zusammen mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbrauchern kritisiert, dass die Bundesregierung ihre eigenen Effizienzziele hintertreibt. Was genau war der Vorwurf?

Wir haben in Deutschland selbst ein ehrgeiziges Energiesparziel von 20 Prozent. Wir hätten daher von der Bundesregierung erwartet, dass sie die europäische Debatte vorantreibt und mit eigenen Vorschlägen beflügelt. Leider war genau das Gegenteil der Fall. Das Bundeswirtschaftsministerium wollte die Energieeffizienzverpflichtungen komplett streichen, obwohl diese Maßnahme von allen die höchsten Einsparungen bringt. Bis zum Schluss hat Deutschland gemauert oder sich der Debatte enthalten. Dadurch ist Europa eine wichtige Chance für mehr Energiesparen entgangen. Das ist auch wirtschaftlich gesehen ein Versäumnis: Schließlich bringt Energieeffizienz neue wirtschaftliche Impulse und Millionen neuer Arbeitsplätze in Europa.

Wie kann Europa sein Energiesparziel nun doch noch erreichen?

Einen Teil können wir im Rahmen der Ökodesignrichtlinie nachsteuern. Sie legt Effizienzstandards für Produkte fest. Einen weiteren Teil können wir durch höhere Anforderungen im Verkehr ausgleichen. In Kürze werden die CO₂-Grenzwerte für Pkws und Kleintransporter neu verhandelt. Neue Autos dürfen nicht viel mehr als drei Liter pro 100 Kilometer verbrauchen oder 80 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen.

Und wie geht es mit der Richtlinie weiter?

Die informelle Einigung muss nun durch die EU-Institutionen: Der Energieministerrat hat sie bereits

durchgewinkt, das EU-Parlament stimmt im September ab. Anfang 2014 kommt die Richtlinie dann in Deutschland zur Umsetzung.

Wie steht es um die Energieeffizienz in Deutschland und womit könnte man am kosteneffizientesten die größten Fortschritte erreichen?

Wir haben große, kosteneffiziente Potenziale beim Heizen und Klimatisieren von Gebäuden, bei Licht und elektrischen Geräten in Haushalten und auch bei Industrieprozessen. Besonders im Gebäudesektor hakt es. Der Sanierungsfahrplan kommt nicht voran, die Fördergelder sind zu knapp oder stehen immer wieder auf dem Prüfstand. Der Entwurf für die neue Energiesparverordnung beschäftigt sich vor allem mit Neubauten, dabei stehen 99 Prozent der Gebäude bereits, um die müssen wir uns kümmern.

Liegt es an der Finanzierung, dass Energieeffizienz so langsam vorankommt?

Das hat natürlich etwas mit Geld zu tun, aber auch mit unseren Methoden der Haushaltsführung. Langfristig würde die Bundesregierung schließlich sparen, weil Investitionen in Energieeffizienz Arbeitsplätze schaffen, das Steueraufkommen erhöhen, die Wirtschaft ankurbeln und Kosten in öffentlichen Haushalten senken. Bei den KfW-Mitteln für Gebäudesanierung rechnet man, dass von jedem investierten Euro fünf in die Staatskasse zurückkommen. Viel wichtiger ist aber, dass der Wirtschaftsminister Effizienz endlich ernst nimmt.

Die Umweltwissenschaftlerin Stefanie Langkamp ist EU-Energieeffizienzexpertin beim Deutschen Naturschutzing (DNR) in Berlin. Die Fragen stellte Piroška Agel vom Magazin TAM, in dem eine frühere Fassung des Interviews erschien.

Kontakt: Tel. +49
(0)30 / 6781775-79,
E-Mail: stefanie.
langkamp@dnr.de,
www.
eu-koordination.de



Gebäudesanierung

Ein neues System wirtschaftlicher Anreize

Kluge Vorgaben für die Sanierung bahnen den Weg für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz

Die Energieeinsparverordnung, das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz und Gebäudesanierungsprogramme haben die Energieeffizienz und den Anteil der Erneuerbaren im Gebäudesektor gesteigert. Mit der Energiewende aber hat die Bundesregierung richtigerweise deutlich höhere Ziele formuliert. Höchste Zeit, über zusätzliche Instrumente und einen klügeren Rahmen für die Gebäudesanierung zu diskutieren. ■ VON ULF SIEBERG, NABU

Deutschland im Jahr 2050. Die Häuser sind kleine Kraftwerke. Während der Wärmebedarf für Heizung und Trinkwarmwasser sehr gering ist und mithilfe erneuerbarer Energien gedeckt wird, produzieren sie selbst in Zeiten hoher Verbräuche noch überschüssigen Strom. Er wird in unmittelbarer Umgebung genutzt oder im Haus gespeichert. Wohnqualität und Behaglichkeit haben durch die Verwendung naturverträglicher Baumaterialien zugenommen. Fassaden haben durch innovative Technologien ihre baukulturelle Bedeutung bewahrt. Die individuelle Sichtweise eines Eigentümers auf seinen Heizungskeller ist dem vernetzten und quartiersbezogenen Denken gewichen. Beigetragen hatte dazu ab 2013 eine breite parlamentarische Mehrheit im Deutschen Bundestag. Fernab von Wahlen und Legislaturperioden hatten sich die politischen Verantwortlichen daran gemacht, die Fehler des bestehenden Ordnungsrechts und des haushaltsabhängigen Förderregimes schonungslos zu analysieren, sich mit neuen Ansätzen intensiv auseinanderzusetzen und gemeinsam für gesellschaftliche Akzeptanz zu werben – um damit ihrer Verantwortung endlich gerecht zu werden.

Richtige Ziele, aber keine konkreten Maßnahmen

Deutschland im Jahr 2012. Bis 2050 sollen hierzulande die Treibhausgasemissionen um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 gemindert werden – klimawissenschaftlich erforderlich sind sogar minus 95 Prozent. Wer dieses Ziel erreichen möchte, und dazu gehören alle Parteien, kommt am Gebäudebestand nicht vorbei. Hier ent-

steht ein Drittel der Emissionen, hier wird die meiste Endenergie verschwendet. Die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP waren es, die 2010 mit ihrem Energiekonzept und 2011 mit ihren Beschlüssen zur Energiewende richtigerweise die Klimaziele auf Gebäude übertrugen. Demnach soll mithilfe eines „Sanierungsfahrplans“ bis 2050 der Primärenergiebedarf um 80 Prozent gesenkt werden.⁽¹⁾ Der Gebäudebestand soll dann nahezu „klimaneutral“ sein. Dafür muss der Energiebedarf drastisch reduziert werden. Schon bis 2020 strebt die Bundesregierung deshalb an, den Wärmebedarf um ein Fünftel gegenüber 2008 zu verringern.

Weder bisheriges Ordnungsrecht noch Anreize sind ausreichend

Die Bundesregierung hat zwar Ziele formuliert, allerdings wurden diese noch nicht durch ausreichend viele neue Maßnahmen begleitet. Alles deutet darauf hin, dass mit dem bestehenden Instrumentenmix die Ziele im Gebäudesektor nicht zu erreichen sind. Zusätzliche Anstrengungen sind damit unausweichlich. Eine vom NABU in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie⁽²⁾ der Prognos AG von 2011 hat gezeigt, dass der für die oben genannten Sanierungsziele notwendige Investitionsbedarf nicht in jedem Fall vollständig durch Energiekostenreduktionen gedeckt wird. Die Studie legt nahe, dass der finanzielle Förderbedarf – sollte er nur mit öffentlichen Haushaltsmitteln den Anreiz für die notwendigen Sanierungsanstrengungen schaffen – zu groß würde. Denn wenn im Jahr 2020 knapp neun Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt allein zur

Förderung für die energetische Gebäudesanierung notwendig würden, läge diese Größenordnung weit jenseits der zurzeit diskutierten Beträge. Die 1,5 Milliarden Euro aus dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW-Bankengruppe für die Jahre 2012 bis 2014, die 300 Millionen Euro aus dem Marktanreizprogramm und die Förderung steuerlicher Anreize in Höhe von einer Milliarde Euro jährlich werden allein nicht ausreichen werden.

Neue Konzepte braucht das Land

Wie können die von der Bundesregierung angestrebte Sanierungsrate erhöht, die notwendige Sanierungseffizienz erreicht und die Klimaschutzziele umgesetzt werden? Es muss jetzt über neue Wege nachgedacht werden, wie dies ordnungs- und förderrechtlich sowie mithilfe von Information und Beratung realisiert werden kann. Grenzen, die sich die Bundesregierung mit Begriffen wie Freiwilligkeit und Wirtschaftlichkeit im Sinne des Energieeinspargesetzes selbst – politisch, nicht rechtlich – gesetzt hat, darf es nicht geben. Deutschland, das „Land der Ideen“ muss auch bei der Gebäudesanierung innovative Wege einschlagen. Dazu bedarf es eines schlüssigeren und klügeren Instrumentenkastens, als wir ihn heute haben. Selbst aufgelegte Denkverbote führen nicht weiter.

Dass die verfassungsrechtlichen Spielräume auch aus eigentumsrechtlichen und wirtschaftlichen Gründen weit größer sind als oftmals angenommen, belegt ein Gutachten der Rechtsanwälte Gaßner, Groth, Siederer und Kollegen.⁽³⁾ So hindert der Eigentumsschutz aus Artikel 14 des Grundgesetzes den Gesetzgeber nicht daran,

Eigentümern von bestehenden Gebäuden neue Verpflichtungen zur Senkung des Energiebedarfs und der durch Heizwerke verursachten CO₂-Emissionen aufzuerlegen. Der Gesetzgeber muss dabei aber die legitimen Interessen der Eigentümer mit den Erfordernissen des Klimaschutzes in Einklang bringen. Er ist jedoch nicht gezwungen, sich dabei auf rentable oder sich amortisierende Maßnahmen zu beschränken. Das in § 5 des Energieeinsparungsgesetzes (EnEG) verankerte Wirtschaftlichkeitsgebot ist verfassungsrechtlich nicht geboten.

Aus der Sicht des NABU muss ein neues System wirtschaftlicher Anreize spätestens 2020 eingeführt sein. Denn Eigentümer, Investoren und auch die Mieter brauchen langfristig Klarheit über die rechtlichen Vorgaben. Nur verlässliche Finanzierungsangebote und sozial ausdifferenzierte Förderprogramme schaffen Planungs- und Investitionssicherheit.

Fünf Kernelemente für ein neues Anreizsystem

Für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz müssen die legitimen Interessen der Eigentümer mit den langfristigen Interessen des Gesetzgebers und der Gesellschaft in Einklang gebracht werden. Der NABU hat zusammen mit ausgewiesenen Experten aus der Wissenschaft und anderen Interessengruppen die bisherigen Überlegungen für langfristige ordnungs- und förderrechtliche Vorgaben ⁽⁴⁾ weiterentwickelt, um sich den Zielen der Bundesregierung anzunähern. Besonders die Frage, wie die heutigen und zukünftigen Investitionsbedarfe gedeckt werden können, muss geklärt werden. Zusätzliche Anstrengungen und Instrumente sind vonnöten.

Folgende Vorschläge stellt der NABU zur Diskussion:

► **Neueinführung von Effizienzklassen**
Jedes Gebäude wird in Zukunft einer Effizienzkategorie zugeordnet, die – wie es bei Kühlschränken beispielsweise schon heute üblich ist – auf eine schnell sichtbare Weise das Gebäude in ein System von Qualitätsstufen zum Beispiel von G bis A einordnet. Das schafft transparentes Wissen über den energetischen Ist-Zustand des Gebäudes.

► **Stufenkurve für jedes Gebäude**

Als zweites Kernelement wird eine Stufenkurve festgelegt, die – differenziert nach Gebäudetypen – Effizienzklassen vorgibt, die Bestandsgebäude in einer festgelegten Zeitspanne einhalten müssten, damit die bundesweiten Gebäudeziele eingehalten werden. Diese Stufenkurve gibt eine langfristige Perspektive für das Gebäude vor. Jeder Gebäudeeigentümer kann sich auf die erforderlichen Sanierungsschritte vorbereiten.

► **Sanierungsfahrplan mit Beratungsoffensive**

Zunächst sollte für jedes einzelne Gebäude ein Sanierungsfahrplan erstellt werden, der die erforderlichen und mit den Zielen übereinstimmenden Teilschritte sowie verschiedene Sanierungsstrategien aufzeigt und vergleicht. Dieser Fahrplan wird im Rahmen einer bundesweiten Sanierungsoffensive entwickelt, vermarktet und von qualitätsgeprüften Energieberatern umgesetzt.

► **Klimaschutz-Obolus als kontinuierlicher Anreiz zur Sanierung**

Information allein genügt nicht. Um die notwendigen Fördermittel zu generieren, bedarf es eines kontinuierlichen, haushaltsunabhängigen Finanzierungsmechanismus. Hausbesitzer zahlen deshalb künftig einen Obolus, wenn ihr Gebäude im jeweiligen Jahr eine schlechtere Effizienzkategorie aufweist als durch die Stufenkurve vorgegeben. Die Höhe der Abgabe bemisst sich dabei an der Zahl der überschrittenen Effizienzklassen: Für jede „verfehlt“ Effizienzkategorie fällt die Zahlung eines Obolus in festgelegter Höhe an. Die Beweislast wird umgekehrt: Wer keinen Sanierungsfahrplan oder Energiebedarfsausweis zum Nachweis der Effizienzkategorie vorweisen kann, wird in die schlechteste Kategorie einsortiert.

► **Gebäudeförderung**

Hausbesitzer, die ihr Gebäude energetisch auf einen Standard unterhalb der aktuell gesetzlich festgelegten Vorgaben modernisieren, haben in Zukunft einen rechtlichen Förderanspruch. Der Klimaschutz-Obolus fließt dabei in die entsprechenden Förderprogramme. In den Anfangsjahren sind jedoch weitere Finanzierungsstränge

notwendig, beispielsweise aus einer Erhöhung der Energiesteuer oder wie bisher aus Haushaltsmitteln oder aus Mitteln aus dem Energie- und Klimafonds.

Klimaschutz kostet viel weniger als unterlassener Klimaschutz

Die Bausteine können auch einzeln in der Gebäudepolitik eingesetzt werden. Aber erst in ihrem Zusammenspiel ergeben sie ein konsequentes Anreizsystem, dass die notwendigen Effizienzpotenziale heben und Investitionsbedarfe auslösen wird. Dabei muss klar sein, dass Klimaschutz zwar Geld kostet, aber auch zahlreiche Chancen birgt. Dann wird das oben prognostizierte Bild vielleicht Realität. Unterlassenes Handeln würde die Gesellschaft insgesamt wesentlich teurer zu stehen kommen.

Anmerkungen

- (1) Vgl. Sieberg, U.; Große Ruse, E. (2012): Mit EnEV, EEWärmeG & Co. in der Sanierungsfalle? Kluge Vorgaben für den Gebäudesektor. In: Pöschel, J. (Hrsg.): Jahrbuch Energieeffizienz in Gebäuden. VME, Berlin.
- (2) NABU (Hrsg.) (2011): Anforderungen an einen Sanierungsfahrplan. Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050. www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/nabu-sanierungsfahrplan_endg.pdf
- (3) Gaßner, H.; Neusüß, P.; Linde, E. (2011): Sanierungsvorgaben für bestehende Gebäude. Vereinbarkeit mit Eigentumschutz und anderen Grundrechten. www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/ggsc_rechtsgutachten_sanierungsvorgaben_final_110913.pdf
- (4) Vgl. Pehnt, M.; Sieberg, U. (2011): Ein Stufenmodell als langfristiger Sanierungsfahrplan. Vorschlag eines neuen Instruments für die energetische Gebäudesanierung. In: ECEEE – European Council for an energy efficiency economy (Hrsg.): Summer Study Paper. Bezug beim Autor.

Der Sport-, Kultur- und Politik- sowie angehende Umweltwissenschaftler Ulf Sieberg ist Referent für Energieeffizienz und Gebäudesanierung beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
284984-1521, Fax -3521,
E-Mail:
ulf.sieberg@nabu.de,
[www.nabu.de/themen/
energie/gebaeude](http://www.nabu.de/themen/energie/gebaeude)



Biodiversität und Erneuerbare

Kommt die Natur unter die Räder?

Der Ausbau der erneuerbaren Energien darf den Natur- und Landschaftsschutz nicht aushebeln

Wird die Energiewende konsequent fortgesetzt, verdrängen Windkraft und Fotovoltaik den Strom aus nuklearen und fossilen Großkraftwerken. Gleichzeitig ist schon bei nur zwölf Prozent Anteil am Endenergieverbrauch sichtbar, dass sich die Erneuerbaren großflächig als neue Landnutzung etabliert haben. Deshalb brauchen wir einen scharfen Blick für mögliche Konflikte, denen sich gerade Naturschützer stellen müssen. ■ VON CARSTEN WACHHOLZ, NABU

Der bisherige Erfolg der Energiewende bezieht sich vor allem auf das schnelle quantitative Anwachsen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Innerhalb weniger Jahre ist der Anteil der Erneuerbaren auf rund ein Fünftel des deutschen Gesamtverbrauchs gestiegen. In den nächsten neun Jahren wird mit einer weiteren Verdopplung dieses Anteils gerechnet, vor allem durch den weiteren Ausbau der Windenergie. Aber auch die Fotovoltaik und die Biomasse-nutzung haben in den vergangenen Jahren in bestimmten Regionen massiv zugelegt. Parallel dazu müssen nun die Anpassung und Erweiterung der Stromnetze und die Entwicklung neuer Speichermöglichkeiten vorangetrieben werden, damit Erzeugung und Verbrauch trotz schwankender Einspeisung von Solar- und Windstrom auch künftig in Einklang zu bringen sind. Erstmals wird damit nicht mehr nur an den

windstarken Standorten an der Küste und im Osten Deutschlands über die Auswirkungen der zunehmend dezentralen Energieerzeugung auf Natur und Landschaft gestritten, sondern auch in bisher weniger betroffenen Regionen im Binnenland und in den südwestlichen Bundesländern. Naturschützer haben berechtigte Sorgen, dass die Summe der damit verbundenen Auswirkungen die biologische Vielfalt in Deutschland zusätzlich gefährdet.

Aus Konflikten um Windenergie lernen

Was für Konflikte dadurch entstehen können, ist in der Vergangenheit besonders bei der Standortsuche für neue Windenergieanlagen deutlich geworden. Aus Naturschutzsicht sollte es eigentlich kein Problem sein, deutschlandweit rund zwei Prozent der Landesfläche als Eignungsgebiete für die Windkraft zu identifizieren und raumplanerisch zu sichern. Denn die ökologischen Auswirkungen von Windrädern beschränken sich auf bestimmte Vogel- und Fledermausarten, die entweder durch Kollisionen tödlich verunglücken oder wegen eines ausgeprägten Meideverhaltens aus ihren Lebensräumen vertrieben werden. Für einige Vogelarten kann auch durch die Konzentration von Windparks an Engstellen von Flugrouten eine Barriere entstehen. Das ließe sich durch ein Standarduntersuchungskonzept durchaus klären und durch eine verbindliche Festsetzung von Eignungsgebieten bei der Regionalplanung berücksichtigen.

Doch die Handhabung der Planungs- und Genehmigungsverfahren unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland erheblich. Gerade in Regionen, die bisher

die Windenergie kategorisch ausgeschlossen haben, soll es nun auf einmal ganz schnell gehen: Jede Kommune darf für sich entscheiden, wo und wie viel Windenergie zugebaut werden soll. Es beginnt ein Wettlauf um Investitionen und Rendite. Die räumliche Steuerung der Gesamtentwicklung wird dabei ausgehebelt und der Naturschutz als potenzieller Spielverderber an den Pranger gestellt. Bürgerinitiativen protestieren mit wachsendem Erfolg gegen diese Form der Energiewende.

Fehlentwicklungen beim Biogas korrigieren

In Zukunft müssen auch der Anlagenbestand und entsprechende Wechselwirkungen mit neuen Planungen viel stärker in den Fokus rücken. Während das beim Repowering bestehender Windparks offensichtlich ist, steht eine Korrektur der Fehlentwicklungen im Biogassektor immer noch aus. In einer Region mit über 50 Prozent Maisanteil auf den landwirtschaftlichen Flächen hilft es der Natur nichts, wenn eine neue Anlage nur noch zur Hälfte mit Mais betrieben werden darf. Die Umstellung auf eine größere Vielfalt an naturverträglichen Substraten, die Verringerung der besonders klimaschädlichen Methanemissionen, die energetische und ökologische Optimierung von Anlagenkonzepten wie auch die vorzeitige Schließung von unverträglichen und ineffizienten Altstandorten werden sich nicht allein mit Veränderungen beim Vergütungssystem des Erneuerbare-Energien-Gesetzes regeln lassen. Konkurrierende Interessen und Schutzgüter müssen daher künftig auf regionaler Ebene möglichst schon im

Windkraft im Visier

Im Rahmen einer Informationskampagne für eine umwelt- und naturverträgliche Nutzung der Windenergie an Land hat der Deutsche Naturschutzring mehrere Publikationen erarbeitet. Kritische Einwände finden darin genauso Berücksichtigung wie Argumente für die Nutzung von Windenergie auch an ungewöhnlichen Orten. Ein wichtiges Ergebnis ist, dass nur eine gute Standortwahl die Windkraft natur- und umweltverträglich macht. [red]

► www.wind-ist-kraft.de

Vorfeld konkreter Planungen durch einen Konfliktcheck identifiziert werden, um tragfähige Lösungen für eine möglichst naturverträgliche Energiewende zu ermöglichen.

Naturschutzaktivitäten werden in Zweifel gezogen

Durch die Vielzahl der Einzelbaustellen bei der Umsetzung der Energiewende verfestigt sich besonders bei den ehrenamtlichen Naturschützern vor Ort der Eindruck, dass ihr langjähriges Engagement, ihre Arbeit und ihre Werte bedroht sind. Politiker und Investoren stellen öffentlich Errungenschaften und Erfolge des Naturschutzes infrage – seien es die Ausweisung von Schutzgebieten, die Klagerechte von Umweltverbänden oder der Sinn und Zweck von Artenschutzaktivitäten. Aber auch emotionale Argumente wie die Wertschätzung von Kultur- und Naturlandschaften, die noch nicht durch technische Bauwerke überformt sind, werden ignoriert. Sie behindern angeblich die Energiewende,

gefährden die Planungs- und Versorgungssicherheit. Statt Naturschutzbelange zu würdigen und geltendes Recht zu berücksichtigen, sollen erfolgreiche Instrumente wie die Eingriffsregelung oder die Natura-2000-Richtlinien der EU ausgehebelt oder unterlaufen werden. Das wäre fatal, denn eine sorgfältige Planung und die frühzeitige Bürgerbeteiligung sind für die Akzeptanz der Energiewende entscheidend.

Konfliktmanagement und neue Lösungsansätze fördern

Für einen Umweltverband wie den NABU ist klar, dass die Energiewende nicht am Naturschutz scheitern soll, aber dafür müssen wir einen besseren Umgang bei der Bewertung und Begrenzung der Auswirkungen auf Natur und Landschaft finden. Für die nächste Legislaturperiode schlägt der NABU daher vor, eine Clearingstelle auf Bundesebene für Konflikte einzurichten, die beim Ausbau von erneuerbaren Energien und von Speicher- und Netzinfrastrukturen die Zielvorgaben aus der nationalen

Strategie zur biologischen Vielfalt gefährden. Hier sollte auch ein Naturschutzmonitoring zu den Auswirkungen der Energiewende angesiedelt werden. Bei der Umsetzung und Ausgestaltung der Energiewende auf regionaler Ebene sind gezielt Innovationen zu fördern, die den Wert der dabei genutzten Flächen für die Biodiversität steigern und negative Effekte auf den Natur- und Artenschutz so weit wie möglich vermeiden und verringern. Beispiele dafür sind ein ökologisches Bewirtschaftungskonzept für Stromtrassen, landschaftlich integrierte Kurzumtriebsplantagen und standortgerechte Energiekonzepte.

Der Umweltwissenschaftler Carsten Wachholz ist seit 2006 im Energie- und Klimareferat in der NABU-Bundesgeschäftsstelle in Berlin tätig.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 /
2849841617,
E-Mail:
carsten.wachholz@nabu.de,
www.nabu.de/energie



Forderungen der Klima-Allianz für die Energiewende

Abschalten allein genügt nicht: Wer aussteigt, muss auch richtig einsteigen. Das jedenfalls fordern die 118 Mitgliedsorganisationen der Klima-Allianz Deutschland in einer Einschätzung der Erfolge nach einem Jahr angekündigter Energiewende.

Die Klima-Allianz ist ein breites gesellschaftliches Bündnis von 118 Organisationen aus Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit, Kirchen, Gewerkschaften, Jugend- und Verbraucherschutzverbänden sowie weiteren Initiativen. Sie fordert für das zweite Jahr nach Veröffentlichung des Energiewende-Gesetzespaketes:

- ▶ Sicherheit, Verbindlichkeit und Langfristigkeit der weiteren Planungen in einem deutschen Klimaschutzgesetz festzuhalten;
- ▶ die Energiewende als partizipativen Prozess zu gestalten, der alle gesellschaftlichen Akteure beteiligt und eine transparente Bewertung der Fortschritte ermöglicht;
- ▶ die kurzfristigen Investitionskosten gerade angesichts der mittel- und langfristigen Kosten-

ersparungen sozial ausgeglichen zu teilen und dazu die zahlreichen Vergünstigungen für die Industrie abzubauen;

- ▶ den engagierten Einsatz der Bundesregierung für ein CO₂-Reduktionsziel von 30 Prozent bis 2020 auf europäischer Ebene.

Strom, Netze und erneuerbare Energien: Um den Ausbau der Erneuerbaren fortzuschreiben, braucht es weiterhin ein starkes Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und den von den Erneuerbaren her gedachten Umbau der Stromnetzes und des ergänzenden Kraftwerksparks. Neue Kohlekraftwerke sind für die künftige Stromversorgung nicht nötig.

Verkehr: Deutschland braucht ein verbindliches Klimaschutzziel für den Verkehrssektor, eine ver-

besserte Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, ambitionierte CO₂-Obergrenzen für Pkws und Lkws sowie eine ökologisch ausgerichtete Dienstwagenbesteuerung. Subventionen für den besonders klimaschädlichen Luftverkehr müssen gestrichen werden.

Energieeffizienz und Gebäudesanierung: Die Bundesregierung muss ihren Bekenntnissen zu Sanierungen jährliche Einsparziele folgen lassen und Rahmenbedingungen für die Gebäudesanierung schaffen, die Investoren Planungssicherheit bringen und Wohnraum dauerhaft für alle sozialen Gruppen bezahlbar machen.

- ▶ www.klima-allianz.de
- ▶ www.kohle-protest.de

THEMA

Erfolgreich wirtschaften mit Pflanzenölkraftstoff in der Landwirtschaft

Die Versorgung landwirtschaftlicher Betriebe mit dezentral und umweltfreundlich erzeugtem Kraftstoff aus Pflanzenöl ist trotz der schlechten politischen Rahmenbedingungen möglich. Wie, das will die 11. Fachtagung „Kraftstoff Pflanzenöl“ im Oktober in Dresden-Pillnitz anhand von Beispielen zeigen. Unter anderem stellen bayerische und tschechische Experten ihre ermutigenden Erfahrungen vor.

■ Am 11. und 12. Oktober veranstalten die Bundeskontaktstelle Pflanzenöl der Grünen Liga und das sächsische Landesumweltamt zum elften Mal die Fachtagung „Kraftstoff Pflanzenöl“ in Dresden-Pillnitz.

Etwa vier Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland würden ausreichen, um unabhängig von fossilen Kraftstoffen zu wirtschaften. Die Tagung will zeigen, wie das in der Landwirtschaft trotz widriger politischer Rahmenbedingungen von einigen „Unbelehrbaren“ – allen Unkenrufen zum Trotz – praktiziert wird. Dafür sollen Akteure und Interessierte ins Gespräch kommen.

Hofeigenes Pflanzenöl?

Spannend wird es deshalb gleich zu Beginn, wenn auf einer Podiumsdiskussion die wichtigste Frage diskutiert wird: „Kraftstoff aus Pflanzenöl dezentral und umweltverträglich herstellen: Selbst erzeugter Kraftstoff in der Landwirtschaft – geht das wirklich?“ Das Netzwerk Food – Feed – Fuel

der Stiftung Euronatur will auf der Tagung zeigen, wie unter der Überschrift „Wir füttern unsere Schlepper selbst!“ dezentral erzeugter Pflanzenölkraftstoff für die Landwirtschaft die regionale Wertschöpfung verbessern und zur Versorgungssicherheit beitragen kann.

Gespannt sind die Organisatoren auf den Bericht des Technologie- und Förderzentrums Straubing über Langzeiterfahrungen mit Rapsöltraktoren auf staatlichen Gütern in Bayern sowie auf die Vorstellung der Arbeit der Fachausschüsse Ökologie, Europa und Energie des neu formierten Bundesverbandes dezentraler Ölmühlen und Pflanzenöltechnik (BDOel). Im Programm ist außerdem ein Abstecher in das benachbarte Fachgebiet der Ölgewinnung aus Algen.

Besonders freuen sich die Veranstalter, diesmal auch mit Partnern aus Tschechien zusammenzuarbeiten. Der Umweltverband Zelený kruh aus Prag und der Tschechische Biomasseverband wollen berichten, wie das

staatliche Programm zur Unterstützung von Biokraftstoffen zu einem Marktaufschwung im Nachbarland geführt hat und warum Biokraftstoffe dort – anders als in Deutschland – konkurrenzfähig sind. Das Institut für angewandte Ökologie Daphne aus České Budějovice will der Frage nachgehen, wie dabei Biokraftstoffe und Biodiversität zusammengehen können.

Eine Führung durch den Schlosspark und das Schlossmuseum Pillnitz und eine Ausstellung mit der Präsentation von Verbänden, Institutionen und Firmen runden das Programm ab. Die langjährigen Organisatoren von der Grünen Liga freuen sich wieder auf interessante Begegnungen, neue Kontakte und anregende Diskussionen.

[Michel Matke]

- ▶ www.kraftstoffpflanzenoel.de
- ▶ Grüne Liga, Bundeskontaktstelle Pflanzenöl, Michel Matke, Ronald May, Dresden, Tel. +49 (0)351 / 4943352, +49 (0)176 / 70827676, E-Mail: ronald.may@grueneliga.de

Radtour & Aktionen für Bauernhöfe statt Agrarindustrie

MACHT EUCH MIT AUF DEN WEG NACH BRÜSSEL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT!

TOURDATEN:

25.8. München	30.8. Trochtelfingen	08/09.9. Saarbrücken
26.8. Wilpersberg	31.8. Rosenfeld	12/13.9. Luxemburg
27.8. Augsburg	01.9. Rosenfeld	19.9. Brüssel
28.8. Günzburg	02.9. Bad Dürkheim	
29.8. Ulm	05.9. Kehl/Straßburg	



GOOD FOOD MARCH 2012

www.goodfoodmarch.eu

EU-AGRARPOLITIK
GEHT ALLE AN!



DNR INTERN

Finanzkrise

„Der Politik fehlt der Mut zum Umbau“

■ Der Deutsche Naturschutzring hat sich besorgt über die programmatische Schwäche der Politik gezeigt. Diese sei beim Erdgipfel in Rio genauso zutage getreten wie im Umgang mit der Schuldenkrise, bemängelte der Dachverband im Juli. Statt die Ursachen der Krisen zu bekämpfen und zu einer Politik der Nachhaltigkeit zu kommen, reagiere die Politik mit Notprogrammen, ohne dass Besserung in Sicht sei. „Es läuft etwas grundsätzlich falsch“, sagte DNR-Präsidiumsmitglied Sebastian Schönauer. „Die Umwelt- und Naturschutzverbände müssen widersprechen, wenn Rettungsschirme und bloße Sparpolitik als nachhaltig bezeichnet werden. Nachhaltigkeit gibt es nicht ohne gezielte Investitionen in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft und mehr soziale Gerechtigkeit. Davon ist nichts zu sehen.“

Stattdessen erlebe man eine Auseinandersetzung zwischen den Konzepten von vorgestern und von gestern, so der DNR: „Weder die deutsche Austeritätspolitik, die unser Land in der EU in die Isolation treibt und unter der auch die deutschen Sparer wegen niedriger Zinsen leiden, noch das Wiederaufleben der alten Wachstumspolitik können eine Antwort sein.“ Seit Anfang der 1980er-Jahre sei mit einer Politik der Deregulierung versucht worden, zu höheren Wachstumsraten zurückzukehren. Statt zu einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung habe dies aber zu einer Aufblähung der Finanzmärkte, mehr sozialer Ungleichheit und ökologischen Problemen geführt.

„Europa rutscht von einer Krise in die nächste, weil die große Leitidee der Nachhaltigkeit nicht umgesetzt wird“, sagte DNR-Präsidiumsmitglied Michael Müller. „Wir brauchen eine Europäische Kreditanstalt für Wiederaufbau, die systematisch die Investitionen in eine nachhaltige Wirtschaft fördert.“ Die Ausstattung müsse

bei mindestens 100 Milliarden Euro liegen, die unter anderem aus Subventionsabbau, EU-Strukturfondsmitteln und nationalen Beiträgen zu finanzieren sei.

Eine nachhaltige Entwicklung erfordert nach Ansicht des DNR eine Beendigung des Finanzkapitalismus. Dieser habe zu einer Ökonomie der Kurzfristigkeit geführt, die die soziale, ökonomische und ökologische Substanz auszehre. Gefordert werde nun aber entweder Sparpolitik oder Wachstumspolitik. Das vertiefe die soziale Spaltung und den wirtschaftlichen Niedergang oder führe zur völligen Abhängigkeit von den Banken. „Ein Programm zur Ökologisierung von Wirtschaft und Technik führt aus der Krise“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. „Das ist der dritte Weg, der den Menschen wieder eine Perspektive gibt.“ [mb]

- ▶ DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Deutscher Naturschutztag

Naturschutz in Zeiten der Energiewende

■ Vom 17. bis 21. September findet in Erfurt der 31. Deutsche Naturschutztag (DNT) statt. Der zweijährliche DNT ist der größte und einflussreichste Fachkongress für den beruflichen und ehrenamtlichen Naturschutz. Die TeilnehmerInnen wollen in diesem Jahr vor allem über Energie- und Naturschutzpolitik diskutieren.

„Die Energiewende wird von den Natur- und Umweltschutzorganisationen mitgetragen“, bekräftigte der Vizepräsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Hartmut Vogtmann vor dem Kongress. Dazu müssten aber beim Ausbau der erneuerbaren Energien die Naturschutzanliegen angemessen und frühzeitig berücksichtigt werden. Dass dies möglich sei,

zeigten erste vielversprechende Beispiele. Der DNR ist neben dem Bundesverband Beruflicher Naturschutz und dem Bundesamt für Naturschutz Mitveranstalter des DNT. In diesem Jahr kommt das Umweltministerium von Thüringen als gastgebendem Bundesland hinzu.

Die Themenschwerpunkte entsprechen dem Kongresstitel „Neue Energien – neue Herausforderungen“:

- ▶ Wind- und Wasserkraft, zum Beispiel Windanlagen „im“ und über Wald;
- ▶ Ausbau der Energienetze, Pläne für Pumpspeicherkraftwerke;
- ▶ Chancen und Risiken von Biomasse;
- ▶ rechtlicher Rahmen und gesellschaftliche Aspekte der Energiewende;
- ▶ Wald im Spannungsfeld zwischen Rohstoff- und Energieversorgung.

Staatliche und ehrenamtliche Institutionen wehrten sich dagegen, wenn der Naturschutz als Verhinderer der Energiewende bezeichnet oder Naturschutzargumente für Partikularinteressen missbraucht würden, erklärten die Veranstalter. In Verantwortung für kommende Generationen müssten eine sichere, regenerative Energieversorgung und der Klimaschutz gemeinsam mit dem Schutz der biologischen Vielfalt und der Landschaft erreicht werden. „Wie das praktisch gehen kann – dazu wird der Naturschutztag einen Beitrag leisten.“ [mb]

- ▶ www.deutscher-naturschutztag.de
- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Internationale Tagung

Kommunikation, Bildung und Partizipation im Klimaschutz

■ Am 29. und 30. November veranstaltet das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) in Berlin eine Tagung über erfolgreiche Wege zum Klimaschutz. Was können weiche Faktoren wie Kommunikation, Bildung und Partizipation erreichen? Welche Stärken und Schwächen haben Methoden, Medien und Projektansätze, wo gibt es Forschungsbedarf? Solche Fragen sollen im

Mittelpunkt stehen. Neben Vorträgen bietet die englischsprachige Tagung in Workshops die Möglichkeit zum internationalen Austausch. In die Tagung fließen auch die Ergebnisse eines sozial-ökologischen Forschungsprojekts in Großbritannien, Dänemark, Tschechien, den USA, Deutschland und China ein. [fs, mb]

► www.ufu.de/en/environmental-law/conference

Klimacamps

Erstmals an allen Standorten

■ Zum ersten Mal wird es dieses Jahr in allen drei wichtigen deutschen Braunkohlerevieren Klimacamps geben (siehe S. 44).

Anfang August findet das Klimacamp in Manheim bei Köln statt. Das Rheinische Braunkohlerevier ist die größte CO₂-Quelle Europas. „Wenn wir jetzt nicht handeln, wird im Rheinland noch mindestens bis 2045 Braunkohle abgebaut und verfeuert, sagte Patrick Stötzl von der Kampagne AusgeCO₂hlt, die das Camp organisiert.

Mitte August folgt ein Klima- und Energiecamp in Cottbus. In der Lausitz baut Vattenfall Braunkohle ab und will für sein Kraftwerk in Jänschwalde, das zweitgrößte Deutschlands, einen weiteren Tagebau aufschließen. Drei Dörfer mit 900 Einwohnern sollen abgebagert werden. Der dringend notwendige sozialverträgliche Umbau des Energiesystems in der kohleabhängigen Region bleibe dabei auf der Strecke, heißt es im Aufruf zu dem Camp. Dagegen wollen die AktivistInnen sich zur Wehr setzen.

In Hohenmölsen bei Leipzig wollen KohlegegnerInnen Ende August gegen das mitteldeutsche Kohlerevier protestieren, wo die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft (Mibrag) Investoren für ein neues Kohlekraftwerk sucht. Das Camp soll vor allem den Protest gegen die Kraftwerks- und Tagebaupläne der Mibrag vernetzen.

Schon im vergangenen Jahr hatten bei Köln und Cottbus Klimacamps mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen stattgefunden. Die Camps bieten Raum für Workshops, Austausch und Diskussion über Al-

ternativen zu Kohle und Atom und fördern basisdemokratische Organisation. Auch Aktionen und Demos gehören zum Programm. [cs, am]

- Cottbus: www.lausitzcamp.info
- Hohenmölsen: www.zukunftsbund-luetzen.de
- Manheim: www.klimacamp.ausgeco2hlt.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Neumarkter Nachhaltigkeitspreis

Ehrenpreis für Beate und Hubert Weinzierl

■ Die Brauerei Neumarkter Lammsbräu hat Ende Juni zum elften Mal ihren bundesweit renommierten Nachhaltigkeitspreis verliehen. Der Ehrenpreis ging in diesem Jahr an Beate Seitz-Weinzierl und Hubert Weinzierl für ihr Engagement in der Umweltbildung. DNR-Präsident Hubert Weinzierl, langjähriger Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern (BN) und des BUND, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Umweltschutz in Deutschland ein erstrangiges politisches Thema wurde. Die Theologin und Journalistin Beate Seitz-Weinzierl leitete das Bildungswerk des BN und baute mit ihrem Mann 25 Jahre lang das Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden in Niederbayern auf.

Herbert Fuehr von den Nürnberger Nachrichten erhielt den Preis in der Kategorie Medien. Bei den Unternehmen wurde die Gepa ausgewählt. Auch das Naturschutzzentrum Wengleinpark bei Nürnberg erhielt einen Preis. Die Biologin Christine von Weizsäcker wurde für ihren weltweiten Einsatz gegen Gentechnik geehrt. Jeder Preis ist mit 2.500 Euro dotiert. Die seit 2002 verliehene Auszeichnung der oberpfälzischen Ökobrauerei ist einer der wichtigsten deutschen Umweltpreise. [mb]

- Neumarkter Lammsbräu, Kathrin Moosburger, Tel. +49 (0)9181 / 404-27, www.lammsbraeu.de/verantwortung/nachhaltigkeitspreis

Atomgefahren

Gelbe Oscars für beste Filme

■ Beim 2. Uranium Film Festival im Juni und Juli in Rio de Janeiro haben drei Filme aus den USA, Schweden und Deutschland den „Gelben Oscar“ erhalten. Die 54 Filme im Wettbewerb befassten sich mit allen Aspekten der Atomkraft, wie Uranbergbau, Atombombentests und radioaktive Risiken. Man wolle weltweit das Bewusstsein für nukleare Gefahren in Medien und Gesellschaft schärfen, mutige Filmemacher fördern und neue Produktionen anregen, sagte Festivaldirektor Norbert Suchanek. Der deutsche Beitrag „Leonids Geschichte“ von Rainer Ludwigs beschreibt die Tschernobyl-Katastrophe als animierte Collage aus der Sicht einer Familie aus einem Dorf neben dem Reaktor. Das Festival geht nun mit den besten Filmen auf Reisen. Erste Station wird im Oktober Berlin sein. [cs]

- Norbert Suchanek, Rio de Janeiro, Tel. +55 21 / 72076704, www.uraniumfilmfestival.org

Deutscher Naturschutzpreis

Endspurt für den Bürgerpreis

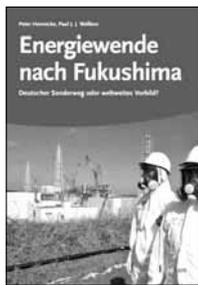
■ Am 26. August endet die Bewerbungsfrist für den Bürgerpreis des Deutschen Naturschutzpreises. Der Preis fördert ehrenamtliche lokale Naturschutzinitiativen. Zur Teilnahme genügt eine einfache Online-Bewerbung mit einer Idee für ein Kleinprojekt und einem Paten, der sich für das Projekt „verbürgt“. Die 20 besten Ideen werden im Oktober durch eine öffentliche Internetabstimmung ermittelt und erhalten je 2.000 Euro Preisgeld. Der diesjährige Wettbewerb hat das Motto „Stadt braucht Natur“. Pluspunkte gibt es für Kooperations- und Vorbildprojekte. Der vom Bundesamt für Naturschutz ausgelobte Preis wird auch noch als Förder- und Ehrenpreis verliehen. Das von Jack Wolfskin gestiftete Preisgeld von 250.000 Euro dient der Umsetzung der Projekte. Die Preisverleihung findet Ende Oktober in Bonn statt. [mb]

- www.deutscher-naturschutzpreis.de

REZENSIONEN

Dem historischen Selbstbetrug ins Auge sehen

Zu Fukushima und den Folgen ist schon eine Reihe von Büchern erschienen – über das Erleben vor Ort oder über die japanische Art des Umgangs mit der Katastrophe. Dies aber ist ein Buch über die Fernwirkungen von Fukushima, über einen möglichen weltweiten Dominoeffekt.



■ Dieses Buch kommt zur rechten Zeit. Zwei Autoren mit großer fachlicher Kompetenz und schriftstellerischer Begabung haben es geschrieben, der langjährige Präsident des Wuppertal-

Instituts Peter Henricke und der Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Beziehungen Paul J. Welfens. Sie haben den Text vollgepackt mit historischen Fakten und ökonomischen Daten, mit Beschreibungen politischer Machtspiele und strategischen Überlegungen. Alles in der Absicht, die Perspektiven einer Energiewende in Deutschland festzumachen und nach den Multiplikatoren für eine globale Energiewende Ausschau zu halten. Es geht ihnen um die „Große Transformation“ ins postfossile Zeitalter ohne Atom, um den Übergang ins Solarzeitalter.

Das Buch hat einen Untertitel mit einem Fragezeichen: „Deutscher Sonderweg oder weltweites Vorbild?“ Es ist aber kein Geheimnis, dass es den Autoren keineswegs um einen Sonderweg geht. Sie wollen Deutschland vielmehr zu einem Vorbild für die globale Energiewende machen. Einen semantischen Erfolg kann man auch schon vermelden: Die New York Times unternimmt neuerdings keinen Versuch mehr zur Übersetzung des deutschen Begriffs – „Energiewende“ ist inzwischen in den amerikanischen Sprachschatz aufgenommen worden, so wie „Kindergarten“ und „Rucksack“.

Die Autoren sind aber Realisten, und so haben sie auch zweifelnde Fragen, ob die Energiewende in Deutschland wirklich gelingen wird und ob die Nachbarn im Westen (Frankreich), im Osten (Polen) und auch im Fernen Osten (Japan) mit-

ziehen werden. Sie geben sogleich eine Antwort: Ein Sonderweg Deutschlands nütze wenig, „gesucht wird vielmehr ein Königsweg für eine globale Energiewende: finanzierbar und mittelfristig effizient, organisatorisch gut vorbereitet und ohne zwischenzeitlichen Zusammenbruch der Stromversorgung“.

Den Wendeskeptikern, den Kohlelobbyisten und den Atomfreunden legen die Autoren eine provokante These in den Weg: Die weltweite enorme Unterversicherung, die mangelnde Haftpflicht der Atomkraftwerke und das weitgehende Ignorieren der sozialen und ökologischen Kosten der fossilen Energieträger Kohle und Gas seien historische Gauklertricks gewesen. Sie sprechen im einen Fall gar von einer Lebenslüge: Die Förderung der Atomtechnik sei der größte Selbstbetrug in der Wirtschaftsgeschichte. Ohne die künstliche Verbilligung des Atomstroms (und des Kohlestroms) bedürfte es auch keiner Subventionierung erneuerbarer Energien.

Nicholas Sterns These von 2006, der Klimawandel symbolisiere das größte Marktversagen der Geschichte, hat einen enormen Impuls für die internationale Klimaökonomie und Klimapolitik gegeben. Ob die These der Professoren Henricke und Welfens von 2012 über den größten Selbstbetrug der Wirtschaftsgeschichte einen ähnlichen Impuls für die internationale Energiedebatte geben wird? Dazu müsste das voluminöse Buch, in kleiner Schrift gesetzt und damit fast doppelt so lang als in Seiten ausgewiesen, erst einmal von vielen Wissenschaftlern und Laien gelesen und möglichst auch ins Englische übersetzt werden.

[Udo E. Simonis]

► Henricke, P.; Welfens, P. J.: Energiewende nach Fukushima. Deutscher Sonderweg oder weltweites Vorbild? oekom, München 2012, 284 S., 29,95 €, ISBN 978-3-86581-318-3

Experiment plastikfreie Zone

Enthusiastisch hat sich Sandra Krautwaschl in ein einmaliges Experiment gestürzt. Sie will ohne Plastik leben – mit der ganzen Familie. Aber wo kauft man dann Spaghetti?



■ Da haben sich Sandra Krautwaschl und ihre Familie – Ehemann, drei Kinder, eine Katze und zwei Meerschweinchen – aber eine Menge vorgenommen: ein Leben ohne Plastik. Zahnbürsten? Aus Plastik!

Innenseiten von Schraubglasdeckeln? Kunststoffbeschichtet! In Papier verpacktes Klopapier? Fehlanzeige! Und beim Einkaufen sollte auf keinen Fall das Auto öfter benutzt werden, nur um ein plastikfreies Produkt zu erstehen.

Ausgelöst hatte das ursprünglich nur für einen Monat geplante Experiment der Film „Plastic Planet“ des österreichischen Filmautors Werner Boote (umwelt aktuell, 03.2010, S. 11). Der Film zeigt erschreckend eindringlich, wie viel Plastikmüll in den Meeren treibt, welche Gifte sich aus Kunststoffprodukten lösen können und wie der Siegeszug von Polystyrol und anderen Stoffen unsere Welt verändert hat.

Mit viel Tatkraft startet die Familie den Versuch, ohne Plastik auszukommen – und stößt an immer mehr Hindernisse. Da gibt es Hygienevorschriften, die zwar keinen Schmutz an Produkte lassen, aber nichts gegen das Eindringen von Weichmachern durch die Verpackung in Lebensmittel einzuwenden haben. Und wer hat schon jemals Spaghetti gekauft, die nicht in Kunststoff verpackt waren? „Nudelmisere und andere Schwierigkeiten“ nennt das die Autorin. Bioläden und Reformhäuser sind auch keine Paradiese für experimentierfreudige Plastikverweigerer, wie sie anfangs naiv angenommen hatte. Konventionellen Zucker gibt es in Papier, Biozucker nur in Plastik. Kompromisse mussten her, sollte die schlechte Laune nicht Einzug hal-

soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 21 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 21,50 (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien

soziale technik
Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/813909-11
E-mail: reinhard.waechter@ifz.aau.at
Web: www.ifz.aau.at/sote

ten – wenigstens bei den Verschlussdeckeln galt es ein Auge zuzudrücken, sollte das Experiment nicht an Prinzipienreiterei scheitern. Auch paar- und familienbezogen gibt es wunde Punkte zu überwinden – sie sammelt Tupperware, er als Elektrofachmann Einzelteile aller Art. Und die aus Kunststoff bestehende Ritterburg des Jüngsten darf natürlich auf keinen Fall entsorgt werden.

Bekanntere reagieren mit Skepsis, Belustigung, aber auch Ermutigung. Und dank einer plastikfreien Geburtstagsfeier zum Start fühlen sich alle aufgerufen, die Krautwaschls zu unterstützen. Nicht zuletzt der Kontakt zu Filmregisseur Boote und Produzent Thomas Bogner hilft die Anfangszeit durchzustehen. Begleitet durch eine Internetseite und ein tägliches Blog, wo auch kommentiert werden kann, läuft das Projekt nun schon seit zweieinhalb Jahren.

Das Buch ist Teil dieses Experiments. Es beschreibt oft amüsant die Veränderungen, die im Alltag Einzug hielten, und liefert zahlreiche Tipps für die Praxis. Nachdenklich machen Passagen, die vom „Jahrhundert des Verpackungswahns“ handeln und von dem westlichen Lebensstil, wo alle „haben wollen müssen“, um nicht als Spaßverderber dazustehen. Sobald sich die Familie mit einem Problem beschäftigt, kommen neue hinzu. Bei näherer Recherche diverser Inhaltsstoffe besonders bei Reinigungsmitteln und Kosmetikprodukten stellt sich heraus, dass die Verpackung das geringste Problem ist. Inzwischen sind die Krautwaschls auch dazu übergegangen, sich fleischlos zu ernähren.

Nach wie vor gibt es „Plastikprobleme“, etwa den Mangel an offen verkauften Kartoffelchips und Mozzarella oder Kleidung mit versteckten Kunststoffanteilen. „Substanzielle Veränderungen wird es wahrscheinlich erst geben, wenn die Masse ihre Konsumgewohnheiten ändert“, resümiert die Autorin. Fangen wir also an. Einiges geht ganz leicht. Tipps gibt es im Anhang des Buches und im Internet.

[Juliane Grüning]

► Krautwaschl, S.: Plastikfreie Zone. Wie meine Familie es schafft, fast ohne Kunststoff zu leben. Heyne, München 2012, 288 S., 8,99 €, ISBN 978-3-453-60229-8. www.keinheimfuerplastik.at

Atlas der Ungerechtigkeiten



„An der Nordseeküste angeschwemmte tote Eissturmvögel hatten im Schnitt 44 Plastikteile im Magen. An britischen Stränden wurde festgestellt,

dass jedes zehnte Sandkorn in Wahrheit ein Plastikkrümel ist.“ Erschreckende Zahlen und Fakten über Umwelt, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft hält der „Beschissatlas“ für seine Leser bereit. Im Vorwort schreiben Autorin Ute Scheub und Zeichnerin Yvonne Kuschel, dass sich Menschen eigentlich nur Zahlen vorstellen können, die ihnen im Alltag begegnen. Für Milliarden und Billionen fehlt uns die Relation. Das Buch versucht stattdessen, die komplexen Zusammenhänge durch Vergleiche und aussagekräftige Darstellungen zu vermitteln. Künstlerische Illustrationen ersetzen die aus Lehrbüchern bekannten trockenen Diagramme und Tabellen.

Thematisch sortiert, geht es im Buch um die diversen Missstände in der Welt. Gezeigt werden oft die betroffenen Menschen in ihren misslichen Lagen. Viele der kunstvollen, aber teils drastischen Zeichnungen übertreffen Fotos oder einfache Bilder, wie man sie aus Büchern kennt.

Nach jedem Kapitel folgt ein Abschnitt mit Handlungsalternativen. Das sind keine langen rhetorischen Fließtexte, sondern kurze Tipps und Verbesserungsvorschläge. Ein umfangreiches Quellenverzeichnis vervollständigt das Werk, doch weisen die Autorinnen selbst darauf hin, dass alle Angaben der Überprüfung bedürfen.

Es handelt sich keinesfalls um leichte, schnelle Lektüre. Der Atlas kann und will keine Patentlösungen bieten. Vielmehr regt er zum Nachdenken darüber an, wie es wirklich um die Welt steht. Schließlich haben wir nur diese eine.

[Menina Krienke]

► Scheub, U.; Kuschel, Y.: Beschissatlas. Zahlen und Fakten zu Ungerechtigkeiten in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Ludwig, München 2012, 208 S., 19,99 €, ISBN 978-3-453-28037-3

Umweltschadensgesetz

■ „Umweltschadensgesetz“ von Erich Gassner und Hans-Joachim Schemel ist in zweiter Auflage erschienen. Mit dem Gesetz wurde 2007 die EU-Umwelthaftungsrichtlinie umgesetzt. Das Buch wendet sich an alle, die mit Umweltschäden konfrontiert sind: Verwaltungsbehörden, Gerichte, Rechtsanwälte, Versicherungsgesellschaften, Umweltverbände, Planungsbüros oder Studierende. Das Gesetz wird in rechtlicher und fachlicher Hinsicht erläutert, wobei besonderes Gewicht auf Praxisbeispiele gelegt wird. Das Werk ist systematisch aufgebaut, sodass sich ein Schritt aus dem anderen ergibt – bis hin zu Verwaltungsvollstreckung und Rechtsschutz.

Gassner leitete viele Jahre das Referat „Eingriffe in Natur und Landschaft“ im Bundesumweltministerium. Heute ist er als Rechtsanwalt mit Umwelt- und Planungsrecht befasst. Schemel ist Landschaftsarchitekt und Stadtplaner und seit 1983 mit einschlägigen Gutachten und Forschungsprojekten betraut. **[Norbert Wilke]**

- ▶ Gassner, E.; Schemel, H.-J.: Umweltschadensgesetz. Darstellung. 2. Auflage. Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden 2012, 154 S., 29,- €, ISBN 978-3-8293-0992-9

Samen der Freiheit

■ „Seeds of Freedom“ ist ein Film über die Geschichte des Getreidekorns. Dabei geht es vor allem um die Entwicklung der letzten 100 Jahre und den Einfluss, den Chemiefirmen wie Bayer, BASF und Monsanto durch Genmanipulation auf die Landwirtschaft gewonnen haben. In dem halbstündigen Film mehrerer Nichtregierungsorganisationen werden unter anderem Bauern, Trägerinnen des alternativen Nobelpreises und Parlamentsabgeordnete interviewt. Dabei zeigt die gelungene englischsprachige Dokumentation auch, wie es weitergehen kann: Der Schritt zu alten Getreidesorten, die nicht genmanipuliert sind, ist ein Schritt nach vorn. **[Clemens Schwanhold]**

- ▶ www.seedsoffreedom.info

INTERNET

Japan nach Fukushima

■ Einen Monat nach der Dreifachkatastrophe rund um Fukushima haben sich die Japanologie-Lehrstühle der Universitäten in Leipzig, Frankfurt am Main und Zürich zusammengenommen, um die japanische Debatte um die Atomkraft ins Deutsche zu übertragen. Seitdem übersetzen die MacherInnen der Homepage viele Texte, um die unterschiedlichen japanischen Standpunkte vorzustellen. Auch Gedichte, Videos und Hörbeiträge japanischer Aktivisten werden präsentiert. Neben den Geschehnissen seit März 2011 stellt die Website auch die japanische Antiatomszene seit dem Bau des ersten AKWs im Land vor. Obwohl die Seite im ersten Moment etwas textlastig wirkt, findet sich schnell Interessantes wie ein Anti-AKW-Wörterbuch oder Videos von Demonstrationen. **[cs]**

- ▶ www.textinitiative-fukushima.de

Europa lebt auf zu großem Fuß

■ Der BUND und seine europäischen Partner von Friends of the Earth fordern mit einer Unterschriftenaktion von der EU, ihren Flächenverbrauch zu senken. 60 Prozent der Flächen, die Europa benötigt, um seinen Hunger nach Fleisch und Rohstoffen zu stillen, liegen heute auf anderen Kontinenten. Dort steigen bereits die Nahrungsmittelpreise. Ziel der Aktion ist es, den EU-Flächenverbrauch mithilfe des sogenannten Land-Footprint zu berechnen und zu überwachen. Der Landfußabdruck ist die Fläche, die ein Land weltweit für die Produktion all seiner konsumierten land- und forstwirtschaftlichen Produkte beansprucht. Die Unterschriften gehen an eine EU-Expertengruppe, deren Empfehlungen 2013 in quantitative Ziele zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs einfließen sollen. **[cs]**

- ▶ www.bund.net/?15402
- ▶ www.foeeurope.org/sustainable-land-consumption-action

Impressum

umwelt aktuell August/September 2012
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hhi] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Daniel Hiss [dh], Lavinia Roveran [lr], Clemens Schwanhold [cs], Fabian Stolpe/UfU [fs], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 48

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel); Bettina Keller (S. 3). **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang.

Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -67570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

AUGUST

03.–12.08., Manheim bei Köln (D)
Klimacamp im Rheinland 2012
 ▶ AusgeCO₂ht, Tel. +49 (0)1578 /

6822040, E-Mail: info@ausgeco2hlt.de, www.klimacamp.ausgeco2hlt.de (siehe S. 40)

11.–19.08., Cottbus (D)

Lausitzer Klima- und Energiecamp

▶ Martin Dotzauer, Tel. +49 (0)174 / 6129017, E-Mail: info@lausitzcamp.info, www.lausitzcamp.info (siehe S. 40)

13.08., Köln (D)

Migrantenlandschaften. Wahrnehmung und Prägung von Landschaften durch Gruppen mit Migrationshintergrund. Workshop

▶ Bund Heimat und Umwelt, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 224091, Fax 215503, E-Mail: bhu@bhu.de, www.bhu.de, www.kurzlink.de/migrantenlandsch.pdf

17.–19.08., Ammersbek bei Hamburg (D)

Zukunftsfähig essen. Weniger Fleisch in der Gemeinschaftsverpflegung. Seminar

▶ Agrarkoordination, Julia Sievers-Langer, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 392526, Fax 39900629, E-Mail: julia.sievers@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

20.–26.08., Hohenmölsen bei Leipzig (D)

Klima-Camp Hohenmölsen

▶ Netzwerk Zukunft statt Braunkohle, E-Mail: info@zukunftsbund-luetzen.de, www.zukunftsbund-luetzen.de (siehe S. 40)

23.–25.08., Hamburg (D)

Grün Macht Geld – Sport Macht Grün. Kongress

▶ Internationale Gartenschau, Mareike Reetz, Tel. +49 (0)40 / 2263198-106, E-Mail: fachkonferenz@igs-hamburg.de, www.igs-hamburg.de

25.08.–05.09., München (D) – Brüssel (B)

Good Food March. Fahrradtour

▶ Meine Landwirtschaft, Regine Holloh, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482437, E-Mail: holloh@meine-landwirtschaft.de, www.meine-landwirtschaft.de (siehe S. 38)

SEPTEMBER

04.–05.09., Brüssel (B)

7. Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen

▶ Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 24047146, www.gmo-free-regions.org

06.09., Suderburg bei Uelzen (D)

21. Altlastentag Hannover. Forum für Boden- und Grundwasserschutz

▶ Landeshauptstadt Hannover/Hochschule Ostfalia, Karoline Eggert, Tel. (0)511 / 95437-0, E-Mail: info@eggertgwk.de, www.altlastentag.de

13.09., Berlin (D)

Energiewende: Gut vernetzt? Wie die Transformation des Energiesystems gelingen kann. Jahrestagung

▶ Öko-Institut, Romy Klupsch, Freiburg, Tel. +49 (0)761 / 45295-224, E-Mail: event@oeko.de, www.oeko.de

13.09., Berlin (D)

Rohstoffe für die Reichen – Lebensbedingungen der Armen. Hearing

▶ Brot für die Welt, Misereor, www.oelbiographien.de

14.09., Berlin (D)

Ohne Moos nichts los!? Wege zur Finanzierung des Strategischen Plans der CBD bis 2020. Fachtagung

▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Sabine Spilles, Tel. +49 (0)30 / 6781775-92, E-Mail: spilles@forumue.de, www.forumue.de

14.09., Berlin (D)

Genderperspektiven nach Rio+20: Strategien für die Zukunft, die WIR wollen. Fachgespräch

▶ LIFE e.V., Ulrike Röhr, Tel. +49 (0)30 / 308798-35, E-Mail: roehr@life-online.de, www.genanet.de/greeneconomy.html

17.–18.09., Hannover (D)

6. Fahrradkommunikationskonferenz

▶ Difu, Johanna Theunissen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 39001132, fahradakademie@difu.de, www.fahradakademie.de

17.–21.09., Erfurt (D)

Neue Energien – neue Herausforderungen. Naturschutz in Zeiten der Energiewende.

31. Deutscher Naturschutztag

▶ BBN; BfN; DNR, Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.deutscher-naturschutztag.de (siehe S. 39)

19.–21.09., Bibow bei Schwerin (D)

Kooperationen für Klimaschutz und Kulturlandschaft. Deutscher Landschaftspflegeverband

▶ Deutscher Verband für Landschaftspflege, Liselotte Unselde, Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 4653-3545, Fax -3550, www.landschaftspflegeverband.de

24.09.–03.10., bundesweit (D)

Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2012

▶ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 62980-120, Fax -9183, E-Mail: aktionswoche@b-b-e.de, www.engagement-macht-stark.de

28.09., Wiesbaden (D)

Nachhaltige Mobilität in der Stadt. Symposium

▶ Hochschule RheinMain, Institut Weiterbildung im Beruf, Julia Guttman, Tel. +49 (0)611 / 9495-3165, Fax +49 (0)611 / 9495-3146, E-Mail: julia.guttman@hs-rm.de, www.hs-rm.de/iwib

28.09., Berlin (D)

Grüner Handel – rosige Zeiten? Klima- und entwicklungspolitische Perspektiven der deutschen und europäischen Handels- und Investitionspolitik. Fachtagung

▶ Forum Umwelt und Entwicklung u. a.; Germanwatch, Marco Klemmt, Tel. +49 (0)30 / 2888356-86, Fax -1, E-Mail: klemmt@germanwatch.org, www.germanwatch.org

28.09., Hamburg (D)

Ratschlag: 50 Jahre Pestizidpolitik. Bausteine für eine gesunde Welt für alle. Konferenz

▶ Pestizid Aktions-Netzwerk, Carina Weber, Tel. +49 (0)40 / 3991910-23, E-Mail: workshop@pan-germany.org, www.pan-germany.org

OKTOBER

11.–12.10., Dresden (D)

11. Fachtagung Kraftstoff Pflanzenöl

▶ Grüne Liga, LFÜLG, Zelený kruh; Ronald May, Tel. +49 (0)351 / 4943-352, Fax -450, E-Mail: ronald.may@grueneliga.de, www.kraftstoffpflanzenoel.de (siehe S. 38)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Hochschulstudium

Nachhaltigkeit (B. A.)?

Von der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana-Universität Lüneburg über die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde bis zum Graduiertenkolleg Nachhaltigkeit an der Katholischen Universität Eichstätt: Im Bereich Nachhaltigkeit bewegt sich deutschlandweit einiges an den Universitäten.

□ Bachelor oder Master, Sommeruniversität und Virtuelle Akademie – das universitäre Bildungsangebot war nie so vielfältig wie jetzt. Vielfalt aber schürt auch Ängste bei den Abiturienten: Selbst wenn die Schulabgänger ihr Möglichkeitenspektrum eingegrenzt haben und mit dem Themenkomplex Nachhaltigkeit liebäugeln, stehen sie vor einer Vielzahl neuer Möglichkeiten. Ein technischer oder naturwissenschaftlicher Studiengang mit Schwerpunkt erneuerbare Energien – oder doch lieber Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als Spezialisierung in einem sozialen Studium oder als Teil des Lehramts? Die breit gefächerten Inhalte von Nachhaltigkeit spiegeln sich auch in den Curricula der Universitäten wider.

Das Hochschul-Informationssystem HIS hat für die Studie „Erwartungen, Entscheidungen und Bildungswege“ Abiturienten nach ihren Zukunftsplänen gefragt: Ein halbes Jahr vor dem Abschluss hatten weniger als zehn Prozent einen festen Plan für ihre Zukunft. Der Mehrheit bereitet die unabsehbare Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die unüberschaubare Menge an Ausbildungen und Studiengängen, mangelnde Beratung für Studium und Beruf und die Angst, ihre Ausbildung nicht finanzieren zu können, ernsthafte Sorgen.

Orientierungshilfen

Auch wenn ein übersichtlicher, deutschlandweiter Kompass für Nachhaltigkeitsstudiengänge noch nicht zur Verfügung steht, gibt es einige Fixsterne. Der Online-Leitfaden „Studium und Forschung zur Nachhaltigkeit“⁽¹⁾ stellt über 300 Studienangebote sowie Forschungseinrichtungen vor, die sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausrichten. Auch wenn die Liste nicht auf dem allerneuesten Stand ist, erleichtert sie mit detaillierten Infor-

mationen, Schlagwortsuche und Deutschlandkarte die Suche.

Für alle, die sich neben Studium oder Beruf im Bereich BNE weiterqualifizieren möchten, sind die ANU-Landesverbände gute Ansprechpartner. Bundesweit führen sie oder ihre Mitglieder regelmäßig Seminare, Fort- und Weiterbildungen durch. Für den hochaktuellen Bereich erneuerbare Energien bietet der Wissenschaftsladen Bonn im Rahmen der „Allianz für

THEMENHEFT: NACHHALTIG LERNEN

Zukunftsberufe“ eine gute Übersicht über Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, ergänzt durch den Selbsttest „Taste EE“ und Materialien für Lehrkräfte.⁽²⁾ Einen Überblick über Nachhaltigkeit in der Hochschullandschaft gibt die im Februar erschienene Broschüre „Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung“⁽³⁾ der Deutschen Unesco-Kommission.

Studentische Nachhaltigkeitsinitiativen

Auch wenn ihr Studiengang kein „nachhaltig“ im Titel trägt, können sich Studierende in diesem Bereich engagieren. Die Zahl der studentischen Nachhaltigkeitsinitiativen, die für alle Fachrichtungen offen sind, wächst kontinuierlich. Ob im „Netzwerk der studentischen Nachhaltigkeitsinitiativen“ oder im „Netzwerk klimagerechte Hochschule“: In vielen deutschen Städten können sich Studenten für globale (Klima-)Gerechtigkeit an der eigenen Uni engagieren. Fachspezifischer geht es bei „Blue Engineering“ zu, zwei Hochschulgruppen aus Ingenieursstudiengängen in Berlin und Hamburg, die für die sozialen und ökologischen Dimensionen von Technik sensibilisieren möchten.

Kritikpunkte bleiben

Trotz vieler positiver Entwicklungen bleiben einige augenfällige Kritikpunkte. Nicht umsonst prangerte der BUND in seinem Diskussionspapier „Nachhaltige Wissenschaft“⁽⁴⁾ im vergangenen Februar an, dass die Wissenschaft in ihrer Perspektive enger und technikorientierter wird, bedingt durch Drittmittel- und einseitige Exzellenzorientierung. Das derzeitige Wissenschaftssystem gebe auf die drängenden Fragen des 21. Jahrhunderts einseitige Antworten. Der BUND fordert deshalb, mehr interdisziplinäre und transdisziplinäre Ansätze zu integrieren. Gefragt ist also eine Forschung, die nicht nur das Wissen unterschiedlicher Disziplinen, sondern auch das von betroffenen Akteuren einbezieht.

Baden-Württemberg hat beim Lehramt bereits auf das Problem reagiert: Kultus- und Wissenschaftsministerium bauen gemeinsam ein begleitendes Hochschulnetzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auf. Neben der Verankerung von BNE im Hochschulbereich soll eine Arbeitsgruppe in den kommenden Monaten Qualifizierungsmodule und eine Konzeption zur Qualifizierung von BNE-Multiplikatoren entwickeln.

„Die Gesellschaft hat Probleme, die Wissenschaft Disziplinen“ so der populäre Allgemeinplatz. Der Wunsch nach inter- und transdisziplinären Nachhaltigkeitswissenschaften ist ein guter Ansatz – die Integration von Ausbildungsberufen, Abendschulen und Weiterbildungen in ein nachhaltiges Wissensnetzwerk die große Vision.

[Lisa Hübner]

Anmerkungen

- ▶ (1) www.leitfaden-nachhaltigkeit.de
- ▶ (2) www.jobmotor-erneuerbare.de
- ▶ (3) www.kurzlink.de/hs-nachhaltig
- ▶ (4) www.bund.net/nachhaltigkeit (Wissenschaft)

Wildnis wiederentdecken

Baumhausbauen am Waldrand, Krefsefangen im Bach oder Picknick auf der Blumenwiese? Vielen Kindern wurde die Lust am Draußensein ausgetrieben: zu gefährlich, zu schmutzig. Stattdessen tummeln sie sich in virtuellen Welten oder kennen die Natur nur noch aus dem Museum. Doch woher soll die Begeisterung kommen, wenn die Erwachsenen selbst den Kontakt nach draußen zunehmend verlieren?

Gerhard Trommer plädiert für eine Wiederentdeckung der Wildnis und präsentiert die nötigen Denkanstöße und Tipps dazu.

G. Trommer

Schön wild!

Warum wir und unsere Kinder Natur und Wildnis brauchen

208 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR, ISBN 978-3-86581-295-7



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



BLICKPUNKT

Konkrete Aufgaben, virtuelle Lösungen

Hochschulen sollten Orte der Bildung und Forschung für nachhaltige Entwicklung sein. Eine Arbeitsgemeinschaft wirbt für den Wandel und leistet Vorarbeit. Die „Virtuelle Akademie“ könnte zum Nukleus für neue Kooperationsformen werden.

Hochschulen haben eine besondere Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung. Sie bilden die Menschen aus, die mit ihrem fachlichen Hintergrund die komplexen Probleme auf dem Weg zur Nachhaltigkeit lösen sollen. Vorschläge für Nachhaltigkeitskompetenzen gibt es viele. Auch mit ihren Forschungsbeiträgen können Hochschulen dazu beitragen, Wissen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Welt zu schaffen.

In Deutschland spielen auf der Hochschulbühne über 400 akademische Einrichtungen mit. Sie bieten über 13.000 Studiengänge für etwa zwei Millionen Studierende an. Bei der Wahl ihrer Forschungsthemen folgen die Akteure gemäß der Freiheit von Forschung und Lehre intrinsischen Motivationen, institutionellen Festlegungen und mannigfaltigen forschungspolitischen und monetären Anreizen. Was kann eine kleine „Arbeitsgemeinschaft Hochschulen und Nachhaltigkeit“, die vom Runden Tisch zur Umsetzung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung eingerichtet wurde, auf dieser großen Bühne für eine Rolle spielen?

Wirkungen ohne finanzielle Unterstützung zu erzielen, ist immer eine große Herausforderung. Die AG hat inzwischen eine hohe Anziehungskraft für die an vielen Hochschulen neu geschaffenen Nachhaltigkeitskoordinatoren. HochschullehrerInnen kennen ihre inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten und suchen Motivationsquellen bei ihrem Einsatz für eine nachhaltigere Hochschule.

Dass Hochschulen Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre sichtbar gestalten, ist ohne politischen Druck und finanziellen Schub ein sehr hohes Ziel. Auch kraftvolle Ideen wie eine nachhaltige Entwicklung müssen erst in den Gremien der Hochschulen mit Bedeutung aufgeladen werden, um Raum in Curricula und internen Forschungsförderungen gewinnen zu können. Bedeutungszuweisungen gehen immer einher mit Bedeutungsverlust. In einer Welt der knappen Ressourcen von Zeit, Geld und Aufmerksamkeit

ist jede Veränderung eine wesentliche Umverteilung. Weder Hochschulen noch andere Institutionen sind darauf gut vorbereitet: Niemand gibt gerne ab!

Reden, visualisieren, ermöglichen, messbar machen: Zu diesen Treibern kann auch eine kleinere AG ihren Beitrag leisten. Solange über eine nachhaltigere Hochschule gesprochen wird, kann aus dem kleinen rhetorischen Feuer ein großer Impuls wachsen. Öffnen sich dann Gelegenheitsfenster in den Hochschulen, sind wichtige Vorbereitungen getroffen.

Zum Impuls des Ermöglichens gehört auch die Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit. Wenn in 13.000 Studiengängen Veranstaltungen zu Nachhaltigkeit angeboten werden sollen, ist E-Learning eine wunderbare Methode, Vorlesungen auf hohem Niveau weit zu verbreiten. Die AG hat diese Idee mitentwickelt und ihre Umsetzung begleitet. Hochschulen können mit einfachen Anerkennungsregeln Studierenden aller Fachrichtungen die Möglichkeit geben, Credit Points mit BNE zu erwerben. Die heutigen Möglichkeiten des Online-Lernens verweisen sehr nachdrücklich auf neue Organisationsformen von Lehre. Wenn Hochschulen auch unter Wahrung ihrer Freiheiten in Forschung und Lehre mehr gesellschaftsrelevante, fachübergreifende Kompetenzen vermitteln sollen, dann müssen diese Aufgaben nicht 400 Mal an jeder Hochschule wieder neu gelöst werden. Eine verantwortungsvolle Hochschule kooperiert in Netzwerken mit anderen Hochschulen und schafft sich einen Fundus an vielfach verwendbaren Lehrveranstaltungen zum Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung. Die Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit könnte der Nukleus für solche Kooperationsformen sein.

[Georg Müller-Christ]

Dr. Georg Müller-Christ ist Professor am Fachgebiet Nachhaltiges Management der Universität Bremen und Vorsitzender der AG Hochschulen und Nachhaltigkeit der Deutschen Unesco-Kommission.

▷ Virtuelle Akademie: www.va-bne.de

SCHWERPUNKT: NACHHALTIG LERNENNachhaltiger Konsum**Leitfaden für Schulen**

□ Aus dem Projekt BINK (Bildungsinstitutionen und nachhaltiger Konsum) ist ein umfassender Leitfaden entstanden, der die Ergebnisse und Erfahrungen des Forschungs- und Entwicklungsprojekts systematisch aufbereitet. Er stellt in neun Modulen die idealen Ablaufphasen eines Projekts dar und bietet Hilfestellung, um die eigenen Ressourcen, Handlungsmöglichkeiten und -zwänge realistisch einzuschätzen und effizient einzusetzen.

Der Ordner enthält auch eine CD-ROM mit einem Dokumentationsvideo sowie drei Hefte: „Kompass Nachhaltiger Konsum: Eine Orientierungshilfe“, „Jugend und Konsum: Stand der Jugendforschung“ und „Good Practice Sammlung“ mit 21 Projektanregungen aus der Praxis.

- ▷ Michelsen, G.; Nennich, C. (Hrsg.): Handreichung: Bildungsinstitutionen und nachhaltiger Konsum. Nachhaltigen Konsum fördern und Schulen verändern. VAS, Bad Homburg 2011, 190 S., 49,80 €, ISBN 978-3-88864-478-8

Fernlehrgang nachhaltiges Investment**Ökologische Finanzberatung**

□ Ecoanlageberater heißt eine berufsbeigleitende Qualifizierungsmöglichkeit für bereits ausgebildete und berufstätige Menschen aus der klassischen Finanzbranche. Die Firma Ecoeffekt bildet in einem Fernlehrgang bereits seit Jahren Interessenten zu Fachberatern für nachhaltiges Investment weiter. In drei Monaten wird durch Online-Lehrmodule, Präsenzworkshops und Chats vermittelt, wie Finanzberater Geld anlegen können, um ökologische oder soziale Belange zu fördern – oder sie zumindest nicht zu verletzen. Der Fernlehrgang ist offizielles Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung.

- ▷ www.ecoanlageberater.de

Berufsorientierungstag „Green Day“**Umweltwirtschaft als Arbeitgeber kennenlernen**

□ „Schulen checken grüne Jobs“ lautet das Motto beim „Green Day“, der als jährlicher Berufsorientierungstag für Umweltberufe etabliert werden soll. Ziel ist es, Jugendliche mit den Studiengängen und Berufsausbildungen im GreenTech-Bereich bekannt zu machen und ihr Interesse für eine Berufsperspektive in dieser Branche zu wecken. Der erste Green Day findet am 12. November bundesweit für SchülerInnen der achten bis 13. Klassen statt und wird vom Bundesumweltministerium aus Mitteln des Aktionsprogramms „Klimaschutz in Schulen und Bildungseinrichtungen“ der Nationalen Klimaschutzinitiative gefördert. Durchgeführt wird er von der Zeitbild-Stiftung, Kooperationspartner sind unter anderem der Deutsche Mittelstandsbund und die Kultusministerkonferenz.

- ▷ www.greenaday2012.de

Studentisches Engagement**FRESH mit UN-Auszeichnung**

□ Seit drei Jahren setzen Studierende der Gruppe FRESH an der Universität Hohenheim ein Zeichen für ein nachhaltiges Ernährungssystem. FRESH steht für Food Revitalization and Eco-Gastronomic Society of Hohenheim. Um die Botschaft der Nachhaltigkeit zu verbreiten, veranstalten die Stuttgarter Studenten Eat-ins mit Gerichten aus Biogemüse, betreiben Eigenanbau und zeigen Kinofilme in ihrer Food Film Series. Ihre Aktionen haben bislang über 3.500 Menschen erreicht. Dank des Lehrangebots der FRESH-Aktivistinnen bietet die Universität seit 2010 das Fach Ethics of Food and Nutrition Security an, ein Wahlmodul mit sechs Credit Points. Im November zeichnete die Deutsche Unesco-Kommission die studentischen Aktionen als Projekt der UN-Dekade BNE aus.

- ▷ www.fresh.uni-hohenheim.de

AUS ANU UND UMWELTZENTRENANU Schleswig-Holstein**Außerschulisch ausgezeichnet**

□ „Lernen am anderen Ort“ – unter diesem Motto haben sich fünf Einrichtungen als außerschulische Bildungspartner qualifiziert, einige von ihnen schon zum wiederholten Mal. Ausgezeichnet wurden die Sturmflutenwelt „Blanker Hans“, das Naturerlebnis Grabau, das Archäologisch-Ökologische Zentrum Albersdorf, der Wildpark Eekholt und das Freiwillige Ökologische Jahr, das vom Jugendpfarramt Koppelsberg angeboten wird.

Das Zertifizierungsverfahren ist eine Gemeinschaftsaktion des Bildungs- und des Umweltministeriums sowie von Verbänden der Umweltbildung, der entwicklungspolitischen Bildung und weiteren Organisationen. Mit den im Juni zertifizierten Einrichtungen gibt es in Schleswig-Holstein jetzt 41 zertifizierte außerschulische Bildungsstätten. Die Landes-ANU ist Initiator der Zertifizierung von Bildungspartnern und -zentren im Sinne der BNE in Schleswig-Holstein und bildet gemeinsam mit dem Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein zurzeit den gewählten Vorstand der Zertifizierungskommission.

- ▷ www.anu-sh.de

ANU Hessen**Projektreicher Herbst**

□ Die ANU Hessen plant bereits die Umsetzung des Jahresthemas 2013 der UN-Dekade BNE: „Mobilität“. Bei der Jahreshauptversammlung im August soll dies das Hauptthema sein. Außerdem arbeitet die ANU Hessen zusammen mit dem Umweltministerium an Zertifizierungslehrgängen für Anbieter im Bereich Umweltbildung und BNE. Die Auftaktveranstaltung ist für den Herbst geplant, verschiedene Fortbildungsmodulare sollen folgen.

- ▷ www.anu-hessen.de

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald

Waldpädagogikpreis 2013

□ Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) schreibt auch in diesem Jahr zusammen mit der Evonik AG den mit 5.000 Euro dotierten Deutschen Waldpädagogikpreis aus. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen oder Institutionen, die sich in der waldbezogenen Umweltbildung engagieren. Da der Begriff Nachhaltigkeit vor fast genau 300 Jahren im Wald „erfunden“ wurde, lautet das Schwerpunktthema des Preises für 2013: „Nachhaltigkeit erleben und gestalten“. Bewerbungsschluss ist der 30. November 2012.

▷ www.deutscher-waldpaedagogikpreis.de/15.html

WISSENSWERT

Rezension

„Schön wild“ – reicht das?

□ Das neue Buch von Gerhard Trommer spricht allen NaturerlebnispädagogInnen aus der Seele: Für Kinder ist das Erlebnis von „freier“ und „wilder“ Natur wichtiger Baustein ihrer Entwicklung. Trommers Erkenntnis: Finden elementare Naturerlebnisse nicht statt, verkümmern Fantasie, Körpergefühl und Emotionalität. Es drohen Entwicklungsschäden und die Gefahr, in „Kunstwelten“ zu versinken. Jugendstudien belegen, dass es in der Pubertät einen Einschnitt gibt, bei dem technische und kulturelle Themen in den Vordergrund rücken. Wie sollen Verantwortliche aus Politik oder Umweltbildung darauf reagieren? Sind Anreize wie Hochseilgärten oder GPS-Touren hilfreich, um Jugendliche anzusprechen? Muss Naturerleben Pflichtfach in Schulen werden? Auf diese Fragen gibt das Buch keine Antworten. [jfs]

▷ Trommer, G.: Schön wild! Warum wir und unsere Kinder Natur und Wildnis brauchen. oekom, München 2012, 192 S., 12,95 €, ISBN 978-3-86581-295-7

Schweiz

Von gesunden Pizzas und gerechten Bleistiften

□ Die Stiftung Bildung und Entwicklung und die Stiftung Umweltbildung Schweiz haben ihr zweites dreisprachiges Dossier herausgegeben. Das erste Dossier „Handeln für die Zukunft“ hatte 2009 einen Einblick in Theorie und Praxis der BNE gegeben. Nun wird anhand von Projektbeispielen, Unterrichtssequenzen und praktischen Hilfen noch praxisnäher gezeigt, wie BNE als Teil des Unterrichts aussehen kann. Neben kurzen Grundlagentexten finden sich zur Nachahmung geeignete Beispiele.

▷ SBE; SUB-FEE (Hrsg.): Von gesunden Pizzas und gerechten Bleistiften. Bern 2012. 16 S. Kostenloser Download und Zusatzmaterialien: <http://guides.educa.ch/de/gesunden-pizzas-gerechten-bleistiften>

Neues Schülerheft

Wunder des Wattenmeeres für die Hosentasche

□ Die Schutzstation Wattenmeer und das Wattenmeerbüro des WWF Deutschland haben zusammen mit dem dänisch-deutsch-niederländischen Wattenmeersekretariat ein neues Schülerheft konzipiert, das Kindern der vierten bis siebten Klasse die „Wunder des Wattenmeeres“ näherbringt. Auf 44 Seiten im Hosentaschenformat A6 erfahren die Schüler, warum das Wattenmeer Weltnaturerbe und Nationalpark ist, und entdecken vom Wattwurm bis zur Sandbank 25 charakteristische Tiere, Pflanzen und Strukturen der Küste. Infotexte, knifflige Expertenfragen und abwechslungsreiche Aktionstipps machen Lust auf hautnahe Watterlebnisse vor Ort.

▷ IWSS (Hrsg.): Das Watt steckt voller Wunder! Auf Entdeckungsreise im Weltnaturerbe und Nationalpark Wattenmeer. 44 S., 1,50 €. Bezug: E-Mail: info@idee-konzept.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

28.–30.09., Rettenbach/Oberpfalz (D)

Von der Idee zur Veranstaltung.

Veranstaltungsformate in der

naturpädagogischen Arbeit. Seminar

Der Kurs richtet sich an NaturpädagogInnen und alle Anbieter von Führungen und Aktionen in der „freien Wildbahn“. Zu den Seminarinhalten gehören die Recherche von Veranstaltungsideen, verschiedene Veranstaltungsformate, „Führungen zum Mitnehmen“ und vielfältige Tipps für die naturpädagogische Arbeit mit Menschen jeden Alters.

▷ www.ebw-regensburg.de/content/natp.php?page=aufbau-info

14.–16.11., Göttingen (D)

Biodiversität und Gesellschaft. Gesellschaftliche Dimensionen von Schutz und Nutzung von biologischer Vielfalt. Konferenz

Im Promotionsstudiengang „Biodiversität und Gesellschaft“ forschen NachwuchswissenschaftlerInnen seit drei Jahren zu aktuellen Fragen der Biodiversität. Die Tagung bietet Promovierenden und WissenschaftlerInnen ein Forum zur Diskussion von gesellschaftlichen Problemen und Lösungsvorschlägen im Spannungsfeld zwischen dem Schutz und der Nutzung biologischer Vielfalt.

▷ www.uni-goettingen.de/biodiversitaet-gesellschaft

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de